



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

82. Sitzung

6. Wahlperiode

Freitag, 14. November 2014, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp, Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt	
Antrag der Fraktion DIE LINKE 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention – Kinderrechte umsetzen – Drucksache 6/3426 – 3	Dagmar Kaselitz, SPD 20 Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE 22 Michael Silkeit, CDU 24 Tino Müller, NPD 27 Peter Ritter, DIE LINKE 32
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE 3, 11	B e s c h l u s s 34
Minister Lorenz Caffier 4	Antrag der Fraktionen der SPD und CDU Besserer Schutz von Minderjährigen bei digitalen Diensten – Drucksache 6/3419 – 34
Maika Friemann-Jennert, CDU 5	Patrick Dahlemann, SPD 34, 42
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6	Minister Dr. Till Backhaus 35
Martina Tegtmeier, SPD 8	Dr. André Brie, DIE LINKE 37
Udo Pastörs, NPD 10	Vincent Kokert, CDU 38
B e s c h l u s s 13	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 39
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionalen Flüchtlingsgipfel einberufen – Umfassendes Maßnahmenpaket für eine bessere Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen auf den Weg bringen – Drucksache 6/3433 – 13	Stefan Köster, NPD 41
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 6/3457 – 13	B e s c h l u s s 43
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13, 30	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schutz von Schweinswalen und anderen Meerestieren durch ein Schallschutz-Konzept für die Ostsee – Drucksache 6/3434 – 43
Minister Lorenz Caffier 16	

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ...	43, 50
Minister Dr. Till Backhaus	45
Beate Schlupp, CDU	47
Dr. Fritz Tack, DIE LINKE	48
Katharina Feike, SPD	49
B e s c h l u s s	51

Nächste Sitzung

Mittwoch, 10. Dezember 2014	51
-----------------------------------	----

Beginn: 9.02 Uhr

Vizepräsidentin Regine Lück: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 82. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserer Präsidentin Sylvia Bretschneider ganz herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag gratulieren und von hier aus die besten Genesungswünsche senden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention – Kinderrechte umsetzen, Drucksache 6/3426.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention –
Kinderrechte umsetzen
– Drucksache 6/3426 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Bernhardt von der Fraktion DIE LINKE.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Kinder haben Rechte. Diese wurden am 20. November 1989 in der UN-Kinderrechtskonvention mit der Verabschiedung durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen umfassend festgeschrieben. Das war historisch neu und ist auch heute noch im Bewusstsein vieler Erwachsener nicht fest verankert. Kinder und Jugendliche werden auch heute oft noch als Objekte, statt als Subjekte wahrgenommen. Dies hängt sicherlich auch mit dem überlieferten Bild vom Kind zusammen: Über Jahrtausende hinweg galten Kinder als noch nicht vollwertige Menschen. Zum Glück sind wir da heute weiter.

Mit der UN-Kinderrechtskonvention wurde ein Menschenrechtsvertrag von historischer Bedeutung geschaffen, welcher die Rechte des Kindes umfassend kodifiziert. Auch Deutschland unterschrieb 1992 trotz weiterer Proteste die UN-Kinderrechtskonvention, jedoch nur unter ausländerrechtlichen Vorbehalten, nach denen das deutsche Ausländerrecht Vorrang vor Verpflichtungen der Konvention hatte. Im Juli 2010 erfolgte dann die Rücknahme der Vorbehaltserklärung von Deutschland. Ab diesem Zeitpunkt gilt die Kinderrechtskonvention uneingeschränkt für alle Kinder in Deutschland. Doch wie stellen sich die Umsetzung und die Beachtung der Konvention nach 25 Jahren ihres Bestehens in Deutschland und konkret in Mecklenburg-Vorpommern dar?

Damit Kinder und Jugendliche ihre Rechte wahrnehmen können, ist es wichtig, dass sie sie überhaupt kennen beziehungsweise kennen können. Das ist aus meiner Sicht der erste Punkt, wo die Landesregierung tätig werden muss.

Ich hatte zu diesem Thema eine kleine Anfrage gestellt. Diese finden Sie unter der Drucksachennummer 6/3210.

In der ersten Frage ist nach der Bekanntmachung der UN-Kinderrechtskonvention gefragt. Nach dem Verweis auf die Verantwortung der Bundesregierung in diesem Bereich folgen allgemeine Floskeln, wie zum Beispiel, dass sich die in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieften Rechte in verschiedenen bundes- und landesgesetzlichen Regelungen wiederfinden. Der Inhalt der in den Gesetzlichkeiten verbrieften Rechte sei regelmäßig Bestandteil von Aus-, Fort- und Weiterbildungen. Diese Antwort geht aus meiner Sicht an der Frage vorbei und belegt nur, wie wenig sensibel mit dem Thema der Bekanntmachung der UN-Kinderrechtskonvention umgegangen wird.

Ja, für die Bundesregierung ist die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtend, aber auch die Bundesländer sind gefragt. Ich sehe bei Ihnen immer nur ein Abschieben der Verantwortlichkeiten. Wenn die Landesregierung das „Kinderland M-V“ endlich als Prinzip ihres Handelns anerkennen würde, würde sie anders mit diesem Thema umgehen,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

so, wie es beispielsweise Rheinland-Pfalz tut. Dort wird dieser Anspruch gelebt. So veröffentlicht die Landesregierung auf ihren Ministeriumsseiten die Textfassung der UN-Kinderrechtskonvention.

Wieso gehen so einfache und wenig kostenintensive Maßnahmen, wodurch Kinder und Jugendliche ihre Rechte kennenlernen würden, nicht auch in Mecklenburg-Vorpommern? Weil Sie einfach nicht den Willen dazu haben beziehungsweise die UN-Kinderrechtskonvention für Sie so nebensächlich sein muss, dass Sie noch nicht einmal so eine kleine Maßnahme ergreifen, wie zum Beispiel die UN-Kinderrechtskonvention auf den Ministeriumsseiten darzustellen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Aber auf der LPK darüber reden! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Weitaus mehr Kraft würde es kosten, wenn man wie in Rheinland-Pfalz eine Woche der Kinderrechte einführen würde, wo konkrete Maßnahmen seitens des Landes unterstützt werden und so zur Bekanntmachung der UN-Kinderrechtskonvention beigetragen wird. Für mich ist Rheinland-Pfalz ein Beleg, dass, wenn die Landesregierung der UN-Kinderrechtskonvention wirklich den ihr zustehenden Stellenwert einräumen will, dies auch möglich ist, ohne sich auf den Bund zurückzuziehen. Wenn ich diesen Willen bei der Landesregierung erkennen würde, dann wären wir wirklich auf dem Weg, irgendwann mal „Kinderland M-V“ zu werden. Solange das nicht geschieht, ist es für mich jedes Mal ein Hohn, wenn Sie den Titel „Kinderland M-V“ verwenden.

Zeigen Sie endlich mal den Willen und handeln Sie nach Ihrem eigenen Anspruch, „Kinderland Mecklenburg-Vorpommern“ zu sein, indem Sie den ersten Schritt tun, wie es unser Antrag im Punkt I anspricht, die UN-Kinderrechtskonvention als Verpflichtung Ihres eigenen Handelns anzuerkennen und sie in Ihrem Wirkungsbereich bekanntzumachen.

Aber ich sehe auch einen Wandel. Immerhin ist es gelungen, dass das Thema auf der Landespressekonferenz am nächsten Dienstag behandelt wird.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Da kann ja keiner widersprechen.)

Ja. Vielleicht können Sie heute auch mal zu dem Thema ausführen, wie sich die Landesregierung in ihrem Einflussbereich – ich denke da etwa an die Konferenz der Ministerinnen und Minister, der Senatorinnen und Senatoren für Jugend und Familie der Länder – einsetzt, um wirklich Handlungsbedarfe bei der Umsetzung und Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention auch auf der Bundesebene darzustellen.

In diesem Rahmen möchte ich natürlich auch einmal positiv hervorheben, dass auf Antrag der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf der Tagesordnung des Bundesrates am 8. Juli 2011 „Kinderrechte im Grundgesetz verankern“ gefordert wurde. Nur, die damalige Bundesregierung hat am 19. Juli 2012 mitgeteilt, dass eine Grundgesetzänderung aus ihrer Sicht nicht erforderlich sei. Nicht nur, dass es damals möglich war, dass die Landesregierung diesen Antrag auf Antrag aller demokratischen Fraktionen hier im Landtag gestellt hat, sowohl von SPD, CDU und LINKE, wo ich denke, dass wir damals schon weiter waren, gemeinsam zu handeln. Nein, wir haben auch seit 2013 eine neue Bundesregierung mit einer Bundesministerin Manuela Schwesig, die die Verankerung der Kinderrechte stets als wichtig erachtet hat und sich auch hier im Landtag immer für die Verankerung ausgesprochen hat.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Vielen Dank für die Blumen.)

Nun ist es Zeit, Worten Taten folgen zu lassen. Insofern kann ich die Landesregierung nur auffordern, diese Initiative noch einmal zu ergreifen. Die entsprechende Aufforderung finden Sie in unserem Antrag.

Damit jedoch die Landesregierung auf den Wirkungsebenen auf Handlungsprobleme bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention aufmerksam machen könnte, wäre es diesbezüglich erst einmal notwendig, dass der Landesregierung die Lage der Kinder und Jugendlichen bekannt ist, um Handlungsbedarfe bei der Einhaltung der Mindeststandards der UN-Kinderrechtskonvention überhaupt zu kennen. Leider ist Mecklenburg-Vorpommern auch hier kein Vorzeigebispiel. Als ich beispielsweise Anfang des Jahres Fragen nach der Kinderarmut an die Landesregierung gestellt habe, verwies sie nur darauf, dass sie die Daten nicht kenne. Und nicht nur das: Der Landesregierung bereitet es zu viel Verwaltungsaufwand, sich mit der Lage der Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern auseinanderzusetzen.

(Heinz Müller, SPD: Ah, ah, ah!)

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals daran erinnern, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012/2013 Paragraf 15 KJHG-Org M-V abgeschafft wurde, wo die Verpflichtung der Landesregierung gegenüber dem Landtag enthalten war, einmal in der Legislaturperiode ein ressortübergreifendes und partizipativ gestaltetes Kinder- und Jugendprogramm des Landes vorzulegen, und wo aufgrund von Bestandsaufnahmen pragmatische Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Jugendhilfeinstrumente enthalten sein sollten. Damals wurde uns noch von Frau Ministerin Schwesig versprochen, über die Situation mündlich im Rahmen des Sozialausschusses zu berichten. Seit damals ist viel Zeit ins

Land gegangen und nichts ist passiert. Sie sehen, ich bin noch nicht einmal bei der Umsetzung der Kinderrechte in Mecklenburg-Vorpommern angekommen und es machen sich verschiedene Forderungen bezüglich Punkt I gegenüber der Landesregierung auf:

Erstens. Kinder müssen ihre Rechte kennen können. Nutzen Sie deshalb Ihre Möglichkeiten, um die Rechte weiter bekannt zu machen! Anregungen habe ich geliefert.

Zweitens. Setzen Sie sich mit der Situation der Kinder und Jugendlichen ernsthafter auseinander, damit Sie deren Lebenslage im Sinn der UN-Kinderrechtskonvention verbessern können!

Drittens. Ergreifen Sie erneut die Initiative, auf Bundesebene Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern! Vielleicht, auch an die Koalitionsfraktionen gerichtet, könnten wir ähnlich wie in der 5. Legislaturperiode gemeinsam agieren.

Viertens. Lassen Sie uns gemeinsam die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken im Sinn von „Kinder haben Rechte!“.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktion DIE LINKE
und Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Inneres und Sport in Vertretung für die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Bitte, Herr Minister.

(Vincent Kokert, CDU: Ei, jei, jei!
Guten Morgen, Frau Ministerin!)

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sie geben mir hier regelmäßig die Möglichkeit, die großen Anliegen der Landesregierung zu präsentieren.

(Heiterkeit und Beifall
vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Schließlich wissen Sie, verehrte Damen und Herren der LINKEN, ganz genau ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Da muss er selber lachen.)

Tja, die Frau Präsidentin hat darauf aufmerksam gemacht, dass ich in Vertretung meiner Kollegin Schwesig spreche,

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und insofern –

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Hallo! – Zuruf aus dem Plenum:
Man muss noch Ziele haben.)

ja, Sie haben mich ganz durcheinander gebracht heute früh mit den vielen Namen –, also in Vertretung meiner Kollegin Hesse.

Schließlich wissen Sie, sehr verehrte Damen und Herren der LINKEN, ganz genau, dass die Landesregierung an die hohen Güter „Kindeswohl“ und „Kinderschutz“ nicht erinnert werden müsste. Sie wissen auch, dass Ihr Antrag eigentlich nur das fordert, woran wir ohnehin arbeiten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Jetzt fehlt
nur noch: „Das liegt mir am Herzen.“)

Albert Einstein hat einmal gesagt: „Es gibt keine großen Entdeckungen und Fortschritte, solange es noch ein unglückliches Kind auf Erden gibt.“ In dieser Aussage schwingt natürlich eine ganze Menge Pathos mit, aber sie macht deutlich, an wem unsere Zukunft hängt, nämlich an denen, für die wir jetzt und heute Verantwortung tragen. Die UN-Kinderrechtskonvention ist die ausführliche Version dieses Ausspruchs. Sie ist eine Art Lebensversicherung für uns alle und seit 25 Jahren nun Standard für politisches Handeln rund um den Globus. Artikel 3 des „Übereinkommens über die Rechte des Kindes“, so der eigentliche Titel, erklärt das Kindeswohl für vorrangig in allen Belangen, von denen Kinder in irgendeiner Form berührt sind, und das ist praktisch in allen gesellschaftlichen Bereichen der Fall.

In Mecklenburg-Vorpommern sind Kinderrechte seit 2006 Teil der Landesverfassung.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich zitiere: „Kinder und Jugendliche sind Träger von Rechten, deren Ausgestaltung die Persönlichkeit fördert und ihren wachsenden Fähigkeiten und Bedürfnissen zu selbstständigem Handeln entspricht. Land, Gemeinden und Kreise fördern die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft.“ Zitatende. So heißt es in Artikel 14 Absatz 4 der Landesverfassung, deren Jubiläum wir in dieser Woche gefeiert haben.

Meine Damen und Herren, außer Mecklenburg-Vorpommern haben noch neun weitere Bundesländer Kinderrechte in ihrer Landesverfassung verankert. Der Bund hat dieses bisher nicht getan, darauf sind Sie schon eingegangen. Allerdings gibt es seit 2011 die bewusste Entschließung des Bundesrates, der auf Initiative mehrerer Länder, darunter auch Mecklenburg-Vorpommern, die Bundesregierung auffordert, Grundrechte von Kindern in die Verfassung aufzunehmen. Auf diese Umsetzung werden auch wir mit der Landesregierung weiterhin drängen. So hat sich auch die Jugend- und Familienministerkonferenz im Mai mit einem einstimmigen Beschluss dafür ausgesprochen, die Kinderrechte auf Schutz, Förderung und Beteiligung zu stärken.

Ich kann Ihnen versichern, unser Land ist auf einem guten Weg. Die Forderung Albert Einsteins erfüllen zu können, liegt wohl noch in sehr, sehr ferner Zukunft. Ihr Antrag aber, werte Fraktion DIE LINKE, hat sich schon heute erübrigt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert von der Fraktion der CDU.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die UN-Kinderrechtskonvention gilt mittlerweile in 193 Staaten weltweit. Lediglich zwei Nationen haben sie nicht ratifiziert, und zwar Somalia und die Vereinigten Staaten von Amerika. Damit sind die Rechte von über zwei Milliarden Kindern nahezu weltweit festgeschrieben.

Meine Damen und Herren, mit der Ratifizierung haben sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, die Rechte der besonders Schutzbedürftigen unserer Gesellschaft in ihrem Wirkungsbereich sicherzustellen und zu stärken. Die UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet also die Nationalstaaten, auf die Umsetzung der Kinderrechte hinzuwirken. Gesetze, Verordnungen sowie sonstige Regelungen und Abläufe mussten und müssen deshalb angepasst werden.

Die UN-Kinderrechtskonvention wurde am 20. November 1989 in New York von der Vollversammlung verabschiedet. Nach der Ratifizierung durch den Bundesrat und der Hinterlegung der Urkunde bei den Vereinten Nationen gilt die UN-Kinderrechtskonvention seit 1992 auch in Deutschland, wenn auch zunächst nur unter Vorbehalt in Bezug auf ausländerrechtliche Belange. Dieser damals erklärte Vorbehalt wurde im Juli 2010 gegenüber den Vereinten Nationen zurückgenommen. Seitdem gilt die Kinderrechtskonvention in Deutschland uneingeschränkt für alle Kinder.

Meine Damen und Herren, seit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention wurden die Rechte der Kinder in Deutschland in vielfältiger Weise gestärkt und ausgebaut, sowohl im rechtlichen als auch im sozialen Bereich. Der Beispiele gibt es sehr viele. So wurde der Jugendschutz mehrfach an vielen Stellen verbessert, zum Beispiel durch besondere Vorschriften zum Schutz junger Menschen in der Arbeitswelt. Ich möchte hier auch daran erinnern, dass Kinder, deren Eltern nicht verheiratet sind, mittlerweile dieselben Rechte haben wie Mädchen und Jungen verheirateter Eltern. Es wurden die Straftatbestände zum sexuellen Missbrauch von Kindern mehrfach überarbeitet und verschärft, 2004 und 2008. Aktuell ist ein Gesetzentwurf über die stärkere strafrechtliche Verfolgung von Kinderpornografie und dem Handeln mit Nacktbildern in der Diskussion. Erst heute Morgen war im Radio zu hören, dass das in Berlin gerade diskutiert wird.

Mit dem Bundeskinderschutzgesetz aus 2012 wurden zahlreiche Gesetze geändert, um das Kindeswohl und deren körperliche und geistige sowie seelische Entwicklung zu fördern. Hier wurden vor allem die Sozialgesetzbücher geändert, um die Teilhabe aller Kinder am Sozialversicherungssystem klarzustellen.

Meine Damen und Herren, die von mir eben genannten Beispiele sind allesamt Bundesregelungen. Das liegt daran, dass die UN-Kinderrechtskonvention die Nationalstaaten in die Pflicht nimmt, und das bedeutet nicht, Frau Bernhardt, dass die Länder die Kinderrechte ignorieren.

Meine Damen und Herren, in der Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern sind seit nun acht Jahren,

genauer gesagt, seit dem Jahr 2006 Kinderrechte in Artikel 14 gesondert enthalten. Die Achtung der Kinderrechte hat also schon eine wesentliche Bedeutung in unserer Landespolitik. So gab es aus unserem Land bereits zwei Bundsratsinitiativen, Kinderrechte auf Bundesebene im Grundgesetz zu verankern. Hierzu gab es einen entsprechenden Landtagsbeschluss in der letzten Legislaturperiode

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

auf Initiative von CDU, SPD und LINKE, Frau Bernhardt. Eine Umsetzung auf Bundesebene war allerdings nicht möglich. Dazu gibt es ja auch eine entsprechende Stellungnahme. Ein zweiter Versuch einer Bundsratsinitiative der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen fand im Mai 2013 bereits im Bundesrat keine Mehrheit. Sie sehen also, die Landesregierung berücksichtigt den Landtagsbeschluss der letzten Legislaturperiode und hat auch in dieser Legislaturperiode versucht, Änderungen herbeizuführen. Also brauchen wir eigentlich Ihren erneuten Antrag nicht.

Meine Damen und Herren, was den Antrag im Einzelnen betrifft, so haben sich auch die weiteren Punkte erledigt. Zum Wahlalter haben wir uns hier im Landtag bereits ausgiebig unterhalten. Ihre weite Auslegung von Artikel 12 der Kinderrechtskonvention, meine Damen und Herren von den LINKEN, wird selbst vom zuständigen UN-Fachausschuss nicht mitgetragen, noch nicht einmal in dessen aktuellem Bericht vom Januar 2014 überhaupt erwähnt. In diesem Bericht hat der UN-Ausschuss die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland geprüft. Die Umsetzung wurde sogar im Wesentlichen gelobt und an der einen oder anderen Stelle Nachbesserungen, ich zitiere, „empfohlen“.

Wenn Sie nun meinen, es bestehe in Deutschland bezüglich der Kinderrechte ein strukturelles Umsetzungsdefizit, dann möchte ich auf eine weitere Neuerung hinweisen. Am 28.02.2013 ratifizierte Deutschland als weltweit dritter Staat das sogenannte 3. Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Mit diesem Protokoll haben Kinder in Deutschland ein Instrument in der Hand, mit dem sie selbst ihre Rechte durchsetzen können.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

War die Kinderrechtskonvention vorher lediglich nur eine Verpflichtung der Nationalstaaten, stellt die Kinderrechtskonvention für die Kinder nun einklagbare Individualrechte dar. Deutschland hat sich intensiv für die Einführung dieses Verfahrens eingesetzt und war einer der Hauptunterstützer bei dessen Durchsetzung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN, wenn Sie nun erhebliche Defizite bei der Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland ausgemacht haben wollen oder sie nicht auf der Agenda der Bundesregierung stehen sehen oder von Fällen von Kindesrechtsverletzungen Kenntnis haben, dann möchte ich Sie ermutigen, von dem Individualbeschwerderechtsverfahren Gebrauch zu machen. Nutzen Sie das von der Bundesregierung eingeführte Verfahren, dafür ist es ja da, auch vielleicht für Ihre Kinder. Es sollte genutzt werden, wenn und soweit es notwendig ist. Bis dahin fordere ich Sie aber auf, nicht immer nur alles schlechtzureden, sondern auch ausdrücklich anzuerkennen, dass

wir in Deutschland mit das weltweit höchste Schutzniveau nicht nur für unsere Kinder, sondern für alle Menschen haben,

(Andreas Butzki, SPD: Weil wir das beliebteste Land auf der Erde sind.)

denn das sollten wir nicht vergessen: Kinder sind in erster Linie Mensch und nicht Objekte von Stimmungsmache und Oppositionspolitik.

(Beifall Vincent Kokert, CDU: Bravo!)

Und was für Sie, Frau Bernhardt, das muss ich wirklich sagen, einen Hohn wert ist, nämlich die Arbeit von Kinderschutzbund und vielen im Jugendbereich tätigen Institutionen und Ehrenamtlern,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das habe ich nicht gesagt,
Frau Friemann-Jennert.)

will ich an dieser Stelle zurückweisen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das habe ich niemals behauptet.)

Ich tue das Gegenteil,

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Helmut Holter, DIE LINKE: Unmöglich!)

ich lobe an dieser Stelle ausdrücklich alle die Tätigen auf diesem Gebiet. Die CDU wird den Antrag deshalb ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Tosender Beifall! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Suhr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Ingulf Donig, SPD: Maika, du hast es auf den Punkt gebracht.)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist schon interessant, Frau Friemann-Jennert, wie Sie versuchen, ein eigentlich, finde ich, sehr selbstverständliches Thema in Bausch und Bogen zu reden, so nach dem Motto, die Opposition darf das hier noch nicht einmal thematisieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im Kern geht es darum: Was haben Sie getan? Da ist nichts vorzuweisen! Aber deutlich geworden,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU:
Das ist eine Standardrede. Tatsächlich,
das kennen wir alles schon.)

aber deutlich geworden ist bei dem, was der Innenminister – fast hätte ich gesagt, Frau Schwesig – vorgetragen hat,

(Zurufe von Maika Friemann-Jennert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

wo groß hier vorgetragen wurde in Richtung der LINKEN, Sie fordern nur, woran wir längst arbeiten, ohne auch nur ein Wort, einen Satz darüber zu verlieren, woran Sie denn tatsächlich praktisch arbeiten,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Genau. Luftblasen!)

da kam überhaupt nichts vonseiten der Regierung.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich finde das schon interessant, wenn ich nur mal einen Rückblick auf den vorgestrigen Tag werfen darf – ich habe das mehreren gesagt und bin da unverdächtig, glaube ich, falsches Lob auszusprechen –, wo Rainer Prachtl eine sehr beeindruckende Rede gehalten hat und wo er sich insbesondere auf die Artikel 11 bis 19 unserer Landesverfassung bezogen hat. Ein Kern dieser Rede war, dass Herr Prachtl darauf aufmerksam gemacht und gesagt hat, auch in diesem Landtag, auch in diesem Land, auch in dieser Landesregierung geht es darum, diese Verfassung und die Staatsziele, die in den Artikeln 11 bis 19 gefasst worden sind, tatsächlich mit Leben zu füllen. Mit Leben zu füllen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

das ist der zentrale Punkt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da geht es nicht darum, wo schreibe ich irgendwas rein, sondern wie setze ich das um, was ich auch in der Landesverfassung gefasst habe.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Da ist bezogen auf den Artikel 14, den der Innenminister genannt hat, überhaupt nichts passiert bisher.

(Andreas Butzki, SPD:
Nein, überhaupt nicht.)

Und ich will das gerne, Herr Caffier hat das hier getan, auch noch mal zitieren,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

den Absatz 4, der genau die Beteiligung beschreibt: „Kinder und Jugendliche sind Träger von Rechten, deren Ausgestaltung die Persönlichkeit fördert und ihren wachsenden Fähigkeiten und Bedürfnissen zu selbstständigem Handeln entspricht. Land, Gemeinden und Kreise fördern die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft.“ Das ist der zentrale Punkt.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und die Frage, die hier in diesem Landtag zu stellen ist, ist: Wie fördern Sie dies denn? Tun Sie das so, dass sich Kinder und Jugendliche in ausreichendem Maße einbezogen fühlen bei den Dingen, die sie angehen, die Auswirkungen auf das haben, was ihr Leben bestimmt, und setzen Sie das in ausreichendem Maße um? Wir hatten vor gar nicht so langer Zeit – und darauf orientiert ja auch in Teilen der Antrag – eine Debatte, die, finde ich, sehr demaskierend war. Das war die Debatte um das Wahlalter 16. Da will ich noch mal ausdifferenzieren: Die SPD hätte sich dazu gerne anders verhalten, aber die Koalitionswänge und die Position der CDU, die dann – Sie erinnern sich ja – eine Umfrage bemühte,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ja, sehr richtig.)

um Argumente zu haben, um das noch abzulehnen, haben das verhindert. Aber da ist doch sehr deutlich geworden, wie Sie junge Menschen im Alter zwischen 16 und 17 einschätzen und dass Sie ihnen nicht zutrauen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE, und
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Richtig.)

sich einzumischen und sich zu beteiligen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Das ist doch die Wahrheit dessen, wie Sie zu dem stehen, wie Sie Kinder- und Jugendrechte umsetzen wollen in diesem Land, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mitgestaltungsmöglichkeiten im Besonderen im besten demokratischen Sinne müssen insbesondere für Kinder und Jugendliche erlebbar sein, sie müssen fassbar sein. Ich glaube, und auch da könnte das Land einiges tun, dass das zum Beispiel in der Kommune am ehesten möglich ist.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Und wenn in den Kommunen Bebauungspläne aufgestellt werden, ohne dass es in den Beteiligungsverfahren auch nur ansatzweise in irgendeiner Form das Bemühen gibt, Kinder und Jugendliche einzubeziehen,

(Patrick Dahlemann, SPD:
Das machen wir doch.)

dann muss man sich die Frage stellen: Wie ernst meinen wir es denn mit der Umsetzung des Artikels 14?

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Sehr richtig.)

Da kann ich nicht viel Ernsthaftigkeit erkennen, wenn ich das Vorgehen auf den unterschiedlichen Ebenen sehe.

Wir haben, und das will ich hier einräumen, eine interessante Debatte in der Fraktion gehabt – Silke Gajek machte mich gerade darauf aufmerksam – bei der Frage: Wie kann man denn Kinder einbeziehen, die beispielsweise in der Kindertagesstätte sind? Und die Frage, die sich da auch in der Fraktion stellte, war zum Beispiel: Na ja, an

welchen Punkten ist das möglich? Silke Gajek hatte eine relativ einfache Antwort: zum Beispiel bei der Frage der Essensgestaltung.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.)

Ja, selbstverständlich kann man Kinder schon in der Kindertagesstätte bei so einer einfachen Frage wie Essensgestaltung einbeziehen

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE – Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

und man kann selbst an so einem einfachen Beispiel, Frau Friemann-Jennert, selbst an so einem einfachen Beispiel kann man ernsthaft Einbeziehung leben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das können Kinder, sehr geehrte Damen und Herren, und Jugendliche können das umso mehr. Selbstverständlich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: Warum erzählen Sie uns
hier Selbstverständlichkeiten, Herr Suhr?
Setzen Sie sich mal lieber hin!)

Und das ist lediglich, das ist lediglich ...

(Vincent Kokert, CDU: Das ist doch ein
Blödsinn! Das ist doch gar nicht zum Thema.)

Ich bekomme hier gerade von dem Kollegen Kokert die Aufforderung, mich hinzusetzen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Ihnen das nicht passt, was ich hier sage, ist mir ja völlig klar.

(Vincent Kokert, CDU: Weil es
Blödsinn ist! Weil das Blödsinn ist!)

Das ist doch ein Armutszeugnis, was Sie in dem Bereich bisher geleistet haben.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Und dass Sie dann deshalb mit so unsachlichen Zwischenrufen daherkommen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

kann ich doch nachvollziehen.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist unmöglich!)

Aber die interessante Frage, Herr Kokert, um mal auf die sachliche Ebene zurückzukommen,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, Sie sind für Kinder
und wir sind dagegen. Ja, ist alles klar.)

die interessante Frage ist doch: Wie organisieren Sie Mitbeteiligung?

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie organisieren Sie für die Zukunft dieses Landes, dass sich junge Menschen,

(Vincent Kokert, CDU:
Wie machen Sie denn das?)

dass sich junge Menschen für dieses demokratische Verfassungssystem engagieren und dass man damit so früh wie möglich anfängt?

(Vincent Kokert, CDU: Wie machen
Sie denn das, Herr Suhr?)

Das ist die zentrale Frage

(Vincent Kokert, CDU:
Wie machen Sie denn das?)

und das unterscheidet uns.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, bin ich dankbar für den Antrag der LINKEN, den wir selbstverständlich unterstützen werden.

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben
nichts anderes erwartet.)

Ich habe die große Befürchtung, dass das nicht dazu führen wird, dass die Landesregierung sich auch nur an irgendeiner Stelle bewegen wird.

(Vincent Kokert, CDU:
Nur Sie sind für Kinder, wir sind
dagegen. Ist das nicht fürchterlich?)

Aber es ist deshalb richtig, das immer wieder öffentlich zu thematisieren. Wir werden diesem Antrag zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: So einen
Blödsinn zu erzählen!)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Suhr, wenn ich dieses hier so gehört habe, oder auch Frau Bernhardt, dann muss ich eigentlich zu dem Schluss kommen, dass Sie in den letzten Jahren hier einfach viel verschlafen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU:
Sehr gut, Frau Tegtmeier.)

Und Sie, Herr Suhr,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE –
Vincent Kokert, CDU: Das Schnarchen
hören wir heute noch.)

haben eben die Diskussion wieder hauptsächlich auf das Wahlalter 16 eingengt, was in diesem Antrag selber ja auch eigentlich der größte Knackpunkt ist.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich denke mal, die vorherigen Redebeiträge haben die Sinnhaftigkeit und auch die Zustimmung dieses Antrags bereits ausgiebig entlarvt.

Sehr geehrte Damen und Herren, die am 20. November 1989 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention hat selbstverständlich auch nach 25 Jahren nichts von ihrer hohen Bedeutung gewonnen, nein, verloren, verloren natürlich. Den Schutz und die Förderung gerade der jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft völkerrechtlich zu fixieren, war ein außerordentlich wichtiger Schritt einer Entwicklung, die bereits im 19. Jahrhundert während der Industrialisierung mit politischen Initiativen zur Regulierung von Kinderarbeit ihren Anfang genommen hat und spätestens mit der Genfer Erklärung des Völkerbundes vor mittlerweile 95 Jahren auch die internationale Politik erreichte.

25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention sollte Anlass sein, sich vor Augen zu führen, dass die an und für sich erfolgreichste Konvention in der Geschichte der Vereinten Nationen – und das erwähnte Frau Friemann-Jennert – lediglich von zwei Staaten noch nicht unterzeichnet wurde, ratifiziert wurde.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und trotzdem kann sie immer noch nicht wirksam verhindern, dass weltweit knapp 200 Millionen Kinder und Jugendliche der Kinderarbeit nachgehen müssen. Auch das ist leider ein Fakt. Hauptursache für die Kinderarbeit ist heute wie vor hundert Jahren die Armut. Wenn wir Schokolade im Supermarkt kaufen, ist das Risiko groß, dass der Kakao unter Ausbeutung der Arbeitskraft von Kindern hergestellt wurde,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Gucken Sie sich erst mal die Situation in Mecklenburg-Vorpommern an, was Kinderarmut betrifft! – Heinz Müller, SPD: Also das finde ich ja nun wirklich heftig, Frau Bernhardt!)

und dies ist bei Weitem nicht der einzige Industriebereich, für den dies zutrifft.

(Egbert Liskow, CDU: Ein Skandal!)

Aber es ist genau der Bereich, in dem das Wortspiel, dass der süße Genuss der Ersten Welt oft den bitteren Beigeschmack der Dritten Welt trägt, sehr schön passt.

Und übrigens, bereits vor dem Ersten Weltkrieg schrieb die englische Kinderbuchautorin Edith Nesbit in der Geschichte „Billy der König“ folgende Worte, ich zitiere: „Eigentlich, sagte Billy der König zu Elisabeth, wollten sie uns ja dem Drachen vorwerfen, um ihr eigenes Leben zu retten.“

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Schwach, sehr schwach.)

„Das ist nicht gerade edel. Aber ich weiß wirklich nicht, ob es schlimmer ist als das, was die Leute bei uns machen: Arbeiter an Bleivergiftung sterben zu lassen, weil

sie Teller mit einem ganz bestimmten Glanz haben wollen, oder Leute an Phosphorvergiftung sterben zu lassen, damit sie sechs Schachteln Streichhölzer für einen Groschen kaufen können. Hier sind die Leute nicht wirklich schlechter dran als in England.“

Edith Nesbit, deren Arbeit bis heute Autoren wie Cornelia Funke oder J. K. Rowling beeinflusst hat, war ihrer Zeit weit voraus. Sie verdiente als Frau genug, um auf eigenen Beinen stehen zu können. Sie prangerte soziale Missstände an, was ich äußerst bemerkenswert finde und was auch der Grund ist, warum sie ihren Weg in diese Rede fand. Nesbit prangerte soziale Missstände in Kinderbüchern an. Sie nahm ihre kleinen Leser nicht als unselbstständige Wesen wahr, sondern als Gleichberechtigte, denen man keine heile Welt vorgaukeln muss, sondern mit denen man auch ernste Themen besprechen kann. Sie setzte die UN-Kinderrechtskonvention quasi schon um, als noch nicht einmal die Vorgänger der heutigen Vereinten Nationen gegründet waren. Es ist also auch nicht alleinige Aufgabe einer Landesregierung, die UN-Kinderrechtskonvention mit Leben zu erfüllen, sondern das ist angelegt in der Gesamtgesellschaft.

Meine Damen und Herren, es mag aus heutiger Sicht paradox wirken, dass die ersten Initiativen zur Regulierung von Kinderarbeit einzig und allein aus dem Grund ergriffen wurden, dass für die Armeen nicht mehr ausreichend gesunde Rekruten zur Verfügung standen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das Wohl von Kindern spielte damals nur indirekt eine Rolle, weil es direkt die Gesundheit und die Leistungskraft der jungen Erwachsenen, des Kanonenfutters, beeinflusste. Diese Sichtweise ist sowohl in der gesellschaftlichen als auch in der politischen Diskussion in unserem Land Gott sei Dank überwunden. Politische Initiativen wie die UN-Kinderrechtskonvention haben ihren Beitrag hierzu geleistet. Diesen kleinen Rückblick gestatte ich mir sehr wohl, weil der Zusammenhang ja besteht und man ab und zu doch auch mal einen Blick zurückwerfen muss.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

In Mecklenburg-Vorpommern sind die Kinderrechte, das haben wir mehrfach gehört, seit 2006 in unserer Landesverfassung verankert. Und auch, wenn die Bemühungen bislang nicht von Erfolg gekrönt waren, den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und LINKE aus der 5. Legislaturperiode zur Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz auf Bundesebene umzusetzen, so wird meine Fraktion dieses Ziel weiterhin verfolgen.

Ihnen ist wahrscheinlich nicht entgangen, dass gerade diese Woche im Bundestag wieder ein Antrag vorliegt, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. Die GRÜNEN haben den eingebracht. Ich glaube, ein paar Unterstützer von den LINKEN haben sie dabei auch gefunden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auch von der SPD?)

Es ist natürlich nicht erstaunlich, dass sich viele Textpassagen hier im Antrag der LINKEN fast wortgleich wiederfinden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gibt es dafür auch Unterstützer von der SPD?)

Ich möchte darauf hinweisen, ohne noch mal die letzten Legislaturperioden, wie das Frau Friemann-Jennert schon gemacht hat, vor diesem Hohen Haus Revue passieren zu lassen: Auch im Regierungsprogramm der SPD stand die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz drin. Den Eingang in die Koalitionsvereinbarung hat sie leider nicht gefunden.

(Patrick Dahlemann, SPD:
Es ist noch nicht aller Tage Abend.)

Ich sage, schade, schade, schade! Ich hätte es mir wirklich gewünscht, und ich denke, es wäre auch Zeit.

Wir wissen natürlich auch, als das damals auf Bundesebene Anfang der 90er-Jahre ernsthaft untersucht wurde, da hat das Bundesverfassungsgericht Stellung genommen und, und, und – und ist ja selber zu der Überzeugung gekommen, dass die Kinderrechte ausreichend geschützt seien, weil die existenziell vorhanden wären mit den gesetzlichen Regelungen. Gleichwohl finde ich, dass sie sehr wohl auch in unserem Grundgesetz ihren Niederschlag hätten finden können.

Aber – ich hatte es vorhin schon mal angedeutet – der Antrag, der uns hier vorliegt, zum einen finde ich den wieder etwas unter der Gürtellinie mit den ganzen Vorwürfen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

die darin rumschwappen: Es ist nichts gemacht, es ist nichts gemacht. Also das hatte ich ja vorhin schon gesagt, da muss man ganz schön viel versäumt haben.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Wo lesen Sie das denn immer,
Frau Tegtmeier?! Sie müssen immer
andere Anträge vorliegen haben.)

Ich sage in diesem Zusammenhang nur „Interventionsstelle“ oder auch „Vorsorgeuntersuchung“ als Stichworte, aber auch die mehrfache Erwähnung des „Wahlalters 16“. Das haben Sie da reingeschrieben,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Das gehört mit dazu! Das gehört mit dazu!)

damit wir leichten Herzens sagen können: Leider können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

Also ich finde das alles doch ein bisschen oberflächlich, insgesamt ein bisschen oberflächlich: Ihre Schlussfolgerungen, die Sie in Ihrem Antrag ziehen, aber auch Ihre Forderungen, die gleich so gestrickt sind,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nun
reden Sie doch mal zur Situation in
Mecklenburg-Vorpommern, Frau Tegtmeier!)

dass wir da wieder gar nicht zustimmen können. Deswegen werden wir ihn, wie das bereits angekündigt war, auch ablehnen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Ja, vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja eben hier den GRÜNEN-Schreier für die Rechte der Kinder erlebt, und zwar der GRÜNE, Herr Suhr. Da hat man den Bock zum Gärtner gemacht.

Herr Suhr, Sie sollten sich zunächst mal um die Gegenwart und die Vergangenheit der Behandlung von Kindern in Ihrer eigenen GRÜNEN-Partei kümmern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Och, jetzt geht das wieder los!)

Sie müssen ganz einfach zur Kenntnis nehmen, dass in Ihrer Partei gefordert wurde und es offensichtlich auch noch Wirtköpfe gibt, die doch tatsächlich fordern, dass sexuelle Handlungen und Sex mit Kindern straffrei gestellt werden sollen. Pfui Teufel! Und Sie stellen sich hier hin und schreien rum, dass die Rechte der Kinder gestärkt gehören. Das muss man,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und Sie stellen sich hier hin als Biedermann.)

das muss man ...

Ja, ein Biedermann. Da fühle ich mich dann geehrt,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Als Biedermann stellen Sie sich hin! –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

wenn Sie das in Kontrast setzen zu dem, was Sie in Ihrer Partei

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

zu diesem Punkt „Kinderschutz“ zu bieten haben,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gucken Sie doch mal in Ihre!)

liebe Frau Gajek.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Problem des Kinderschutzes ist eben nicht das Problem, dass es zu wenig Gesetze oder Verordnungen gäbe. Das Problem ist ganz einfach, dass wir hier in Deutschland eine kinderfeindliche Gesellschaft aufgebaut haben, und zwar keine Volksgemeinschaft, wo das Kind gehütet, behütet und mit Weitsicht aufgezogen und erzogen wird,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

sondern eine brutale, kapitalistisch organisierte, abartige Gesellschaft, in der offiziell die Kinder als zukünftiges Humankapital angesehen und bezeichnet werden. Das ist der Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und daran zu arbeiten, wäre die Aufgabe.

Sie können hier in Ihre Verfassung, in die Landesverfassung in Artikel 14 noch so viel hineinschreiben, Sie können die UN-Konvention für die Kinderrechte noch dicker aufblasen, Sie können sich hier hinstellen und Kinderparlamente gründen –

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Sie werden die Situation, die ganz klar determiniert ist durch die Gesellschaftsordnung, nicht ändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kinderrechte stärken, das kann man nicht dadurch, dass man die Kinder fragt, was möchtest du denn zum Mittagessen haben, so, wie der Herr Suhr das eben hier erklärt hat,

(Thomas Krüger, SPD:
Die müssen in Heimatlager, ne?)

sondern das ist selbstverständlich. Für wie blöd, Herr Suhr, halten Sie eigentlich die Eltern und die Pflegerinnen und Pfleger in den Kinderkrankenhäusern oder in den Horten? Wie für blöd, für wie blöd halten Sie die Kinder eigentlich

(Heinz Müller, SPD: Sie stottern ja richtig.)

beziehungsweise wie blöd, meinen Sie eigentlich, sind diese gut ausgebildeten Fachkräfte in den Schulen, dass sie nicht die primitivsten Bedürfnisse der Kinder abfragen? Sie leben in einer Welt – wahrscheinlich haben Sie gar keine Kinder – und blasen sich hier auf, als hätten Sie die Weisheit

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Unerhört, Herr Pastörs!)

in der Erziehung unserer Kinder mit Löffeln gefressen, mit Schaumlöffeln gefressen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Tatsache ist, dass wir hier in Deutschland eine der kinderfeindlichsten Gesellschaftsordnungen in ganz Europa aufgebaut haben.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Tatsache ist auch, dass hier in Deutschland eine Familie mit drei oder vier Kindern als asozial gilt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wer erzählt denn so was? –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist doch Quatsch!)

Tatsache ist auch, dass, wenn Sie hier als Familie mit fünf oder sechs Kindern eine Wohnung suchen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie diese Wohnung nur sehr schwer finden, weil die Vermieter nämlich ganz genau so handeln, wie sie das marktökonomisch für richtig halten. Tatsache ist auch, und da können Sie hier noch so laut schreien, dass Sie das, was Sie hier sagen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kein Mensch sagt hier was, außer der Schreihals.)

in Wirklichkeit gar nicht umsetzen wollen, weil Sie im Kern in der Mehrheit auch in diesem sogenannten Hohen Haus

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist das Hohe Haus.)

in der Wolle gefärbte kinderfeindliche Grundeinstellungen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie viel Kinder haben Sie denn, Herr Pastörs? Ich hab drei. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das ist das Problem, wogegen Sie anzukämpfen haben

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ich hab drei. Und Sie? Ja?)

und was Sie versuchen zu vertuschen, indem Sie hier laut schreien: mehr Kinderrechte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der als Einziger hier schreit, das sind Sie, Herr Pastörs. –
Thomas Krüger, SPD: Der Einzige, der hier laut schreit, sind Sie.)

Ich komme noch mal zum Antrag der LINKEN, der uns natürlich so nicht gefällt. Aber auf einen Punkt möchte ich dann doch eingehen, und zwar ist es der Punkt, wo Sie unter Punkt IV fordern, dafür zu sorgen, dass auch die Täter einen direkten Zugang zu Therapieangeboten bekommen. Darauf antworte ich Ihnen als Fraktionsvorsitzender der NPD: Das unterscheidet uns in der Priorisierung. Wir sagen: Wir sorgen dafür und wir müssen dafür sorgen, dass die Täter einen direkten Zugang in den Knast bekommen, und nicht zu Therapien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Jochen Schulte, SPD: Na, den Zugang kennen Sie ja, Herr Pastörs. – Peter Ritter, DIE LINKE:
Das geht schneller, als Sie denken.
Wann ist der nächste Gerichtstermin?)

Und danach, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man darüber reden,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

inwieweit eine Therapie ergänzend vielleicht Erfolg versprechend ist. Wir werden den Antrag ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE. Oh, Entschuldigung, natürlich Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Außer von Herrn Suhr habe ich heute wenig Konkretes gehört,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich auch nicht.)

was sich mit der Situation hier in Mecklenburg-Vorpommern auseinandersetzt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Eigenlob stinkt.)

Und, Frau Friemann-Jennert, ich möchte Sie wirklich bitten, mir nicht Dinge zu unterstellen, die ich niemals so gesagt habe. Sehr wohl weiß ich die ehrenamtliche Arbeit der Tätigen im Kinderschutzbund zu wertschätzen. Das möchte ich ausdrücklich noch mal betonen und ich möchte diesen Leuten danken.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Nun zu konkreten Dingen: Nachdem ich in der Einbringungsrede nur auf Punkt I des Antrages eingegangen bin und hier schon Handlungsnotwendigkeiten sichtbar wurden, möchte ich jetzt auch zu anderen Punkten und zur Einschätzung der Kinder und Jugendlichen für unser Land kommen. Ich möchte dabei nicht nur das Negative betrachten, sondern sehr wohl auf das Positive in Mecklenburg-Vorpommern Bezug nehmen.

Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention schreibt die Berücksichtigung des Kinderwillens fest. Nach der Information der Kinder und Jugendlichen über die Rechte folgt zwangsläufig die Berücksichtigung ihres Willens. Positiv ist ohne Frage, dass wir in unserer Landesverfassung die Kinderrechte schon verankert haben. Gerade am 15. November haben wir 20 Jahre Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern gefeiert. Angesichts dessen gilt es als positiv hervorzuheben, dass noch während unserer Regierungsbeteiligung durch Gesetz vom 14. Juli 2006 Artikel 14 geändert werden konnte. Dieser Artikel widmet sich dem Schutz der Kinder und Jugendlichen. Herr Caffier beziehungsweise Herr Suhr hatten Absatz 4 schon zitiert, er geht darauf ein, dass Kinder und Jugendliche Träger von Rechten und Pflichten sind und das Land, die Gemeinden und Kreise die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft zu fördern haben.

Ja, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es gute Beispiele für Kinder- und Jugendbeteiligung. Beispielsweise findet in regelmäßigen Abständen „Jugend im Landtag“ statt. Wir haben die Beteiligungswerkstatt. In Sassnitz konnte ich mich in diesem Jahr von einer hervorragenden Arbeit des Kinder- und Jugendparlamentes überzeugen. Auch in meiner Nähe gibt es einen Jugendrat der Stadt Ludwiglust, der ebenfalls die Kinder- und Jugendbeteiligung gut unterstützt. Aber oftmals habe ich den Eindruck, dass es sehr von dem Willen handelnder Personen abhängig ist,

(Egbert Liskow, CDU:
Das ist immer so.)

ob Kinder und Jugendliche beteiligt werden und ob sie hierfür auch die notwendige Unterstützung bekommen. Wer jedoch selbstständig handelnde Jugendliche flächendeckend unterstützen und beteiligen möchte, was meines Erachtens das beste Mittel in der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien ist, der muss hierfür auch die Voraussetzungen schaffen. Hamburg und Schleswig-Holstein sind da auf einem guten Weg.

Schleswig-Holstein beispielsweise hat in seiner Kommunalverfassung die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zur Pflicht gemacht. Im Paragraphen 47f heißt es dazu: „Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.“ Nun wird es trotz dieser Verpflichtung auch in Schleswig-Holstein weiße Flecken geben, aber es ist doch herausragend, dass es eine Verpflichtung hierzu gibt und so das Bewusstsein für die Interessen von Kindern und Jugendlichen geschaffen wird. Diese Forderung wurde auch vom UNICEF-Hilfswerk gerade gestern mit unterstützt, dass die Kommunen die beste Ebene sind, um Kinder und Jugendliche zu beteiligen.

Es ist dringend notwendig, ihre Interessen, die von Kindern und Jugendlichen, zu kennen, denn die Anzahl der

Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern nimmt stetig ab. Schon heute haben wir deutlich mehr über 65-Jährige als unter 18-Jährige. Wenn wir nichts tun, besteht die Gefahr, dass die Interessen der Kinder und Jugendlichen immer weiter in den Hintergrund geraten, einfach weil sie eine Minderheit sind. Gerade den entgegengesetzten Weg müssen wir gehen. Mecklenburg-Vorpommern muss für Kinder und Jugendliche attraktiv bleiben. Deshalb unsere Forderungen, die Sie in unserem Antrag dazu finden.

Zweitens. Ein ebenso wichtiges Recht in der UN-Kinderrechtskonvention ist das Recht auf soziale Sicherung und angemessene Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen. Auch hier gibt es in Mecklenburg-Vorpommern einiges zu tun. Wir hatten die Debatte Anfang des Jahres. Ich möchte noch einmal ins Bewusstsein rufen, dass jedes dritte Kind in Mecklenburg-Vorpommern in Armut lebt. Auch hier kann ich nur noch einmal wiederholen: Wer etwas gegen Kinderarmut tun möchte, muss erst einmal die Situation der Kinder und Jugendlichen kennen und wissen, welche konkreten Ursachen überhaupt die Kinderarmut hat und welche Maßnahmen ergriffen werden können, um Kinderarmut zu bekämpfen. Die Datenbasis – ich hatte es ausgeführt – der Landesregierung ist dazu sehr dünn.

Da ist DIE LINKE weiter und hat sich mit ihren Mitteln einen Überblick über die Situation im Land verschafft. Das Ergebnis: Jedes vierte Kind lebt in einer Bedarfsgemeinschaft und ist auf Hartz-IV-Regelsätze angewiesen, die noch lange nicht den kindergerechten Bedarf abbilden. Und während der Anteil der SGB-II-Empfänger in der Gesamtbevölkerung zurückgeht, steigt die Anzahl der unter 15-Jährigen in Bedarfsgemeinschaften.

Nun gilt es, ausgehend von den Erkenntnissen Maßnahmen zu entwickeln, die tatsächlich geeignet sind, Kinderarmut zu bekämpfen. Die verschiedenen Ansätze haben wir hier im Parlament mehrfach dargestellt. Als Erstes gilt es, bedarfsgerechte Hartz-IV-Regelsätze für Kinder und Jugendliche einzuführen, um wirklich soziale Sicherheit für alle Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern zu garantieren. Langfristig muss es zur Einführung einer Kindergrundsicherung kommen. Für uns alle im Land gilt es, die BuT-Leistungen effektiver zu machen, damit tatsächlich alle anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen in den Genuss der ihnen zustehenden Leistungen kommen.

Weitere Maßnahmen gilt es zu entwickeln. Das hatten wir in unserem Antrag vom 3. September 2014 „Bildungs- und Teilhabepaket abschaffen – Kindergrundsicherung einführen“ bereits gefordert. Deshalb spare ich mir aus Zeitgründen weitere Ausführungen.

(Stefan Köster, NPD: Danke!)

Einen dritten Gesichtspunkt möchte ich noch anführen. Am 3. Mai 2010 wurden die Vorbehalte zum Ausländerrecht bezüglich der UN-Kinderrechtskonvention durch die Bundesregierung zurückgenommen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt gilt die Konvention unstrittig für alle in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland lebenden Kinder, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrem Aufenthaltsstatus. Dennoch werden Kinder und Jugendliche mit Flüchtlingsstatus in der Bundesrepublik und in Mecklenburg-Vorpommern noch immer aufgrund ihrer Herkunft gegenüber Kindern und Jugendlichen ohne

Flüchtlingsstatus benachteiligt. Das betrifft zum Beispiel die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, die soziale Situation und die medizinische Versorgung sowie die Teilhabemöglichkeiten an Bildungs- und Freizeitangeboten.

Das Asylbewerberleistungsgesetz schränkt Kinder in ihren Rechten ein und grenzt alle, die unter dieses Gesetz fallen, systematisch aus. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist diskriminierend und muss abgeschafft werden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Flüchtlingskinder müssen vollständig nach der Sozialgesetzgebung behandelt werden, wie einheimische Kinder auch.

Erschreckend sind auch die Antworten auf unsere Kleine Anfrage zu Abschiebungen und Abschiebehaft von ehemaligen Asylbewerberinnen/Asylbewerbern, Geduldeten, sonstigen Ausländerinnen/Ausländern sowie unbegleiteten Minderjährigen vom 24. Oktober 2014. Danach wurden in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt fünf Minderjährige im Alter von 16 und 17 Jahren für die Dauer von bis zu 42 Tagen in der JVA Bützow in Abschiebehaft genommen. Sie saßen dort zusammen mit Straftätern ein. Ich frage Sie: Ist es eine Straftat, in einem anderen Land Schutz zu suchen, wenn die eigene Heimat diesen nicht gewähren kann? Nein, meine Damen und Herren, das ist es nicht. Zahlreiche weitere Minderjährige im Alter von wenigen Monaten bis zur Volljährigkeit wurden in den vergangenen Jahren in ihre Herkunftsländer abgeschoben und damit in eine unsichere Situation und schlechte Perspektiven zurückgeschickt. Die Abschiebepaxis und Inhaftierung von Minderjährigen ist ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist das Aufenthaltsrecht mit Blick auf die UN-Kinderrechtskonvention zu reformieren – auch dazu haben wir im Landtag mehrere Anträge gestellt –, und nicht umgekehrt, es könne ja die UN-Kinderrechtskonvention übergangen werden, weil wir nationales Recht haben, in dem die Flüchtlingskinder eindeutig schlechtergestellt werden. So geht das nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPD und CDU.

Ich zitiere hierzu aus den Antworten auf die Kleine Anfrage auf der Drucksache 6/3315: „Die Praxis der Inhaftnahme widerspricht dieser Vorgabe aus Sicht der Landesregierung insbesondere deswegen nicht, weil die Möglichkeit der Inhaftnahme durch europäisches und nationales Recht geregelt und mithin zulässig ist. Ebenso verhält es sich in Bezug auf Abschiebungen.“ Zitatende. Dabei ist die Kernforderung des Artikels 22 der UN-Kinderrechtskonvention, dass Flüchtlingskinder angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhalten sollten.

Es gäbe noch vieles zu besprechen und zu diskutieren. Ich finde, die Diskussion zeigt heute die Notwendigkeit unseres Antrags. Stimmen Sie dem zu! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3426. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3426 mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Regionalen Flüchtlingsgipfel einberufen – Umfassendes Maßnahmenpaket für eine bessere Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen auf den Weg bringen, Drucksache 6/3433. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3457 vor.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Regionalen Flüchtlingsgipfel einberufen –
Umfassendes Maßnahmenpaket für eine bessere
Unterbringung, Betreuung und Integration
von Flüchtlingen auf den Weg bringen
– Drucksache 6/3433 –**

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/3457 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Guten Morgen, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Bernhardt hat ja schon angefangen mit dem Bereich und ich werde da jetzt weitermachen. Warum brauchen wir einen Flüchtlingsgipfel? Sie erinnern sich, dass wir hier vor einem Monat mit der Fraktion DIE LINKE für einen Nationalen Flüchtlingsgipfel geworben haben. Die Diskussion in dem Zusammenhang war sehr heftig.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich habe eine Bitte. Sie merken ja, dass die Anträge immer wiederkommen. Wir setzen uns für eine Willkommenskultur ein.

(Jochen Schulte, SPD:
Herzlich willkommen! –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Dieser Antrag ist von uns auf den Weg gebracht worden, weil wir immer wieder in der Presse lesen, eigentlich kann man es fast jeden Tag jetzt lesen, dass dort viel zu tun ist. Zum Beispiel hat sich gestern die Hansestadt Greifswald in ihrem Sozialausschuss in zwei Tagesordnungspunkten auch mit der Thematik „Willkommenskultur“ und „Dezentrale Unterbringung“ befasst.

(Udo Pastörs, NPD: Wie viele
wohnen bei Ihnen denn schon?)

Ich weiß, dass die SPD sich da ausdrücklich für die dezentrale Unterbringung einsetzt. Wir haben eben das große Land mit den unterschiedlichen Rahmenbedingungen vor Ort, die sehr unterschiedlich sind, und, ich denke, da ist viel zu tun.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das geht doch.
Wir haben alle Möglichkeiten, Frau Gajek.)

Nehmen Sie bitte diesen Antrag als Angebot, dass wir dort weiterarbeiten. Ich glaube, es gibt da in vielen Punkten Nachholbedarf.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee. –
Udo Pastörs, NPD: Jaja, großen
Bedarf. Auf der ganzen Welt.)

Der Antrag ist auch so zu verstehen: Wir haben ja im Punkt 3 geschrieben „Verfahren“. Wir wollten jetzt nicht sagen, es soll ein Runder Tisch sein, sondern es sind Gedanken darüber,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wie man so einen Prozess auf den Weg bringt, einen Prozess, wo wir langfristige Strategien entwickeln, die eben gerade unserem Land mit den großen Unterschieden zwischen Stadt und Land gerecht werden.

In der Woche konnten wir, konnten Sie im „Medienspiegel“ die Geschichte von Tesfalem Beyene lesen. Er erzählte, ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin: „In Eritrea gab es für mich keine Zukunft. Männer werden dort oft jahrelang zum Militärdienst gezwungen, manchmal sogar Jahrzehnte.“

(Udo Pastörs, NPD: Dann lassen
Sie alle zu uns kommen!)

„Also habe ich den Tod in Kauf genommen, um ein neues Leben zu beginnen. Schleuser haben mich durch die Sahara gekarrt.“

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

„Mit Dutzenden weiteren Flüchtlingen war ich auf einem Laster zusammengepfercht. Ein wackliges Boot brachte uns über das Mittelmeer.“

(Michael Andrejewski, NPD:
Und dann kam er nach Anklam.)

„Dann habe ich mich über Mailand nach Deutschland durchgeschlagen. Jetzt sitze ich hier in Zimmer 111 im Flüchtlingsheim in Anklam und frage mich: Wo bin ich nur gelandet?“

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD: Jaja. –
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Stefan Köster, NPD –
Udo Pastörs, NPD: Bis er dann erwachte.)

„Es macht mir nichts aus, dass wir zu zweit in einem kleinen Raum wohnen. Was mich stört ist, dass viele Menschen in Anklam mich hier offenbar nicht haben wollen.“ Zitatende.

(Stefan Köster, NPD:
Und das ist auch gut so.)

Bis zur Entstehung einer Willkommenskultur im Sinne des gemeinsamen Antrages der demokratischen Fraktionen ist es ganz offensichtlich noch ein langer Weg.

(Udo Pastörs, NPD: Tja!)

Erst am letzten Montag wurden in Anklam Medienberichten zufolge drei Asylsuchende zunächst fremdenfeindlich beleidigt, dann körperlich angegriffen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der „Nordkurier“ stellt in seinem Bericht explizit einen Zusammenhang her zu einem Video, das unser Kollege Herr Andrejewski im Laufe desselben Tages veröffentlicht hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist nicht unser Kollege. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Nicht der Kollege, genau.

Darin warnt Herr Andrejewski vor Tausenden von Asylsuchenden, die angeblich in den Landkreis strömen. Dabei liegt der Anteil der Asylsuchenden an der Gesamtbevölkerung des Kreises gerade mal bei 0,3 Prozent.

(Udo Pastörs, NPD: Da können wir ja noch
ein bisschen verbessern, die Statistik.)

Doch nicht nur das. Das Video enthält auch eine Ankündigung für den Fall, dass in Anklam neue Flüchtlingsunterkünfte errichtet werden: Wir haben nicht vor, das hinzunehmen.

(Stefan Köster, NPD: Nicht nur in Anklam.
Auch im Landkreis Ludwigslust-Parchim
will man das nicht hinnehmen. Da will man
nicht mal die Vorbereitungen durchführen.)

Herr Andrejewski, Ihre Politik und auch die der Partei der NPD, Ihre Art, Politik zu machen, ist rassistisch, ausländerfeindlich und mir einfach zuwider.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Weltweit zählt der UNHCR mehr als 51 Millionen Flüchtlinge – Binnenvertriebene, Asylbewerber. Die meisten Flüchtlinge, 86 Prozent, wurden von Entwicklungsländern aufgenommen, allen voran Pakistan, Iran, Libanon und Jordanien.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Fast die Hälfte aller Flüchtlinge finden Zuflucht in Ländern, in denen das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bis unter 5.000 US-Dollar liegt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit kommt aus Afghanistan, Syrien und Somalia. Ich glaube, wir alle wissen, wer von dort kommt, hat allen Grund, seine Heimat zu verlassen.

(Michael Andrejewski, NPD: Wohl kaum.
Was soll denn aus den Ländern werden?)

Beim Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz am 30. Juni 2014 sagte der Bundespräsident Joachim Gauck, ich zitiere: „Tun wir wirklich schon alles, was wir tun sollten?“ Die Antwort auf diese Frage hängt nicht

allein von finanziellen Ressourcen ab oder von politischen Programmen, sondern mindestens ebenso von der Art und Weise, wie ehrlich, pragmatisch und nüchtern die Politik und die Gesellschaft die Herausforderungen der Flüchtlingspolitik diskutiert.“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Dabei würde deutlich, dass die Zahlen und Proportionen ... keineswegs so erschreckend sind, dass unsere Hilfsbereitschaft schon überfordert wäre. Solidarität ist zuerst und vor allem eine Grundlage unseres menschlichen Miteinanders und im Übrigen ist sie Kennzeichen unserer Demokratie.“ Zitatende.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie brauchen neue Wähler, scheint mir.)

Man könnte fast meinen, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg sich dieses zu Herzen genommen hat, als sie Mitte Oktober im Rahmen eines Flüchtlingsgipfels mit Vertreter/-innen von Spitzenverbänden aus Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Wirtschaft, Kirche und Flüchtlingsorganisationen über Maßnahmen sprach, mit denen die Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen im Bundesland Baden-Württemberg verbessert werden könnte.

(Stefan Köster, NPD: Das ist eine absolute Steuergeldverschwendung.)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Flüchtlingsgipfels einigten sich unter anderem auf verschiedene Maßnahmen. Die haben Sie in der Begründung auch gelesen.

Warum haben wir das so explizit gemacht? Das heißt natürlich nicht, weil ich damit rechne, dass jetzt gesagt wird, das können wir so nicht tun, das waren Anregungen. Ich finde, dass die Diskussion darüber, Herr Caffier – gerade die Arbeitsgruppe, die Sie ja haben zur Sprachintegration, wo ich weiß, dass einiges jetzt auf den Weg gebracht wird, was Sie gleich sagen werden –, immer nur kleine Facettenstücke sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das heißt ja nicht, weil ich jetzt gerade den Antrag von Frau Bernhardt noch mal Revue passieren lasse, dass wir sagen, dass jetzt alles hier schlecht ist oder dass es nicht vorangeht. Es ist nur so, dass bestimmte Ministerien nicht wirklich zusammen agieren. Ich denke da an die elektronische Krankenkassenkarte.

(Udo Pastörs, NPD: Tja, die Krankenkassenreisekarte.)

Dann gibt es die Sprachmittlung, wo wir fragen, wie es perspektivisch weitergeht.

Ich weiß, dass es jetzt Absprachen gibt, aber ich finde auch, dass wir diesen Prozess eben begleiten müssen. Und ich erinnere an unseren Antrag, den wir hier interfraktionell von den demokratischen Parteien getragen haben, diesen Prozess weiterzuentwickeln und Willkommenskultur nicht nur in Form eines Papiers zu haben, sondern letztlich diese auch umzusetzen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich möchte noch auf einen zweiten Teil eingehen, den Sie auch im Antrag sehen, das ist der sogenannte Heim-TÜV für die Gemeinschaftsunterkünfte. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen uns ja für die dezentrale Unterbringung aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die findet doch auch statt.)

Nichtsdestotrotz gibt es diese Gemeinschaftsunterkünfte.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und deshalb muss man jetzt versuchen, dieses weiterzuführen, nämlich auch mit Standards und der Frage, wie dieses kontrolliert wird.

Wir alle erinnern uns an die Debatte um den Skandal in Nordrhein-Westfalen, über European Homecare.

(Patrick Dahlemann, SPD: Die leisten hervorragende Arbeit.)

Und auch wir haben ja von den 18 Gemeinschaftsunterkünften 8, Herr Caffier, 8 Gemeinschaftsunterkünfte, die von privaten Wachdiensten betreut werden. Ich denke, dazu werden wir nachher noch einiges hören. Aber wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen, dass hier noch was zu machen ist,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, es ist noch mehr rauszuholen.)

dass Maßstäbe gesetzt werden, um eine menschenwürdige Unterbringung auf den Weg zu bringen.

(Stefan Köster, NPD: Das Paradies auf Erden. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Wir haben eben das Problem, dass wir ein großes Spannungsfeld haben im Land. Und ich denke, da ist dann viel zu tun.

Nun gehe ich noch mal auf den Änderungsantrag von der Fraktion DIE LINKE ein. Die Punkte nehmen wir auf, weil ich denke schon, dass auch die Frage des nächsten Doppelhaushaltes thematisiert werden soll und thematisiert werden muss.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, mehr Geld.)

Wenn wir hier perspektivisch, es wird ja heute abgelehnt werden,

(Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

aber vielleicht auf den Weg bringen, dass wir einen regionalen Flüchtlingsgipfel hinbekommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?! Der Minister wollte gerade zustimmen. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wo die Akteure an einem Tisch sitzen, wo auch gesagt wird, was sind Prioritäten und wie wollen wir die perspektivisch in den nächsten fünf, sechs, sieben Jahren abarbeiten, dann sind wir ein Stück weitergekommen. Ich bin auf die Debatte gespannt.

Und ich denke, eins sollten wir bei der ganzen Debatte bedenken und auch beachten, dass die Herren von der Fensterfront ab dem Jahre 2016 hier nicht mehr drinsitzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
Barbara Borchardt, DIE LINKE –
Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Dass wir zusammenstehen, dass wir eine humanitäre Flüchtlingspolitik machen, da sind wir uns einig. Und ich denke, auf den Weg werden wir uns auch einigen, weil ich denke,

(Stefan Köster, NPD:
Ich glaube, Sie denken zu viel.)

man sollte eben nicht nur darüber reden, sondern man sollte tun. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das habe ich aber eben gesagt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Na, dann bin ich ja zufrieden.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Inneres und Sport. Bitte, Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Frau Gajek, ich bin enttäuscht über Ihre Ausführungen, über Ihren Antrag.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wo ist denn Ihr eigener Beitrag zur Willkommenskultur?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir haben das doch reingeschrieben!
Das ist doch alles drin.)

Mecklenburg-Vorpommern als Vorzeigeland im Umgang mit Asylbewerbern muss sich von Ihnen in dieser Frage keine Vorwürfe machen lassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das finde ich auch. –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach, Sie haben doch den Beitrag gelesen.)

Mecklenburg-Vorpommern und die vielen Menschen, die im Lande Integration ausüben, die – egal, ob bei zentraler oder dezentraler Unterbringung – hier viel nachbarschaftliche Hilfe leisten, die müssen nicht Nachhilfeunterricht von Frau Gajek bekommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Und was den Fall Baden-Württemberg betrifft und die Politik der GRÜNEN, darauf komme ich nachher noch. Das erklären Sie mal, wieso Mecklenburg-Vorpommern Asylbewerbern helfen muss, weil es Baden-Württemberg ablehnt! So viel zum Thema Asylbewerberkompromiss oder Asylbewerber und Unterstützung in Baden-Württemberg. Darauf komme ich aber noch zu sprechen, Frau Gajek.

(Heiterkeit bei Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der Sitzung des letzten Landtages, Sie sind schon darauf eingegangen, haben die GRÜNEN einen Nationalen Flüchtlingsgipfel gefordert. Ich denke, alle hier im Hause erinnern sich, warum der Antrag abgelehnt wurde. Leider scheinen sich die Antragsteller aber nicht mehr daran zu erinnern, mit welchen Argumenten der Antrag seinerzeit abgelehnt wurde,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die haben mich aber nicht überzeugt.)

sonst hätten sie sich nämlich den heutigen Antrag auf Einberufung eines regionalen Gipfels gespart.

(Egbert Liskow, CDU:
Das wollen die ja nicht.)

Ich werde mich an dieser Stelle nicht wiederholen, ich will jedoch das eine oder andere noch mal ergänzen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Danke für die Belehrung! –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wir alle wissen um die vielen Krisenherde in unserer Welt und die Not von Millionen Menschen.

(Egbert Liskow, CDU: Milliarden.)

Deutschland hilft vielen Flüchtlingen und Mecklenburg-Vorpommern tut dazu das Seinige. Wir investieren hier viel Zeit, viel Kraft, viele Finanzen. Mecklenburg-Vorpommern wird allein im kommenden Jahr rund 50 Millionen Euro aufbringen, um den verfolgten Menschen zu helfen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Flüchtlingshilfe in Mecklenburg-Vorpommern funktioniert. Sie funktioniert schon seit Jahren, sie ist getragen vom großen Engagement und sie konzentriert sich auf das Wesentliche,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und warum sagen Sie, die Bevölkerung
soll vorbereitet werden?

auf Hilfe für die Menschen. Sie können gern nachher noch reden.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das werde ich auch tun.)

Behalten Sie sich ein bisschen Energie, damit Sie nachher hier noch zu verstehen sind!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich hab genug Energie, keine Sorge!)

Okay, das beruhigt mich ja.

Die Hilfe ist im Wesentlichen ausgerichtet auf Hilfe für Menschen, die in unserem Bundesland Schutz suchen.

Meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern finden zu all den die Bereiche Asyl und Integration betreffenden Themen regelmäßige Schnittstellengespräche der beteiligten Behörden und der Institutionen statt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na ja, das hab ich alles gehört.)

Das fängt bei der Arbeitsebene an und hört nicht vor den jeweiligen Hausspitzen auf.

Zum Thema der Unterbringung von Asylbewerbern findet ein stetiger Austausch des Landesamtes für innere Verwaltung mit den Kommunen statt. Asylbewerber und Asylbewerberinnen werden in Mecklenburg-Vorpommern zuerst in der Aufnahmeeinrichtung des Landes in Nostorf/Horst aufgenommen. Danach sind die Landkreise und kreisfreien Städte für die Unterbringung zuständig.

Frühzeitig, sehr frühzeitig hat sich das Ministerium für Inneres und Sport aufgrund der anhaltend hohen Zahl von Asylbewerbern entschieden, hier in Mecklenburg-Vorpommern neben der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, davon gibt es zurzeit 20 mit insgesamt 3.131 Plätzen ...

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen mal zuhören, was ich beim letzten Mal ausgeführt habe.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich habe mich aber darauf bezogen,
was ich in der Presse gelesen habe.)

Ja, sehen Sie mal, Ihr Redenschreiber muss sich vielleicht auch mal auf die Höhe der Nation bringen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben 20 Gemeinschaftsunterkünfte mit derzeit 3.131 Plätzen. Auch die dezentrale Unterbringung im Land wird sehr stark in Anspruch genommen und nimmt zu.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, das ist auch gut so.)

Das kritisiere ich doch überhaupt nicht. Sie müssen mit Ihren Unterstellungen nur mal aufhören.

Davon haben die Kommunen im Land in großem Umfang Gebrauch gemacht und das ist auch gut so. Aber angesichts des hohen Wohnungsleerstandes in vielen von unseren Städten sehe ich persönlich, ehrlich gesagt, die Möglichkeit der dezentralen Unterbringung insgesamt noch nicht ausgeschöpft. Da ist Ihr Engagement als Schwerinerin in Schwerin besonders stark gefragt, Frau Gajek.

(Egbert Liskow, CDU: Genau. –
Udo Pastörs, NPD: Am besten
direkt als Untermieter bei ihr. –
Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Entscheidend bleibt für die Kommunen: Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern keine pauschale Erstattung, sondern diese Kosten können in Mecklenburg-Vorpommern zu hundert Prozent, also in voller Höhe abgerechnet werden. In den erstatteten Unterkunftskosten sind nicht nur die Aufwendungen für die Gemeinschaftsunterkünfte, sondern auch die Wohnungsmieten einschließlich der Nebenkosten enthalten. Damit wird das Land seinen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen in hohem Maße gerecht und das finde ich auch sehr gut. Da sind wir in der Tat gegenüber anderen Bundesländern vorbildlich aufgestellt.

Wichtig ist für die Kommunen aber auch, dass das Zusammenleben der Asylsuchenden mit den Bürgern vor Ort gelingt. Auf keinen Fall dürfen wir zulassen, dass neue soziale Gettos entstehen.

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

Ohne hier irgendwie Verantwortung abschieben zu wollen, ist zu betonen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass dieses Zusammenleben – und das wird ja immer wieder gesagt – nicht behördlicherseits angeordnet, sondern lediglich moderiert und finanziell unterstützt werden kann.

(Udo Pastörs, NPD: Das würdet
ihr auch noch machen.)

Der Wille muss vielmehr von den neuen Nachbarn gegenseitig ausgehen.

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und hier, Frau Gajek, wird mir eben sehr viel Positives berichtet und nicht nur das Negative, was Sie hier ausführen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch gar nicht! Das hab
ich doch gar nicht gesagt.)

von gegenseitigen Einladungen zum Kaffeetrinken, von privatem Sprachunterricht, von angebotenen Mitfahrgelegenheiten und vieles, vieles mehr. Hier zeigen sich sehr, sehr viel soziales Engagement und echte Nächstenliebe. Das sollten wir auch ausführen. Dafür sollten wir dankbar sein und nicht nur immer über den einen oder anderen Teil reden, der nicht funktioniert, liebe Frau Gajek.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Mir nötigt dieses Auftreten hohen Respekt ab.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen Sorge dafür tragen, dass das System an dieser Stelle, Frau Gajek, nicht kippt. Und deshalb sollten wir in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern nur so viele Menschen aufnehmen, wie wir auch integrieren können.

(Beifall Egbert Liskow, CDU)

In diesem Punkt – das habe ich beim letzten Mal schon gesagt,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das weiß ich.)

da brauchen Sie überhaupt nicht den Kopf zu schütteln – können wir nur so viel aufnehmen, wie Deutschland in Gänze zu tragen in der Lage ist. Die Europäische Union besteht nicht nur aus fünf Ländern, die derzeit in der Lage sind, Asylbewerber aufzunehmen. Dafür muss europäisch eine Lösung gesucht werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Die anderen
Länder sind schlauer. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europa ist in Gänze verpflichtet zur Aufnahme und zur menschenwürdigen Unterbringung. Es kann nicht so bleiben, dass fünf europäische Staaten die Aufnahme für die restlichen 23 europäischen Staaten mit übernehmen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das wird auf Dauer nicht funktionieren.

Meine Damen und Herren, die hier seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Ziffer 3 des Antrages geforderten hohen Qualitätsstandards bei der Unterbringung werden durch unser Land schon jetzt gewährleistet.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach ja?! Und warum
sagen alle, dass es das nicht gibt?)

Dies fängt in den jeweiligen Leistungsbeschreibungen bei der Ausschreibung der Betreuung und der Bewachung von Gemeinschaftsunterkünften an.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Bewachung?)

Jawohl, Bewachung. Wenn Sie nicht wissen, worüber Sie reden,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich weiß schon, worüber ich rede,
ich habe aber einen anderen Ansatz.
Ich darf doch einen anderen Ansatz haben.)

dann informieren Sie sich doch vor Ort und lassen Sie sich nicht nur was aufschreiben! Wir haben ein funktionierendes Wachsensystem, wir haben dementsprechend auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die geschult und die ausgebildet sind, und wir haben eben nicht die Vorwürfe wie in anderen Bundesländern.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies fängt in den jeweiligen Leistungsbeschreibungen bei der Ausschreibung der Betreuung und der Bewachung von Gemeinschaftsunterkünften an. Dies spiegelt sich in der regelmäßigen und engen Zusammenarbeit der Betreiber der Gemeinschaftsunterkünfte und den zuständigen Kommunen, insbesondere den Ausländerbehörden, den Sozialämtern und den Gesundheitsämtern – auch

hier finden Schnittstellengespräche statt – wider. Zudem – das hat Ihnen Ihr Redenschreiber vielleicht auch nicht aufgeschrieben, das weiß ich nicht – werden seit 2012 die Unterkünfte regelmäßig, einmal jährlich, durch die Heimaufsichten der Kommunen geprüft, die detaillierte Prüfberichte, nämlich einen Heim-TÜV, erstellen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Frage ist doch immer, was
ich dort mache und wie.)

Ich kann ja nichts dafür, wenn es Ihnen nicht passt. Nun erregen Sie sich doch bitte nicht so!

Diese werden dem Ministerium für Inneres und Sport als Fachaufsicht zugeleitet,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ignoranz!)

welche sie wiederum an das Amt für Migration und Flüchtlingsangelegenheiten im Landesamt für innere Verwaltung zur Veranlassung etwa erforderlicher Maßnahmen weiterleitet. Die Heimaufsichten sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Überprüfungen auf die Einhaltung des Infektionsschutzgesetzes, die Richtlinie für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung der Bewohner sowie die Gemeinschaftsunterkunftsverordnung zu achten.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind
aber intolerant heute, Frau Gajek!)

Frau Gajek, ich weiß, die Wahrheit tut weh. Zuhören tut für Sie offensichtlich noch weher, wenn Sie mal die reale Situation verstehen wollen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach!)

Damit hat das Land, Frau Gajek, bundesweit eine Spitzenrolle eingenommen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Die lasse ich mir – und meine Mitarbeiter auch nicht – von Ihnen nicht schlechtreden, auf gar keinen Fall.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich
hab doch überhaupt nichts schlechtgeredet!
Ihr scheint schlecht vorbereitet zu sein. –
Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Wir haben eine Spitzenrolle in der Festlegung, wir haben eine Spitzenrolle in der Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte sowie der Betreuung für Asylbewerber eingenommen. Da brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht von Ihnen, von den GRÜNEN.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Dietmar Eifler, CDU: Genau. –
Egbert Liskow, CDU: Jawohl!)

Durch die Einrichtung des erwähnten Qualitätsmanagements gelingt es, die rechtlich vorgegebenen Standards einzuhalten

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und gegebenenfalls bestehende Mängel, die ich ja nicht infrage stelle, regelmäßig aufzulisten und auch abzustellen.

Ich sage es hier in aller Deutlichkeit: Ein Verfahren zur hohen Sicherung von Qualitätsstandards bei der Unterbringung von Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften muss nicht mehr erarbeitet werden in Mecklenburg-Vorpommern. Es existiert schon längst. Die Kommunen finden aber nicht nur zum Thema Unterbringung, sondern auch zu den Fragen hinsichtlich der Betreuung, Beschulung und Integration von Asylbewerbern stets Ansprechpartner in den Landesressorts.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ministerium für Inneres und Sport hat umfassende Arbeitshinweise zur sozialen Betreuung dezentral untergebrachter Ausländer erlassen, unter anderem mit Vorgaben zu den Betreuungsschwerpunkten, zur beruflichen Qualifikation und zum Betreuungsaufwand.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wann hat sich denn jetzt die Strategiegruppe getroffen?)

Zum 1. November 2014 – und der eine oder andere Kollege hatte ja abgefordert, sich offensichtlich dafür interessiert, beispielsweise unsere Kollegen aus der SPD-Fraktion, und dementsprechend kann ich Ihnen das Angebot auch noch machen, damit Sie überhaupt wissen, worüber Sie reden –,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich weiß schon, worüber ich rede.)

zum 1. November ist nämlich die neue Verordnung in Kraft getreten, und hier sind überarbeitet worden die eingegangenen Hinweise,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

die insbesondere die Abrechnung der Betreuungsdienstleistungen vereinfacht und damit Personalressourcen schont. Ferner wurden eine Berichtspflicht eingeführt, das Aufgabenspektrum der Betreuer den tatsächlichen Bedürfnissen angepasst und auch eine Auffangklausel bei Abweichung von den Regelungen der Arbeitshinweise aufgenommen. Alle Änderungen fanden auf Anregungen aus der Praxis statt und sind im gegenseitigen Dialog in das Papier mit eingeflossen.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So verstehe ich Zusammenarbeit.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und wie lange hat das gedauert?
Wie lange hat das gedauert?)

Was soll denn das nun schon wieder?! Wie lange hat es gedauert?!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Na ja, das geht doch schon die ganzen ... Na ja, natürlich! – Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Wissen Sie, wie regelmäßig wir das dementsprechend erfassen?!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Jaja!)

Selbstverständlich wird die soziale Betreuung nicht nur im Rahmen der dezentralen Unterbringung, also in den Wohnungen angeboten, sondern auch in den Gemeinschaftsunterkünften des Landes.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Auch hier, liebe Frau Gajek, ist Mecklenburg-Vorpommern wiederum hervorzuheben. Wir sind das einzige Flächenland, in dem die Kommunen alle notwendigen Aufwendungen für die Betreuung der Asylbewerber und Asylbewerberinnen vollumfänglich und zeitlich unbefristet mit dem Land abrechnen können. Es ist eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit mit den Kommunen. Dafür bin ich dem Finanzministerium, dafür bin ich der Ministerin auch sehr dankbar. Auch das gehört der Ehrlichkeit halber dazu. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat also bereits solide Lösungen gefunden, die Asylbewerber unterzubringen, zu betreuen und gleichzeitig die Kommunen zu unterstützen. Die Zusammenarbeit der involvierten Behörden und Institutionen hat sich bewährt und sie bewährt sich.

Auch zum Thema Kirchenasyl ist ein regelmäßiger Austausch zwischen dem Ministerium für Inneres und Sport und der Kirche vereinbart worden. Vor eineinhalb Wochen hat das letzte Schnittstellengespräch zu dem Thema in meinem Haus mit dem Staatssekretär stattgefunden. Zudem plant das Ministerium für Inneres und Sport für Januar 2015 eine Landrätekonzferenz, auf der unter anderem die Fragen der Unterbringung, des Umgangs mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, der Verbesserung der Sprachförderung, Beschulung und Integration asylsuchender Menschen in Mecklenburg-Vorpommern diskutiert werden.

(Harry Glawe, CDU: Frau Gajek,
haben Sie zugehört?!)

Und natürlich wird auch die Forderung der Kommunen thematisiert werden, von den steigenden Personalkosten zum Beispiel in den Sozialämtern entlastet zu werden. Auch das wird mit Einzug in die Diskussion halten.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, selbstverständlich bringt die steigende Zahl von Asylsuchenden Herausforderungen mit sich. Diesen Herausforderungen wird auf allen Ebenen begegnet, täglich aufs Neue, im ständigen Austausch und mit großem Engagement. Dafür gilt von dieser Stelle allen, ob im Ehrenamt oder im Hauptamt damit Betroffenen, ein herzliches Dankeschön für ihr Engagement im Umgang bei der Lösung der Probleme zum Asyl.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wir brauchen, liebe Frau Gajek, daher weder ein neues Maßnahmenpaket, noch brauchen wir einen Gipfel, um es mit großem Getöse zu verkünden. Vielmehr halte ich es für sinnvoll, den guten Dialog, der im Land nach wie vor vorhanden ist, weiter zu halten, zu stärken und auf aktuelle Veränderungen schnell zu reagieren. Ich bin zuversichtlich, dass die gute Zusammenarbeit aller Be-

hörden und Kommunen Bestand hat und auch noch weiter ausgebaut wird.

Und wenn Sie schon Baden-Württemberg ins Gespräch bringen, dann erklären Sie mir doch mal, warum Baden-Württemberg nicht bereit ist, einen Resettlement-Asylbewerber aufzunehmen, der einer dringenden Operation bedarf, weil er sonst möglicherweise bleibende Schäden behält! Das hat Baden-Württemberg nicht getan.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich habe gesagt, wir nehmen den auf. Er ist mittlerweile operiert. Ich bedanke mich bei meiner Sozialministerin, bei der Uniklinik in Rostock, beim Sozialamt, bei der Sozialagentur in Rostock, bei meinem Büroleiter, bei all denen, die geholfen haben, dass wir hier schnelle Hilfe leisten.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jawohl!)

Dazu brauchen wir kein Getöse und gleich gar nicht einen Antrag, der hier in der Sache überhaupt nicht hilft. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Der Minister für Inneres und Sport hat seine Redezeit überzogen.

(Vincent Kokert, CDU: Das war
aber auch mehr als notwendig.)

Diese steht den Oppositionsfraktionen selbstverständlich zur Verfügung.

Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Kaselitz von der Fraktion der SPD.

Dagmar Kaselitz, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gehöre erst seit Ende Januar dieses Jahres dem Landtag an. In fast jeder der Landtags-sitzungen, die seitdem stattfanden, war die Thematik Asyl beziehungsweise Flüchtlinge Inhalt der Tagesordnung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist gut so. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das ist gut.)

Es ist gut, dass wir uns der Flüchtlingsproblematik so regelmäßig widmen, denn gerade dann, wenn man nicht tagtäglich in die Betreuung, verwaltungsseitige Bearbeitung oder konkrete Lösung von Einzelproblemen der Flüchtlinge einbezogen ist, wenn man nur Medienberichte konsumiert, die mitunter sensationslüstern daherkommen, dann kann man schnell den aufmerksamen Blick für dieses Thema verlieren.

Nach unserer Auffassung ist es aber nicht zielführend, wenn auf Initiative anderer Bundesländer mit durchaus sehr verschiedenen Bedingungen und Ausgangslagen abgestellt wird, ohne konkrete Beurteilung der Situation im Land umfassende Forderungen aufgestellt werden,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na, die Forderungen sind ja jedes Mal
hier gestellt worden, die sind bloß
jedes Mal abgelehnt worden.)

so, wie es im Antrag der GRÜNEN erfolgt ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen unser
Änderungsantrag, um Substanz einzubringen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Situation von Flüchtlingen in Deutschland ist in Bund und Ländern Gegenstand der aktuellen Arbeit auf vielen Ebenen. An dieser Stelle sei nochmals darauf verwiesen, dass auf Grundlage der Koalitionsverhandlungen und in kürzlich verabschiedeten Gesetzen auf Bundesebene für Flüchtlinge eine Reihe von Verbesserungen erzielt wurde.

Dazu gehören ein neues alters- und stichtagsunabhängiges Bleiberecht, eine Ausweitung des Resettlement-Verfahrens, die frühzeitige Unterweisung in der deutschen Sprache, die Anhebung der Handlungsfähigkeit im Asylverfahrensrecht und im Aufenthaltsrecht, die Zahlung von Leistungen für Bildung und Teilhabe ab dem ersten Tag des Aufenthaltes sowie die Verkürzung der Wartezeiten bis zum Bezug von Sozialhilfe. All diese Regelungen wirken sich auf die Situation der Flüchtlinge bei uns im Land direkt aus. Welche Auswirkungen sind davon in den Kommunen zu erkennen? Wie wirken sie sich auf das Leben der Betroffenen aus?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nur positiv.)

Meine Damen und Herren, die konkreten Lebensumstände von Flüchtlingen vor Ort kennen immer noch nur sehr wenige Menschen. Viele Landtagsabgeordnete waren kürzlich von der Amadeu Antonio Stiftung, einer Stiftung, die sich mit verschiedenen Projekten für eine Willkommenskultur vor Ort einsetzt, eingeladen. Während einer mobilen Pressekonferenz bestand die Möglichkeit, sich über die Lebensrealitäten von Geflüchteten in Mecklenburg-Vorpommern zu informieren. Mit meinen Kollegen Barlen und Al-Sabty war ich dabei.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Im Rahmen dieser ganztägigen Bustour nach Anklam, Güstrow und Ludwigslust berichteten Flüchtlinge über ihre Lebenswirklichkeit in unserem Land.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir konnten die Dankbarkeit der Menschen spüren und erfuhren gleichzeitig von ihren Problemen mit dem Rassismus, der ihnen im Alltag vor Ort entgegenschlägt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die bösen Nazis!)

Genau.

Wir besuchten zentrale Flüchtlingsunterkünfte und trafen in einem Wohngebiet in Anklam auf Asylbewerber, die dezentral untergebracht waren.

(Michael Andrejewski, NPD:
Die abgeschoben gehören.)

Wir bekamen Gemeinschaftsduschen ohne Vorhänge gezeigt, die auch im Winter nur über den Hof erreichbar sind. Wir erlebten Freude über die Möglichkeit, in Gruppen die deutsche Sprache zu lernen, und Frust darüber, dass nicht längst alle diese Möglichkeit haben. Die Organisatoren forderten eine stärkere Unterstützung für Will-

kommensinitiativen sowie humanitäre Mindeststandards bei der Unterbringung von Flüchtlingen besonders im ländlichen Raum.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Tja.)

Kritisiert wurde ein Wegschieben von Verantwortung. Bund und Länder müssen den Kommunen die notwendigen Mittel für eine sichere und menschenwürdige Unterbringung der Asylsuchenden zur Verfügung stellen. Mir haben an dieser Stelle die Verantwortlichen vor Ort gefehlt, die offiziellen Vertreter/-innen der Landkreise zum Beispiel mit ihrer konkreten Sicht auf die Situation. Auf manch eine Frage hätte so gleich kompetent geantwortet werden können.

Und, sehr geehrte Damen und Herren der GRÜNEN, es ist ja alles gut und schön, aber eine Sache müssen Sie mir erklären: Wo waren Sie als Abgeordnete bei dieser Fahrt?

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Genau, richtige Frage.)

An diesem Tag gab es die Gelegenheit,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ja, ich konnte nicht.)

Unterbringung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen in unserem Land hautnah zu erleben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist kein anderer da von den GRÜNEN? Gibt es nur einen, der sich um das Thema kümmert? Das kann doch nicht wahr sein!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in erster Linie sind die Akteure vor Ort gefordert, die Arbeit mit Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten auf der Grundlage der Gesetze und geltenden Richtlinien umzusetzen. Dabei sind sie es, die unsere Willkommenskultur in Deutschland jeden Tag leben müssen. Sie sind maßgeblich für das Bild von Deutschland, das in die Welt geht, verantwortlich.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Sie sind aber auch die ersten, die Probleme erkennen und jeden Tag Schwierigkeiten bewältigen müssen. In zahlreichen Gesprächen sind als Bereiche mit Schwierigkeiten genannt worden zum Beispiel der Fortbestand oder die Einrichtung von Beratungsstellen, die finanzielle Absicherung von anerkannten Flüchtlingen in einer Übergangszeit

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, es ist noch viel zu tun.)

vom Auslaufen der Sozialleistungen bis zum Einsetzen der Versorgung durch das Jobcenter, die Zuständigkeit bei der Finanzierung von Kita- und Schulbesuchen, die wahrgenommenen Unterschiede bei der Versorgung von Flüchtlingen in Städten und im ländlichen Raum

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Schule.)

und die fehlende unkomplizierte Weiterleitung finanzieller Mittel für die Förderung von Initiativen vor Ort oder

eine vielleicht doch nicht ausreichende finanzielle Ausstattung der Landkreise. Das sind keineswegs Bereiche, in denen auf kommunaler Ebene allein Veränderungen erreicht werden können, trotz angestrebter Arbeit. Für diese Arbeit und den oftmals starken persönlichen Einsatz möchten wir an dieser Stelle einmal herzlich Dank sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht darum, noch ein Gremium oder einen Rat zu schaffen, der medienwirksam analysiert und feststellt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es geht doch nicht um „medienwirksam“,
es geht um Transparenz.)

Es geht darum, sich auf fachlicher Ebene auszutauschen und gemeinsame Forderungen zu formulieren und mit denen am Tisch zu sitzen, die die Möglichkeit haben, direkt Lösungen auf den Weg zu bringen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Gruppe hat sich ein halbes
Jahr nicht getroffen.)

Es geht darum, einen kompetenten Rahmen zu schaffen, in dem die Fragen und Sorgen der tätigen Kommunen im Interesse der beschäftigten Mitarbeiter und der betroffenen Flüchtlinge und Asylbewerber beraten werden.

Es gibt nach Aussage der Vertreter des Innenministeriums durchaus einen regelmäßigen Austausch mit den Landkreisen und auch eine regelmäßige Überprüfung der Unterbringung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha! –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Regelmäßig“ muss man
aber relativieren.)

Manche Informationen zu bestehenden Problemen erreichen aber nicht unbedingt die Stelle, an der dazu sachkundig reagiert werden kann.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ein wie oben beschriebener stattfindender Austausch könnte das verhindern. Die Landesebene ist also gefordert in folgendem Sachverhalten, die das unterstützen:

Am 7. November 2014 traf sich die SKG, die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Mecklenburg-Vorpommern zu ihrer Mitgliederversammlung.

(Torsten Renz, CDU: Heißt das nicht SGK?)

Ja.

Einen der Anträge, die von den Anwesenden beraten und beschlossen wurden, möchte ich Ihnen, werte Kollegen Abgeordnete, nicht vorenthalten. Mit ihm wird auf aktuelle Notwendigkeiten für die Arbeit in den kommunalen Strukturen vor Ort reagiert. Er lautet: „Die Mitgliederversammlung der SGK bittet die Landesregierung dringend um Unterstützung für die Städte, Gemeinden, Ämter und

Kreise, die Flüchtlinge und Asylbewerber willkommen heißen. Hierzu gehören insbesondere eine dezentrale Unterbringung und bessere Betreuungsleistungen. Die Einbeziehung in die örtliche Gemeinschaft und Zugang zu Schulen und Kitas müssen nicht nur möglich sondern auch finanziert werden.“

Auch die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern e. V. nutzt bereits ihre Strukturen auf Landesebene, um in Fachgesprächen in der übernächsten Woche zu den Themen „Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik“ gemeinsam zu arbeiten. Allein das Wort „Politik“ fordert uns als Abgeordnete, denn für die Gestaltung von Politik in unserem Land sind wir verantwortlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

An dieser Stelle werden wir als SPD-Fraktion uns der Verantwortung stellen. Bündeln wir die Vielfalt von Initiativen und nutzen wir Synergieeffekte!

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Asyl ist Menschenrecht. Wir alle müssen uns fragen, wie menschlich gehen wir als Gesellschaft, als politisch Verantwortliche und ganz persönlich mit diesem Thema um. Es zwingt uns keiner, auf einen Notstand zu warten, um gemeinsame Gespräche zu führen mit denen, die sich in ihrer Arbeit und in ihrem ehrenamtlichen Bemühen jedem Flüchtlingsschicksal widmen.

Dem vorliegenden Antrag der GRÜNEN werden wir als SPD-Fraktion aber nicht zustimmen. Anders als der Titel des Antrages vielleicht vermuten ließe, wird er der Situation in unserem Bundesland nicht gerecht. Gerade von den GRÜNEN hätte ich erwartet, dass sie die konkreten Sorgen und Nöte

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das haben wir doch vorher gehabt
in den Anträgen, Frau Kaselitz.)

der in Mecklenburg-Vorpommern Schutz suchenden Menschen ernst nehmen, anstatt einen derart oberflächlichen Antrag zu stellen.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Meine Damen und Herren, als Baden-Württemberg den Asylkompromiss der Bundesregierung im Bundesrat mitgetragen hat, wurde Ministerpräsident Kretschmann von grünen Parteiländern Verrat vorgeworfen und er sollte sich schämen. Dabei stellt die neue Regelung einen großen praktischen Gewinn für die Betroffenen dar:

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das werden wir sehen.)

Lockerung der Residenzpflicht, Vorrang des Geldleistungsprinzips vor dem Sachleistungsprinzip, Verbesserung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und Kürzung der Dauer für die Vorrangprüfung für deutsche Arbeitnehmer bei der Besetzung eines Arbeitsplatzes. Nun wird die Initiative eines Flüchtlingsgipfels in Baden-Württemberg von der Fraktion der GRÜNEN einfach undifferenziert übernommen und auf M-V übertragen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht. –
Zurufe von Heinz Müller, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die Situation bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist ganz anders. Wir benötigen kein 30-Millionen-Sonderprogramm und auch keine 3.000 Plätze in Notunterkünften.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf so eine Weise kann man sich diesem so wichtigen Thema unserer Meinung nach nicht widmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig. Sehr richtig.)

Die SPD-Fraktion wird ihre Möglichkeiten nutzen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na, da sind wir ja gespannt.)

um mit den Handelnden auf kommunaler Ebene,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen
wir schon, Frau Gajek. Da sind wir
Ihnen drei Schritte voraus. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Unterstützung und Impulse von uns erwarten, ins Gespräch zu kommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut, Dagmar.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Al-Sabty.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innenminister ist leider nicht da.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Hier ist er!)

Ach, da ist er!

Herr Caffier, ich habe Ihre Aufregung nicht verstanden. Meine Kollegin Gajek hat Sie heute eingeladen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja,
Herr Al-Sabty, der Ton macht die Musik! –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

und Ihnen nichts vorgeworfen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Es geht bei dem Anliegen des Antrages – so verstehe ich das – darum, dass wir als Opposition gerne mit Ihnen als Regierungsvertreter oder als Minister Willkommenskultur weiter machen wollen, aber ohne Hilfe geht es nicht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Deswegen brauchen wir Sie. Und das ging heute als Einladung auf Ihre Rechnung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie sollen sich nicht immer aufregen, das schadet übrigens Ihrer Gesundheit.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

Für uns sehr wichtig, Herr Caffier: Es gibt Punkte, über die wir auch immer gesprochen haben in dieser Legislaturperiode, und wir werden darüber reden. Sprache lernen ist sehr wichtig für die Flüchtlinge, weil sie so ihre Gefühle ausdrücken können. So sparen wir Dolmetscherkosten, wenn sie zum Arbeitsamt, zum Arzt oder zum Anwalt gehen. Die Menschen werden verstanden und sie werden auch die deutsche Kultur schnell verstehen.

Deswegen stehe ich auch schon seit Langem, vom ersten Tag an, mit meinen Forderungen für das Erlernen der Sprache für Kinder und für Erwachsene. Das wissen Sie, wir haben oft darüber gesprochen. Und – Herr Caffier, Sie haben viele positive Schritte in diese Richtung getan, das glaube ich Ihnen –, wir wollen die Betreuung ein bisschen sinnvoller gestalten. Wir können die Flüchtlinge nicht irgendwo in abgelegene Ortschaften hinbringen, dezentral sage ich mal, wo keine Infrastruktur mehr besteht, denn so können sie sich nicht entfalten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

So einen Gipfel von meinen Kollegen verstehe ich als Kleinigkeit, als kleinen Punkt, dass Sie den mitnehmen.

Im Antrag der GRÜNEN steht auch das Beschwerdemanagement. Damit wir – Herr Minister, hören Sie – die Misshandlungsfälle von Nordrhein-Westfalen nicht haben, wäre es schön, wenn wir hier ein Beschwerdemanagement hätten, ein Verfahren, oder jemanden, an den man sich wendet, falls irgendjemandem etwas passiert. Das ist unsere Intention und das ist auch die Intention, glaube ich, von meiner Kollegin Frau Gajek. Übrigens begrüße ich Ihre Intention, dass Sie eine Landrätekonzferenz für das nächste Jahr aufgerufen haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch schon ein Gipfel, ein regionaler.)

Das begrüße ich an dieser Stelle und bedanke mich auch.

Sehr verehrte Damen und Herren, vor einem Monat haben wir, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in einem gemeinsamen Antrag einen Nationalen Flüchtlingsgipfel gefordert. Der Antrag wurde von der Regierung leider abgelehnt. Der Innenminister hat vor einem Monat die Frage gestellt, was so ein Gipfel bringt. Was bringt uns so ein Gipfel? Gleichzeitig hat er zum Ausdruck gebracht, dass sein eigener, sein innerer Klärungsprozess noch nicht abgeschlossen sei. So habe ich Sie verstanden, Herr Caffier. Und ich muss Ihnen sagen, ich habe Hoffnung, dass Ihr Klärungsprozess noch weiterkommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Forderung des vorliegenden Antrages nach einem Landes- beziehungsweise

regionalen Flüchtlingsgipfel ist also durchaus logisch und verständlich. Nicht ganz so logisch, Frau Gajek, ist es dann aber, warum Ihre Fraktion mit ihrem Anliegen nicht auf meine Fraktion zugegangen ist. Dennoch unterstützt meine Fraktion den vorliegenden Antrag. Sinnvollerweise sollte ein solcher Gipfel aber kein einmaliges Ereignis sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Forderung nach einem umfassenden Maßnahmenpaket ist richtig. Allerdings sollten wir hierbei nicht den zweiten vor dem ersten Schritt tun. Am Anfang sollte eine umfassende Bestandsaufnahme stehen. Darauf zielt unser Änderungsantrag.

Die Unterbringungssysteme sind seit 2012 aufgrund des Anstieges der Zahl neuer Asylsuchender in allen Bundesländern unter Druck. Eine aktuelle Untersuchung von PRO ASYL zeigt, dass hier in allen Bundesländern Defizite bestehen. Demnach verbietet sich nach meiner Auffassung ein pauschaler Vergleich etwa von unserem Land Mecklenburg-Vorpommern mit Baden-Württemberg.

Ich nenne jetzt Beispiele. Bei der Wohnungsquote zum Beispiel, also dem Anteil der in Einzelwohnungen untergebrachten Flüchtlinge, spricht die dezentrale Unterbringung, liegt Baden-Württemberg mit 33,5 Prozent am Ende aller Bundesländer. Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 48,6 Prozent hingegen im Mittelfeld. Das ist begrüßenswert.

Heute lese ich im „Medienspiegel“, dass 61 Flüchtlinge im Nordwesten, im Bereich Wismar, Bad-Kleinen und Grevesmühlen, in Wohnungen dezentral untergebracht werden. Das ist nämlich auch wichtig, Herr Caffier, dass so etwas passiert und dass wir einen Informationsaustausch zwischen Regierung, Behörden, Kommunen und Gemeinden haben, damit wir diesen Braunen, den Nazis, keinen Nährboden lassen.

Sie haben in Groß Lüsewitz im Dezember letzten Jahres ein Flugblatt abgegeben, es war ein ganz hässliches Flugblatt

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das sind ja auch hässliche Kerle.)

mit der Überschrift „Leitfaden zum Umgang mit den Asylananten“ ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Dr. Al-Sabty! Herr Dr. Al-Sabty, einen kurzen Moment! Würden Sie bitte den Zeitungsartikel nicht so hoch halten?! Wir haben ja hier eine Regelung zu dem, was wir hochhalten dürfen und was nicht. Lassen Sie es auf dem Pult liegen und dann können wir weiterdiskutieren.

Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Entschuldigen Sie, Frau Präsidentin. Ich tue das nicht mehr.

(Gelächter und Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich wiederhole das noch mal: Dieses hässliche Flugblatt

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das müsste man eigentlich zeigen.)

mit der Überschrift „Leitfaden zum Umgang mit den Asylananten in der Nachbarschaft“ in Groß Lüsewitz –

(Stefan Köster, NPD: Das ist ein ganz, ganz wichtiges Flugblatt.)

wir haben das im letzten Moment verhindert,

(Stefan Köster, NPD:
Das ist ganz, ganz wichtig.)

und das war gut so, ihr Braunen.

(Beifall Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich nenne jetzt noch mal ein Beispiel, dass wir unser Land nicht mit Baden-Württemberg vergleichen können. Zweites Beispiel: Bei den Erstattungsregelungen für Asylsuchende zahlt Baden-Württemberg eine einmalige Gesamtpauschale je aufgenommenen Person. In unserem Land ist es eine kommunalfreundliche Spitzenabrechnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesem Grund sollte die Landesregierung dem Landtag bis zum 31. Januar 2015 eine umfassende Analyse der konkreten Situation in unserem Bundesland vorlegen. Auf dieser Grundlage sollte die Regierung dann ein angemessenes Maßnahmenpaket auf den Weg bringen und dieses vor allem in den anstehenden Haushaltsberatungen absichern. Das scheint mir, liebe Kolleginnen und Kollegen, realistischer und verantwortungsvoller, als eine Eins-zu-eins-Übertragung aus Baden-Württemberg, die auch erhebliche finanzielle Auswirkungen auf unser Land hätte.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Erarbeitung eines Verfahrens zur Sicherstellung hoher Qualitätsstandards bei der Unterbringung ist selbstverständlich zu unterstützen. Der sächsische Heim-TÜV wurde auf der Konferenz der Ausländer- und Integrationsbeauftragten der Länder am 26. November 2013 als gutes praktisches Beispiel zur Nachahmung empfohlen, sehr verehrte Damen und Herren. Trotz mehrerer Kritikpunkte an diesem Monitoringmodell sollte es Grundlage und Ausgangspunkt für entsprechende Überlegungen auch in unserem Bundesland sein.

Wir sollten in diesem Zusammenhang ernsthaft über ein Beschwerdemanagement nachdenken, also ein geregeltes Verfahren, wie Beschwerden von Heimbewohnern aufgenommen und bearbeitet werden. Bei allen Überlegungen und strittigen Diskussionen sollten wir aber nicht vergessen, wir reden über Menschen, über Flüchtlinge, über Asylbewerber, die unsere Hilfe brauchen.

Ich wiederhole das noch einmal, Frau Gajek, ich bin dankbar für Ihren Antrag, den wir an dieser Stelle auch unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Silkeit.

Michael Silkeit, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um Anträge der GRÜNEN geht, beschleicht mich immer häufiger das Gefühl, gegen eine Wand zu reden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das ist wohl wahr.)

Noch in der letzten Landtagssitzung haben wir sehr ausführlich den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einberufung eines Nationalen Flüchtlingsgipfels diskutiert. Und selbstverständlich haben wir – wie immer übrigens – auch die Situationen Mecklenburg-Vorpommerns einbezogen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und selbstverständlich abgelehnt.)

Sie werden sich sicherlich daran erinnern, dass ich mich im letzten Monat an dieser Stelle gleich zu Beginn bei dem Kollegen Al-Sabty für seine Bewertung, für seine positive Bewertung des Umgangs mit Flüchtlingen in Mecklenburg-Vorpommern bedankt habe.

Bei der Debatte in der letzten Sitzung müsste auch der Letzte mitbekommen haben, dass es in Mecklenburg-Vorpommern nicht einen, nicht einen einzigen, hinreichenden Grund oder Anlass gibt, der die Einberufung eines Flüchtlingsgipfels rechtfertigen würde, anders übrigens als in Nordrhein-Westfalen, Bayern oder Baden-Württemberg. Und weil die Realität in Mecklenburg-Vorpommern anders aussieht, übertragen die GRÜNEN mit ihrem Antrag kurzerhand die baden-württembergischen Missstände pauschal auf unser Land.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich besuche regelmäßig die Gemeinschaftsunterkünfte in unserem Land und stelle mir an dieser Stelle die Frage und hier auch in den Raum, wie oft sind die GRÜNEN in den Gemeinschaftsunterkünften unterwegs. Welche kennen Sie überhaupt? Welche haben Sie besucht in der letzten Zeit? Ich bin nächste Woche auch wieder in dieser Sache unterwegs.

(Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vorletzten Montag in Rostock.)

Das ist eine Heldentat. Kennen Sie alle in Mecklenburg-Vorpommern? Können Sie alle aufzählen?

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Kennen Sie alle? Das ist
mal die Frage. – Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kenne fast alle, Herr Jaeger. Herr Jaeger, ich weiß, dass Sie das in irgendeiner Form trifft, dass sich hier ein konservativer Politiker hinstellen und sagen kann, ich kenne fast jede Gemeinschaftsunterkunft.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es ist doch schön, dass Sie das
machen. Das ist doch gut.)

Ich habe viele mehrfach besucht,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das tut Ihnen weh.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ruhig bleiben!)

Das haben wir doch vorhin schon bei Minister Caffier gesehen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ruhig bleiben! –
Zuruf von Johann-Georg Jaeger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als er Ihnen gesagt hat, wo es langgeht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei spreche ich nicht nur mit den Trägern dieser Einrichtungen,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern auch mit den Bewohnern in diesen Einrichtungen.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: So ein Blödsinn.)

Ich werde es hier noch mal deutlich sagen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber Frau Kaselitz
hat was ganz anderes gesagt.)

Sie können es nicht hören ...

Ich komme auf Frau Kaselitz. Bleiben Sie doch ruhig!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich bin ruhig.)

Ich spreche also nicht nur mit den Trägern, sondern ich spreche auch mit den Bewohnern. Und immer wieder bekomme ich auch zu hören, dass es inzwischen viele, viele Menschen – der Minister hat es hervorgehoben –, die ehrenamtlich in der Betreuung von Flüchtlingen tätig sind, trifft, wenn sich beispielsweise eine GRÜNE-Landtagsabgeordnete wie Frau Gajek hinstellt und eine menschenwürdige Unterbringung und eine menschenwürdige Betreuung für Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern fordert.

Dann fragen sich diese Menschen: Was mache ich hier überhaupt? Dann fragt sich die Lehrerin, der Lehrer, die in ihrer Freizeit permanent Kinder und Erwachsene unterrichten: Was mache ich hier? Dann fragt sich der Trainer in den Sportvereinen: Was mache ich hier mit den ausländischen Kindern? Dann fragen sich diejenigen, die die Kleinsten in den Gemeinschaftsunterkünften betreuen: Was mache ich hier eigentlich, wenn das, was ich hier mache, im Grunde genommen nichts wert ist?

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht.)

Frau Gajek, ich habe Ihnen schon mehrfach an dieser Stelle erklärt, wenn Sie etwas wollen, die deutsche Sprache ist sehr vielschichtig, dann kann man das mit der deutschen Sprache hervorragend ausdrücken.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist hier ein Antrag. Ich weiß gar
nicht, was Sie sich so aufregen.)

Dann muss man das aber auch so ausdrücken, dass es jeder versteht. Und wenn ich sage, mach etwas besser, dann heißt das im Umkehrschluss, du machst es schlecht.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das ist doch Quatsch.)

Aber genauso ist das.

(Dietmar Eifler, CDU: Genau so! –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber genau so wird das verstanden von den Menschen in unserem Land.

(Dietmar Eifler, CDU: Genau so! –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Nee.)

Und genau so machen Sie das.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach, das ist doch Blödsinn!)

Bei all diesen Besuchen, die mich ja von Ihnen unterscheiden, Frau Gajek, hat mir noch niemand von Missständen und Qualitätsmängeln berichtet – jetzt hören Sie genau zu –, die auf einem Flüchtlingsgipfel zu klären wären.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und
mit dem Finger zeigt man nicht auf andere.)

Selbstverständlich gibt es Probleme und es wird immer Probleme geben. Da reicht die Spanne von fehlenden Krippen- oder Kindergartenplätzen bis hin zu chronisch unterbesetzten Verwaltungen. Und es ist nicht in Ordnung – da kommt jetzt die Stelle mit Frau Kaselitz, Frau Gajek, hören Sie zu –,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ich höre immer zu.)

dass in Ludwigslust über den Hof zur Dusche gegangen werden muss. Aber der Satz fehlt, also die Fortsätze dieses Satzes fehlen ganz einfach. Das weiß der Kreis inzwischen. Und dieses Themas hat sich der Kreis angenommen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Auch das muss man der Gerechtigkeit halber sagen. Ich schließe doch nicht aus, dass es Probleme geben wird in diesem Land.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich
verstehe nicht, warum Sie so aufgeregt sind.)

Es wird immer Probleme geben in diesem Land. Und ich denke mal, wir sind gehalten, sie gemeinsam vernünftig zu lösen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber eine Diktatur wollen wir nicht wieder?!)

Und, lieber Kollege Al-Sabty,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

in einem Punkt muss ich dir leider widersprechen.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
Nur in einem Punkt?)

Also ich denke, in allzu vielen Punkten muss ich dem Kollegen Al-Sabty nicht widersprechen. Vielleicht ist es nicht einer, vielleicht sind es auch zwei oder drei, aber wir haben ja viele Gemeinsamkeiten. Ich sage nur mal, beim Thema „Erlernen der deutschen Sprache“ sind wir uns absolut einig, vom ersten Tag an. Das habe ich aber auch hier immer wieder deutlich erklärt.

(Zurufe von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE,
und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch eine konservative Position. Das ist nicht ein Alleinstellungsmerkmal der GRÜNEN oder beispielsweise der LINKEN.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, bei manchen dauert
es ein bisschen länger, bis die Einsicht kommt.)

Auch wir sagen, jawohl, wer in Deutschland integriert werden soll, der muss natürlich die deutsche Sprache vom ersten Tag an lernen. Ich finde das dann aber nicht schön, wenn hier so getan wird, als ob nichts passiert. Ich meine, Ihre Antwort zum Heim-TÜV haben wir ja schon gekriegt.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh! Ich sage dazu nachher noch was.)

Wir brauchten also nicht bis 2013 zu warten,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ich sage dazu nachher noch was.)

bis die Sachsen uns mit gutem Beispiel vorangehen konnten, sondern wir waren schon 2012 das gute Beispiel.

Aber auch dieses Thema mit der Krankenkasse für Asylbewerber, Frau Gajek – hier werden Sachen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie lange dauert das denn jetzt noch?)

hier werden Sachen entstellt dargebracht, die sich ganz anders verhalten haben.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Die CDU hat von Anfang an erklärt, wir sind dafür,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das
können Sie bloß nicht so zeigen.)

aber wir wollen mal sehen, welche Folgen denn die Einführung einer solchen Krankenkassenkarte hat. Und dann haben wir uns gemeinsam, ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und wie lange soll das jetzt noch dauern?
Die anderen überholen uns, die
anderen Bundesländer.)

Frau Gajek! Frau Gajek!

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wir reden jetzt seit einem Jahr darüber. –
Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

... wir haben gemeinsam ...

Dass Sie gemeinsame Vereinbarungen ignorieren, das wissen wir doch nun.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch überhaupt nicht.)

Wir haben vereinbart, dass wir wissen wollen, was das in Bremen, in Hamburg und auch beim Pilotverfahren in Lulu gekostet hat.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE:
In der Anhörung haben das alle gesagt. –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Es gibt doch immer Ausreden.)

Und die Antwort steht aus. Die Antwort haben wir bis heute nicht und das müssen Sie der ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Silkeit!

Ich glaube, es steht allen Fraktionen noch entsprechende Redezeit zur Verfügung. Wenn das dann jetzt hier wirklich so wird, dass drei Leute gleichzeitig eine Rede halten, aber einer steht nur am Rednerpult, dann, denke ich mal, ist das ein bisschen zu viel. Also bitte, jeder hat hier noch Zeit, zu Wort zu kommen, das will ich auch gerne zulassen, aber wenn es denn länger dauert, bitte von hier vorne.

Jetzt können Sie weitermachen, Herr Kollege.

Michael Silkeit, CDU: Und, lieber Kollege Al-Sabty, jetzt kommt noch mal wieder ein Lob in deine Richtung. Du hast es ja gesagt, du hast ja im Grunde genommen den Finger auf die Wunde gelegt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist auch besser.)

wir wollen die Betreuung ein bisschen sinnvoller gestalten. Ja, natürlich, wir wollen den Stand, den wir heute haben, den wollen wir ausdehnen. Wir wollen ihn verbessern, das ist gar keine Frage,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

das ist doch menschlich, aber dafür müssen wir doch keinen Flüchtlingsgipfel durchführen.

(Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE: Aber Sie
helfen nicht dabei. Das ist das Problem. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Denk an dein Herz!)

Ist okay, gut.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Steht nicht im Protokoll.)

Alle Probleme, alle Probleme ...

Nein, das steht so nicht im Protokoll, lieber Kollege Ritter. Dass du mich gerne missverstehst, das habe ich nun

auch schon ein paar Mal erleben dürfen, das ist nicht weiter dramatisch.

Aber die Probleme, die hier angesprochen wurden, sind in der Regel auf kommunaler Ebene zu lösen. Dafür brauchen wir keinen Flüchtlingsgipfel. Das ist einfach so, das ist eine Tatsache und der Innenminister hat es ja deutlich gemacht. Übrigens ist er auch mit Laissez-faire über das Thema „Dezentrale Unterbringung“ hinweggegangen. Ich kann mich hier noch an rege Diskussionen –

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ja, da kommt ja noch was.)

und jeder kennt meine Auffassung dazu –, an rege Diskussionen erinnern und kaum einer hat nachher den Innenminister gelobt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Doch.)

als das ganz unkompliziert ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Doch! –
Vincent Kokert, CDU: Ach, Herr Ritter
hat das wieder ganz leise gemacht.)

Ja, es stimmt.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Als es mit einem Mal möglich war, war man sparsam mit Lob. Nennen wir es einfach mal so.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wieder einmal verlieren sich die GRÜNEN in pauschalen Behauptungen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Leute, ich habe genug Redezeit, also, ihr könnt jetzt gerne noch.

Dieses Mal müssen strukturelle Probleme in Mecklenburg-Vorpommern erhalten, wo auch immer diese liegen mögen. Bisher habe ich nicht ein einziges strukturelles Problem vonseiten der GRÜNEN benannt bekommen. Herr Jaeger hat ja in der letzten Landtagssitzung immer nach Beweisen gefragt, ich frage nach Gründen.

(allgemeine Unruhe)

Aber es ist nicht weiter dramatisch, denn bei Grün ist klar, es kann nicht sein, was nicht sein darf. Und wenn diese grüne Selbstbeschwörung gleich einem Mantra regelmäßig wiederholt wird, ist das Ausblenden der Realität nur folgerichtig.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Herr Silkeit, wo habe ich
nach Beweisen gefragt? Können Sie mir
das mal sagen? Ich weiß jetzt gar nicht, wo.)

Es ist zwar bedauerlich, aber dann ist da auch kein Raum für die Feststellung, dass die Flüchtlingsarbeit in unserem Land gut organisiert ist und die zunehmenden Flüchtlingszahlen nach wie vor bewältigt werden, ist klar. Selbstverständlich erfordert es die eine oder andere

Kraftanstrengung und das Ergebnis kann sich sehen lassen. Da kann ich den Innenminister nur unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben ganz andere, tatsächlich erheblichere Probleme bei der Unterbringung der zunehmenden Flüchtlingszahlen. Die Herausforderungen an die Flüchtlingsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern und diesen Ländern unterscheiden sich aber deutlich. Diese Länder nehmen nach dem Königsteiner Schlüssel wesentlich mehr Flüchtlinge auf als Mecklenburg-Vorpommern. In NRW sind das beispielsweise 21 Prozent, in Bayern 15, in Baden-Württemberg 13 Prozent. Gemeinsam kommen diese drei Länder auf nahezu die Hälfte aller Flüchtlinge. Deshalb sind es auch genau diese Länder, die mit dem Flüchtlingsstrom überfordert sind, und eben deshalb gibt es dort beispielsweise die Zelt- und Notunterkünfte. Das ist ja übrigens auch Bestandteil des Sonderprogramms in Baden-Württemberg. Ich denke, Zelt- und Notunterkünfte wird ja hier wohl keiner haben wollen.

Noch einmal: Die Zustände oder, treffender formuliert, die Probleme von dort lassen sich nicht mit einer Blaupause auf das Land übertragen. Mecklenburg-Vorpommern nimmt nach dem Königsteiner Schlüssel lediglich zwei Prozent der Flüchtlinge auf. Bislang ist es uns gut gelungen, überall Unterkünfte in der notwendigen Anzahl bereitzustellen. Und ich bin da optimistisch, dass uns das auch in der Zukunft gelingen wird.

(Vincent Kokert, CDU: Da muss der
Herr Ritter bei seinen Kommunalpolitikern
auch noch ein bisschen werben.)

Und Zelt- und Notunterkünfte sind, glaube ich, bei uns gar kein Thema.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in unserem Land gibt es kein strukturelles Problem in der Flüchtlingsarbeit. Die GRÜNEN wollen dies wie immer nicht wahrhaben, aber auch das ist nicht ungewöhnlich. Aber bei aller Freundschaft, Wahrnehmungsdefizite rechtfertigen keinen Gipfel. Schon allein deshalb werden wir den Antrag ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Landesaufnahmeeinrichtung Horst im Landkreis Ludwigslust-Parchim entstanden im Jahr 2013 für die medizinischen Behandlungen von Asylbewerbern, für ambulante Krankenbehandlungen sowie für Krankenhausbehandlungen Kosten in Höhe von über 1 Million Euro.

Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der NPD-Fraktion auf Drucksache 6/3377 hervor.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na und?)

Weiter heißt es in der vorliegenden Antwort, dass das Land knapp 5 Millionen Euro für das Jahr 2013 aufbringen musste, um den Kommunen die Kosten für die medizinische Versorgung von Asylbewerbern zu erstatten.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Auch gut.)

Aufgrund der steigenden Anzahl von Asylbewerbern werden auch die Kosten für die medizinische Versorgung weiter zunehmen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja ein Ding. Wer hätte damit gerechnet?)

Schon jetzt klagen Ärzte, Herr Nieszery, hinter vorgehaltener Hand über Asylanten, die die Arztpraxen belagern

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Blödsinn, was Sie da erzählen.)

und alle Möglichkeiten der medizinischen Versorgung,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ein Blödsinn!)

die sie nur irgendwie bekommen können,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nennen Sie mal die Ärzte, die das tun!)

wie selbstverständlich abgreifen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nennen Sie mal die Ärzte beim Namen, die das tun!)

Und das ist nur ein kleiner Auszug, denn für das Jahr 2013, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie kritisieren den Berufsstand, Herr Müller.)

bis zum Stichtag 30.06.2014 hat das Land über 25 Millionen Euro an die Landkreise und kreisfreien Städte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einschließlich Unterbringungskosten erstattet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist gut so.)

Spitzenreiter war der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte mit 4,8 Millionen Euro gefolgt vom Landkreis Vorpommern-Greifswald

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo ist denn jetzt das Problem für Sie, Herr Müller?)

mit 4,7 Millionen Euro.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo ist das Problem, Herr Müller?)

Diese Zahlen musste die Landesregierung unlängst in einer weiteren Kleinen Anfrage,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo denn?)

Drucksache 6/3084, einräumen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Sie von den GRÜNEN meinen also, dass Lösungen für die derzeitige Asylproblematik her müssen. Keine Frage, nur unterscheiden sich Ihre fundamental von den Lösungsansätzen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist auch gut so.)

die wir für richtig halten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie haben doch gar keine Lösungsansätze.)

Ihr regionaler Flüchtlingsgipfel und die damit verbundenen Maßnahmen, wie Sonderbauprogramme in Millionenhöhe für weitere Asylunterkünfte, Sonderprogramme zur Arbeitsmarktintegration, Integrationslotsen und so weiter, laufen dem eigentlichen Sinn des Asyls aber vollkommen zuwider.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie den schon verinnerlicht?)

Ihnen geht es nicht darum, Asylbewerbern Schutz zu gewährleisten, die wirklich Kriegs- beziehungsweise politische Flüchtlinge sind, nein, Ihnen geht es darum, massenhaft Fremde aus aller Herren Länder in unserer Heimat unterzubringen,

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist nur Ihre Angst, Ihre unbegründete Angst!)

damit unser Land immer weiter überfremdet und Ihr System

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

einer multikulturellen Gesellschaft weiter vorangetrieben wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mein Gott, haben Sie Angst!)

Das Ganze kaschieren Sie mit Humanphrasen und Betroffenheitstheater.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie, Frau Gajek, zitierten aus einem „Spiegel“-Artikel, in dem es um einen Asylbetrüger aus Eritrea in Anklam ging. Ich zitiere aus einer Kleinen Anfrage, Drucksache 6/3402: Frage an die Landesregierung: „Laut Medienberichten kam es am 11.10.2014 in Greifswald zu einer Vergewaltigung. Der Verdächtige konnte mittlerweile verhaftet werden und sitzt in Untersuchungshaft. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung zum Tathergang ...?“ Antwort der Landesregierung: „Die Staatsanwaltschaft Stralsund führt gegen einen 28-jährigen eritreischen Staatsangehörigen ein Ermittlungsverfahren wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung.“

(Zurufe von Patrick Dahlemann, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

„Der ... Beschuldigte ... ist dringend verdächtig, am frühen Morgen des 11.10.2014“

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na und?! – Udo Pastörs, NPD: Das ist ja hervorragend!)

„in der Felix-Hausdorff-Straße in Greifswald mit der Geschädigten unter Anwendung von Gewalt und Überwindung von Gegenwehr den Geschlechtsverkehr durchgeföhrt zu haben,“

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

„obwohl ihm bewusst war,“

(Stefan Köster, NPD: Wir werden
Sie zitieren, Frau Borchardt.)

„dass die Geschädigte hiermit nicht einverstanden war.“
Zitatende.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das
ist ein Rechtsstaat, Herr Müller.)

Und dies, Frau Gajek und Herr Ritter, ist kein Einzelfall.
Dies ist die Wahrheit, dies sind die Fakten

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was denn?)

Ihrer Multikultigesellschaft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was denn? Überall gibt es
Einzelfälle, Herr Müller, überall!)

Ihrem Forderungskatalog nach mehr Asylanten in unse-
rer Heimat ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Meine
sehr geehrten Damen und Herren,

(Michael Andrejewski, NPD:
Das Asyltabu wurde verletzt.)

also, ich weiß nicht, ich muss hier wirklich sehr laut wer-
den, um mich überhaupt noch selber zu hören.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und von daher denke ich mal, wir sollten jetzt ...

Tino Müller, NPD: Das ist die Wahrheit, Herr Nieszery.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Müller! Herr Mü-
ller!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was willst du? Was willst du?)

Tino Müller, NPD: Was willst du denn?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment jetzt!
Ich bin noch nicht am Ende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was willst du denn?)

Tino Müller, NPD: Primitivling.

(allgemeine Unruhe –
Zurufe aus dem Plenum: Also! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was willst
du denn? Komm her! Komm her!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Also, ich denke, das,
was wir jetzt hier machen, ist dem Thema nicht ange-
messen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Komm her!)

Ich bitte, mich jetzt hier mal zu Wort kommen zu lassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Komm mal her!)

Es kann eine lebhafte Diskussion sein. Die Diskussion
kann so lebhaft sein,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Komm mal her! Komm mal her!)

dass man das Wort des Redners

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Komm mal her bitte!)

noch versteht

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Komm mal her!)

und dass sich hier die Dialoge in Grenzen halten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Pass mal auf, Freundchen! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Darum bitte ich, sich jetzt noch zu halten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das will ich doch mal sehen.)

bis wir diesen Tagesordnungspunkt und bis wir heute die
Tagesordnung abgeschlossen haben.

Herr Müller, Sie können jetzt fortfahren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kann er nicht! –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Tino Müller, NPD: Ihrem Forderungskatalog nach mehr
Asylanten in unserer Heimat erteilen wir eine klare Absa-
ge. Wir fordern hingegen, dass das einklagbare Recht
auf Asyl in die Mottenkiste verbannt wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Dr. Hikmat Al-Sabty, DIE LINKE)

Für abgelehnte Asylbewerber müssen umgehend aufent-
haltsbeendende Maßnahmen eingeleitet werden und vor
allem auch durchgesetzt werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sie sind ein übler Rassist!)

Bei der Versorgung von Asylbewerbern sind ausschließ-
lich Sachleistungen zu gewähren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Geistiger Brandstifter!)

und nicht zuletzt ist eine Rückkehr

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

zu den altbewährten Grenzkontrollen längst überfällig.

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, natürlich. Natürlich.)

Es dürfte Sie, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Müller!)

und Sie von den GRÜNEN deshalb nicht wundern,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie denn?
Was denn? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass wir den Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin doch ein Stück weit irritiert, wie die Diskussion läuft,

(Vincent Kokert, CDU: Jaja, daran
sind Sie ja nicht ganz unschuldig.)

weil das, was wir vorgeschlagen haben, war ein Klimagipfel.

(allgemeine Unruhe)

Nicht Klimagipfel,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Flüchtlingsgipfel, sorry.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das machen wir alles gemeinsam. –
Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Nö, es gibt nicht viele Gipfel, aber es gibt bestimmte Themen, denen muss man sich stellen, Herr Ringguth.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben den Antrag gestellt, insbesondere auch aufgrund der vergangenen Debatte im September.

Und, Frau Kaselitz, im Grunde genommen ist es doch so, dass Sie uns darin bestärken, dass noch viel zu tun ist. Damit sage ich nicht, dass nichts passiert, um das noch mal eindeutig zu sagen. Aber das, was ich hier mittlerweile echt bedenklich finde, egal, was wir als Opposition machen, entweder ist es zu differenziert oder es ist zu oberflächlich. Entweder Sie machen das schon oder nicht. Aber eins wird doch ganz deutlich, und das wird bei diesem Antrag mehr als deutlich: Das, was uns fehlt, ist Transparenz und dass das Parlament mitgenommen wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Mir reicht es doch nicht, dass gesagt wird, wir haben die Regierungsfaktionen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nein, es ist unser Recht, dass wir als Opposition hier gucken, das ist unser Job.

(Stefan Köster, NPD: Jawohl! –
Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Und ich finde es mittlerweile wirklich verwerflich, dass wir hier jedes Mal belehrt werden, wie Demokratie zu funktionieren hat.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Erinnern wir uns, was hier vorgestern passiert ist!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ganz ruhig,
Frau Gajek! Ganz ruhig! Ganz ruhig!
Ganz ruhig, Frau Gajek!)

Nein, weil es mich aufregt. Es regt mich auf, Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ganz ruhig!)

Wenn Herr Prachtl hier sagt, wir sollen Politik ernst nehmen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ganz, ganz ruhig!)

und wir machen und versuchen konstruktive Vorschläge ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tun
wir alle, Frau Gajek. Das tun wir alle.)

Nein!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch!)

Das glaube ich nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Doch, da können Sie sicher sein.)

Wenn ich die Diskussion hier höre, Herr Nieszery, ist sie unterschiedlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die war doch
bisher ganz in Ordnung. Wir haben doch die-
selbe Meinung. Die Diskussion ist doch okay.)

Na ja, aber das ist immer eine Frage der Wahrnehmung. So, wie Herr Silkeit meinte, habe ich ja ein Wahrnehmungsdefizit.

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Das ist immer eine subjektive Frage. Ich könnte das auch an Ihnen spiegeln. Aber offensichtlich leben wir nicht auf der gleichen Scheibe Erde. Also ich finde das hoch problematisch,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

wie die Diskussion hier geführt wird.

(allgemeine Unruhe)

Einen zweiten Punkt.

Nun Ruhe! Ruhe!

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte doch um die entsprechende Aufmerksamkeit. Ich denke, das ist ein wichtiger Antrag, auch wenn die Meinungen auseinandergehen. Und ich finde, man sollte jetzt auch mit ein bisschen Disziplin diesen Antrag hier beraten.

(Michael Andrejewski, NPD: So schwer es auch fällt. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin.

Wenn wir an den Flüchtlingsgipfel in Baden-Württemberg denken, dann ist dem natürlich etwas vorausgegangen. Ja, Frau Kaselitz, ich sehe die Position des Ministerpräsidenten Kretschmann, was die sicheren Herkunftsländer angeht, kritisch. Das habe ich auch letztes Mal hier gesagt und dazu stehe ich. Nichtsdestotrotz kann ich jemanden kritisieren, aber auch Dinge gut finden. Das schließt sich nämlich nicht aus. Das ist mein Verständnis von Demokratie.

Der Flüchtlingsgipfel hat etwas gemacht, was ich in diesem Land vermisse. Wir reden alle von Willkommenskultur, schlagen jeden Tag die Zeitung auf und dann muss sich die Presse natürlich auch fragen, inwiefern sie in manchen Teilen Bashing macht. Es ist ja die Herausforderung, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Es wäre doch auch ein Zeichen, wenn der Ministerpräsident mal dazu spricht, wenn ein Ministerpräsident einen Flüchtlingsgipfel einberuft.

(Zuruf von Tino Müller, NPD)

Ich kann doch Wünsche äußern und ich kann doch auch – das verstehe ich unter Demokratie – sagen, was optimal ist. Ich muss mich doch nicht immer mit dem Mittelmaß abgeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das
verlangt doch auch gar keiner.)

Sie ruhen sich auf dem Mittelmaß aus und das ist für mich das, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das
verlangt doch keiner von Ihnen.)

wo ich denke: Kämpfen Sie! Sie haben doch da eine andere Position als die CDU.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Im Moment
sind Sie bloß gerade etwas hysterisch.)

Warum nimmt der Ministerpräsident da nicht das Zepter in die Hand – bei anderen Sachen macht er es ja auch – und sagt, das ist mir jetzt wichtig und wir machen das?

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das ist mein Temperament, Herr Nieszery, keine Sorge.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das Nächste ist die Frage des Verfahrens. Ich würde mir wünschen, wir hätten einen Runden Tisch – einen Runden Tisch, wo es regelmäßige Termine gibt – und nicht eine Strategieguppe, die sich im Juni treffen soll. Sie sollte sich im Oktober treffen und dann werden Dinge nicht durchgeführt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Natürlich gibt es Aufträge für Strategieguppen und interministerielle Arbeitsgruppen, aber wir haben gar keine Möglichkeit mehr, diese zu kontrollieren.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verstehen Sie unseren Antrag als Angebot! Es war keine Grundsatzkritik, es war ein Angebot, nämlich den Prozess der Willkommenskultur weiterzuentwickeln. Es reicht nicht, einen Antrag zu machen und sich dann darauf auszuruhen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das macht doch keiner. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, hier in diesem Land für Willkommenskultur zu kämpfen. Und überall im Land, ob im städtischen oder ländlichen Bereich, gute Bedingungen umzusetzen, das funktioniert so nicht.

Und, Herr Silkeit, das ärgert mich schon, wenn Sie sagen, ich habe ein Wahrnehmungsdefizit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das war auch nicht schön.)

Das war weder schön noch demokratisch,

(Zurufe aus dem Plenum: Oooh! –
Vincent Kokert, CDU: Oh,
warum das nicht?)

weil ich finde, in einer streitbaren Demokratie muss ich ...

(Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU:
Was hat das mit Demokratie zu tun?)

Doch hat es,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

denn ich muss mir so oft – und jetzt muss ich mich zusammenreißen, weil ich im Hohen Hause bin –,

(Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

ich erinnere mich an einige Anträge der CDU und SPD, die sind dann so dünn, und wenn wir Anträge machen, wo wir sagen,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

wir wollen die nicht so differenziert machen, weil man dann ja wieder das Haar in der Suppe sucht, ist es eben

so, dass ich mich frage, wie denn hier der Dialog geführt wird, der demokratische Dialog, ...

(allgemeine Unruhe –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Worum geht es hier jetzt eigentlich bei Ihrer Rede, Frau Gajek?)

Pst!

... der demokratische Dialog.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so! Ach so! Dann bin ich ja jetzt wieder im Bilde. Alles klar.)

Ja, darum geht es ja, ne?!

(Heinz Müller, SPD: Das war aber nicht immer so zu erkennen. –
Vincent Kokert, CDU: Bringen Sie doch mal den Gedanken zu Ende, weil ich habe zugehört!)

Kommt nicht so oft vor, ne?! Aber gut.

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wollte, dass dieses Thema hier diskutiert wird. Und warum, Frau Kaselitz, haben wir immer wieder Themen wie Flüchtlingspolitik, Migrationspolitik, Integration? Weil da eben noch viel zu tun ist. Wenn das nicht wäre, dann würden wir als Opposition auch sagen, Mensch, Landesregierung, gut. Aber mit dem, wie es zurzeit passiert, können wir uns nicht zufriedengeben.

Ich möchte noch mal auf den Heim-TÜV zu sprechen kommen, weil hier ja immer alles in Ordnung, alles gut und alles bestens ist. Aber wenn wir die zehn Faktoren des Heim-TÜVs in Sachsen nehmen, dann sind da noch andere Kriterien. Und ich kann doch nicht immer nur über Quantität, was Finanzen angeht, und darüber, wie der Zuweisungsschlüssel ist, diskutieren.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Ach, da sind Sie, Herr Caffier!

Es geht doch auch um Beratung, es geht um Betreuung, es geht um Sprachmittlung und es geht um Sprachmittlung in diesem großen Flächenland, wo wir die Probleme haben, dass es für bestimmte Sprachen keine Angebote gibt. Das ist nicht mal ein Vorwurf. Es geht doch darum, ...

(allgemeine Unruhe)

Herr Caffier!

... es geht darum, die besten Lösungen zu suchen

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawohl!)

und sich eben nicht mit dem Mittelmaß zufriedenzugeben.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Das ist der Anspruch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Und ich denke, die zehn Faktoren, die der Heim-TÜV Sachsen hat, suchen wir bei uns vergebens.

Und – das kündige ich schon mal an – wir werden dranbleiben,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Oh, das ist ja eine Drohung!)

dass dieser sogenannte Heim-TÜV weiterentwickelt wird. Nichtsdestotrotz – ich sage es noch mal, wie jedes Mal – kämpfen wir natürlich weiterhin für die dezentrale Unterbringung, für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und für viele Dinge, die Frau Kaselitz schon so wunderbar aufgeführt hat – da komme ich auf die SPD zurück –, dass wir daran im Land weiterarbeiten. Und ich werbe noch mal darum, dass Sie diesen Antrag unterstützen.

(Beifall Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Wie ich vorhin schon sagte, übernehmen wir gerne den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Ich freue mich auf die nächste Debatte hier im Landtag, Herr Caffier.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der NPD:
Klingt nach lustig. – Stefan Köster, NPD:
Lustig ist der kleine Zwerg nun gar nicht.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will dem Innenminister

(Zuruf aus dem Plenum: Danken.)

auch hier am Pult und nicht nur durch einen Zwischenruf einmal einen Dank aussprechen,

(Vincent Kokert, CDU: Aah!)

weil ich in den,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

weil ich in den letzten Jahren gemerkt habe, dass für ihn das Thema eines menschenwürdigen Umgangs mit Asylbewerberinnen und Asylbewerbern immer wichtiger geworden ist. Ich habe das auch heute in der Debatte wieder gemerkt,

(Egbert Liskow, CDU: Das ist wichtig.)

dass bei der CDU-Fraktion die Fortschritte, die wir bei der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden erreicht haben, heftig beklatscht und unterstützt werden.

(Stefan Köster, NPD: Hände aus den Taschen!)

Ich will aber an dieser Stelle daran erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das, was wir im Vergleich mit

anderen Bundesländern bei uns im Bundesland erreicht haben, nicht allein das Ergebnis der CDU-Fraktion oder das des Innenministers ist. Die Grundlagen dafür wurden zu rot-roten Zeiten in diesem Land gelegt.

(Vincent Kokert, CDU:
Das musste ja kommen.)

Das betrifft die Abschaffung des Gutscheinsystems, das betrifft den Beginn der Abschaffung der Residenzpflicht, das betrifft die Regelungen für die Gemeinschaftsunterkünfte. Und ich bin an dieser Stelle – ich wiederhole das – sehr, sehr dankbar, dass all das, was wir unter Rot-Rot auf den Weg gebracht haben, unter Rot-Schwarz seine Fortsetzung findet, weil das unserer Landesverfassung als weltoffenes und friedliches Mecklenburg-Vorpommern entspricht. Insofern werden wir hier alle unserer Verantwortung gerecht.

Auch die Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten, die heute in der Debatte leider keine Rolle gespielt haben, die wir aber in unserem Änderungsantrag aufgegriffen haben, gehen auf diese rot-rote Regierungszeit zurück. Und ich glaube, es ist dann wohl an dieser Stelle Zeit, den Erfüllungsstand dieser Leitlinien einmal auf die Tagesordnung zu setzen

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

und gemeinsam zu schauen, wie diese Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten verbessert werden können.

Der Freistaat Sachsen ist hier mehrfach genannt worden mit dem Heim-TÜV. Ich möchte ein anderes Beispiel aus Sachsen ins Gespräch bringen: Im Sächsischen Landtag wird aus der Mitte des Parlaments heraus ein Ausländerbeauftragter gewählt. Eine solche Institution eines Ausländerbeauftragten haben wir in Mecklenburg-Vorpommern an keiner Stelle.

(Udo Pastörs, NPD:
Brauchen wir auch nicht.)

Der Bürgerbeauftragte gibt sich hier große Mühe, Belange von Asylsuchenden in seinen Arbeitsbereich mit einfließen zu lassen. Entweder denken wir gemeinsam darüber nach, die Arbeitsbedingungen des Bürgerbeauftragten auszubauen und zu verbessern oder wir schauen uns an, wie in anderen Bundesländern ein solcher Migrationsbeauftragter arbeiten kann und ausgestattet ist. Migrationsbeauftragte gibt es auch auf der kommunalen Ebene. Und auch da bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in den Kommunen unterwegs sind, sich einmal die Arbeitsbedingungen der Migrationsbeauftragten auf der kommunalen Ebene anzuschauen,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

gering genug, um den Anforderungen, den wachsenden Anforderungen bei der Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden gerecht zu werden. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Auch wenn wir im Vergleich zu anderen Bundesländern, was unsere Regelung zur Unterbringung, was vor allen Dingen unsere Regelung zur dezentralen Unterbringung angeht und was andere Belange angeht, durchaus einen Spitzenplatz einnehmen, dürfen wir die Augen davor

nicht verschließen, dass es enormen Handlungsbedarf gibt. Insofern freut mich einerseits, dass der Innenminister sagt, das ist also gut und wir sind im Vergleich zu anderen Bundesländern gut, aber ich sage auch: Es gibt nichts, was man nicht noch besser machen kann.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser Änderungsantrag auch ein Angebot, eine Analyse für unser Land zu erstellen, um daraus ableiten zu können, was wir besser machen können und müssen in diesem Land.

Da ja davon auszugehen ist, dass der Antrag der GRÜNEN und unser Änderungsantrag abgelehnt werden, kündige ich hier an, dass wir den Inhalt unseres Änderungsantrages nehmen werden und im Rahmen der Selbstbefassung im Innenausschuss eine solche Analyse einfordern werden.

Warum sage ich das? Als wir den letzten Doppelhaushalt auf den Weg gebracht haben, haben wir nachgefragt, welche zusätzlichen Aufwendungen notwendig sind, um die dezentrale Unterbringung und die dezentrale Betreuung der dezentral Unterbrachten qualitativ und quantitativ zu untersetzen. Da hat das Innenministerium gesagt, das können wir noch nicht beurteilen, weil wir jetzt anfangen. Das stimmt, deswegen haben wir das an der Stelle so zur Kenntnis genommen.

Wenn uns der nächste Doppelhaushalt präsentiert wird, liegen uns zwei Jahre Erfahrungen vor bei der verstärkten dezentralen Unterbringung, zwei Jahre Erfahrungen, was notwendig ist, um die dezentral Unterbrachten auch sozial zu betreuen. Und daraus ableitend müssen wir Weichenstellungen im Doppelhaushalt vornehmen. Deswegen brauchen wir die Analyse, deswegen werden wir das im Innenausschuss beantragen, dass wir diese Analyse vorgelegt bekommen – rechtzeitig vor dem Einstieg in die Haushaltsdebatte.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Emotionen bei diesem Thema und Zwischenrufe und auch Vorwürfe, die wir uns hier gegenseitig gemacht haben, eines muss uns klar sein: Solange solche geistigen Brandstifter,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

wie Tino Müller

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

hier im Landtag sitzen, ist das für uns ein entscheidendes Politikfeld.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da müssen wir gemeinsam Lösungen herbeiführen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3457 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/3457 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3433 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3433 bei gleichem Stimmverhalten abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Besserer Schutz von Minderjährigen bei digitalen Diensten, Drucksache 6/3419.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU
Besserer Schutz von Minderjährigen
bei digitalen Diensten
– Drucksache 6/3419 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Dahlemann.

Patrick Dahlemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich zunächst zu Beginn meiner Rede feststellen, dass ich mich als Sprecher für Jugendkultur der SPD-Landtagsfraktion natürlich darüber freue, dass wir heute bei zwei Tagesordnungspunkten von vier über die Belange der Kinder und Jugendlichen in unserem Land debattieren. Ich denke, das wird dem Kinderland M-V durchaus gerecht und ist heute hier an der richtigen Stelle.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
DIE LINKE und Udo Pastörs, NPD)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jedes elfte Kind spielt beim gemeinsamen Essen mit den Eltern zugleich mit seinem Smartphone, schreibt die „Schweriner Volkszeitung“ am Mittwoch. Dies ergab eine forsa-Umfrage der Technikerkrankenkasse, bei der im Juli 11.000 Eltern von zwölf- bis siebzehnjährigen Kindern befragt wurden: Acht von zehn im Nordosten besitzen ein eigenes Smartphone – eine durchaus überraschende Zahl, wie ich finde. Spannend wäre doch einmal, wie viele von uns Abgeordneten hier im Saal eigentlich ein Smartphone besitzen und beim Essen Mails oder SMS schreiben oder andere Dinge mit dem Smartphone tun. Ich kann mir vorstellen, dass das Ergebnis uns alle überraschen würde und unsere Krankenkassen darüber garantiert nicht erfreut wären.

Doch wie können wir unsere Kinder eigentlich besser im Bereich der digitalen Medien schützen? Mit dieser Frage befassen wir uns heute in dem Antrag der Koalitionsfraktionen, der Ihnen vorliegt. So wollen wir ganz generell den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit digitalen Diensten stärken. Außerdem soll der Schutz der personenbezogenen Daten von Minderjährigen deutlich verbessert werden. Wir lehnen es also ganz klar ab, dass personenbezogene Daten von Kin-

dern und Jugendlichen zu Werbezwecken und zur Bildung von Nutzungs- und Persönlichkeitsprofilen verwendet werden können.

Doch warum eigentlich? Lassen Sie mich dies in einem analogen Beispiel verdeutlichen, das jeder von uns leicht nachvollziehen kann. Stellen Sie sich vor, Sie gehen mit Ihrem Kind an den Schaufenstern des Spielzeugladens vorbei. Hier wird Ihr Kind eventuell etwas entdecken, was ihm gefällt. Der Klassiker: Zwischendurch gibts nichts! Also Sie gehen weiter. Neben ein wenig Gemurmel wird der Tag sich weiter gestalten, aber davon geht die Welt nicht unter, ganz nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn.

Jetzt stellen Sie sich die gleiche Situation vor: Sie und Ihr Kind, gleicher Spielzeugladen, nur ein bedeutender Unterschied. Diesmal ist das Schaufenster besonders verlockend ausgestaltet und wirbt ausschließlich mit dem Spielzeug, welches sich Ihr Kind schon immer gewünscht hat. Jetzt wird es schon extrem schwer, Nein zu sagen, denn das Gequengel wird größer und die erzieherische Maßnahme deutlich schwerer. In beiden Fällen liegt die Entscheidung aber bei Ihnen und nicht bei Ihrem Kind.

Um also eine vergleichbare Situation zu schildern, müssen wir uns noch ein drittes Mal den Spielzeugladen, die Schaufenster und Ihr Kind vorstellen. Der entscheidendste Unterschied an dieser Situation: Diesmal ist Ihr Kind ganz allein unterwegs. Glauben Sie nicht auch, dass Ihr Kind jetzt schwach werden würde und sein Erspartes am liebsten in das Wunschspielzeug investiert? Bleibt nur zu hoffen, dass nicht die Kreditkarte des Papa-Abgeordneten in der Tasche dabei ist.

(Stefan Köster, NPD: Was für ein Schwachsinn!)

Irgendwie eine unvorstellbare Situation, doch genau so läuft es tagtäglich bei uns im Internet ab,

(Stefan Köster, NPD: Sie haben doch überhaupt gar keine Ahnung, ne?!)

denn die Anbieter können sich aufgrund von Persönlichkeitsprofilen auf den Nutzer einstellen und wissen genau, was wir wollen.

Dass die NPD zu diesem Antrag keine Haltung hat, konnten wir schon im Vorfeld wissen: Es steht ja nicht einmal das Wort „deutsch“ drin, also müssen wir ablehnen.

(Beifall von Thomas Krüger, SPD –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie kennen das sicher: Während Sie gestern noch bei eBay nach einem Bügeleisen gesucht haben, bekommen Sie heute bei Facebook ständig Vorschläge, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, Herr Dahlemann!

Ich gucke jetzt mal in Richtung NPD, und Sie wissen, was ich sagen will. Alles, was hier gesagt wird, soll den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechen. Das, was eben zwischengerufen wurde, überschreitet dieses Maß. Ich weise Sie darauf hin, dass bei einem nächsten Zwischenruf in dieser Qualität ein Ordnungsruf folgt.

Jetzt können Sie weitermachen, Herr Dahlemann.

Patrick Dahlemann, SPD: Ja, YouTube-Erfolge können bei den Neonazis eben schmerzen. So ist das.

(Gelächter vonseiten der Fraktion der NPD)

... bekommen Sie heute bei Facebook eben ständig Vorschläge und Anzeigen, nicht nur für ein nigelnagelneues Bügeleisen, sondern sogar für das passende Bügelbrett. Tja, eigentlich ganz praktisch, und das wollen wir per se auch gar nicht verteufeln. Aber wir Erwachsene können uns eben bewusst entscheiden und wissen, dass natürlich eine gewisse Verkaufsmasche dahintersteckt. Doch jetzt ist die Frage: Können diese Entscheidungen auch unsere Kinder fällen? Wie wollen wir den Kindern diese Fähigkeit beibringen? Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Pauschal in Abrede stellen wollen wir sie nicht.

Deshalb freuen wir uns sehr, dass unser Verbraucherschutzminister Dr. Backhaus dieses Thema bei der Konferenz mit seinen Kollegen hier bei uns in Rostock-Warnemünde aufgegriffen hat und diese Thematik einstimmig mit einem Beschluss zusammengefasst wurde. Verbraucherschutz – und das ist die klare Ansage – ist eben auch Datenschutz. Deshalb bitten wir mit diesem Antrag die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass wir hier auf europäischer Ebene vorankommen.

Wie Sie wissen, liest sich die europäische Datenschutz-Grundverordnung ein bisschen wie eine Never-ending-Story. Erstmals legte die Europäische Kommission Anfang 2012 einen Vorschlag vor. Nach permanenter Blockade – da sind die Bundesrepublik Deutschland und die damalige Regierung vielleicht auch nicht ganz unbeteiligt – nahm diese am 10. Oktober dieses Jahres eine partielle allgemeine Ausrichtung zur Datenschutz-Grundverordnung an. 2015 kann also frühestens der „Trilog“ zwischen Parlament, Kommission und Rat beginnen. Als Letztes stirbt ja bekanntlich die Hoffnung.

Doch warum ist dieses europäische Datenschutz-Grundverordnungsprinzip so wichtig für uns? Weil das Prinzip der Einwilligung hierbei eben gestärkt werden soll, also wir Verbraucherinnen und Verbraucher ganz bewusst entscheiden. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ist hier nicht ausreichend, da dies, wie Sie dem Begründungstext des Antrages entnehmen können, nur zivilrechtlich durch die nach Paragraph 8 UWG anspruchsberechtigten Personen und Einrichtungen durchgesetzt werden kann. Es müssen also ordnungsrechtliche Sanktionsmöglichkeiten her.

Ein positives Beispiel ist hier der Fall im unerlaubten Telefonwerbungsgeschäft – Sie können sich garantiert daran erinnern –, vor einigen Jahren noch ganz groß in Mode. Ein mögliches Bußgeld von bis zu 300.000 Euro wirkte abschreckend gegen sogenannte Cold Calls und schützt unsere Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land tagtäglich.

Lassen Sie mich noch einmal auf unser Kind und den Spielzeugladen zurückkommen. Sagt Ihnen der sogenannte Taschengeldparagraph etwas? Der österreichische Begriff, etwas unterhaltsamer, ist der Wurstsemmelparagraph, besagt aber inhaltlich das Gleiche. Dieser besagt, dass entgegen dem Glauben vieler Eltern Kinder, die das siebente Lebensjahr vollendet haben, Verträge abschließen können, auch ohne Zustimmung der Eltern, es sei

denn, sie verbieten es ausdrücklich. Der Händler vom Spielzeugladen würde also bei einem Rahmenvertrag und Ratenvertrag wahrscheinlich anrufen müssen, sofern er ehrliche Geschäfte macht. Nur, wann bekommen Sie dies mit, wenn Ihr Kind im Internet mit dem Smartphone unterwegs ist? Über die Statistik haben wir eingangs gesprochen. Also brauchen wir mehr Schutzmechanismen im Sinne unserer Kinder.

Das komplizierte Thema Abos will ich jetzt an dieser Stelle nicht erläutern. Das würde den Rahmen sprengen.

Wir müssen also, wie so oft, den goldenen Mittelweg finden: auf der einen Seite die völlige Freiheit und die damit verbundene Schutzlosigkeit, auf der anderen Seite die Kontrolle, Überregulierung und Überwachung. Also mit diesem Antrag gehen wir einen guten Mittelweg, und da Europa manchmal etwas langsam ist, haben wir sicherheitshalber im Punkt 2 eine Initiative auf nationaler Ebene eingebaut.

Ich freue mich auf die Debatte im Sinne unserer Jüngsten. Und, lieber Herr Ritter, wir sind dann wieder bei dem viel beschworenen Rückenwind von gestern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin wirklich dankbar für diesen Antrag, weil er insbesondere auf ein Thema abzielt, das, glaube ich, im Fokus der nächsten Wochen, Monate und Jahre eines der herausragenden Themen auch für die jüngere Generation sein wird.

Und, Herr Dahlemann, ich glaube, wenn man jetzt so in Richtung Weihnachten denkt und die Schaufensterdiskussion ein bisschen aufnimmt, dann haben wir alle eine hohe Verantwortung, insbesondere für die Jüngsten, auf die Gefahren, aber auch auf die Chancen hinzuweisen. Ich will das auch insofern tun, dass wir auf der Verbraucherschutzministerkonferenz – das ist angedeutet worden – hier in Warnemünde mit den beiden, mit den für Verbraucherschutz zuständigen Ministern diese Diskussion geführt haben. Ich bin sehr froh, dass der Bundesminister Heiko Maas sich dieses Themas intensiv annimmt.

Aber was für mich in dieser Diskussion von größter Bedeutung ist, ist, was wir seit 1999 im Rahmen von Studien wissen – unter anderem, weil über den Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest alle zwei Jahre eine Basisstudie erstellt wird, um damit im Übrigen die Kinder im Alter zwischen sechs und dreizehn Jahren im Rahmen der KIM-Studie abzufragen, wie sich die Situation darstellt. Nach der letzten Studie aus dem Jahr 2012 nutzten immerhin bereits schon 62 Prozent der 6- bis 13-Jährigen das Internet. Bei Kindern im Alter von sechs bis sieben Jahren hat in Deutschland mittlerweile schon ein Fünftel Erfahrungen mit dem Internet gesammelt. Nach Angaben

der Eltern haben die Kinder im Durchschnitt mit acht Jahren zum ersten Mal das Internet genutzt.

Die BITKOM-Studie im Übrigen, die in diesem Jahr vorgelegt worden ist, macht deutlich, mit zehn Jahren sind fast alle Kinder online. Fast alle Kinder mit zehn Jahren sind online, wobei wir auch wissen, vor welchen Problemen wir zum Teil hier im Lande stehen und dass oftmals die Möglichkeit gerade in unserem Bundesland so nicht gegeben ist. Mit zwölf Jahren haben sie ein eigenes Smartphone in der Tasche und mit vierzehn Jahren sind die meisten Kinder und Jugendlichen damit bereits in sozialen Netzwerken unterwegs. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen und uns auch auf diese Entwicklung einstellen.

Der Anteil der Internetnutzer steigt ganz klar mit dem Alterwerden der Kinder massiv weiter an. Bei den 12- und 13-Jährigen waren es zuletzt schon 93 Prozent und damit praktisch alle Kinder, die regelmäßig das Internet benutzen. Bei den Jugendlichen darf man heute bereits von 100 Prozent ausgehen. Experten gehen davon aus, dass mit der Einführung von Smartphones und Tablets die Onlinenutzung vor allem durch jüngere Kinder zwischen sechs und zehn Jahren seit 2012 enorm angestiegen ist.

Das bedeutet auch, dass die ehemals geschützten und besser zu kontrollierenden Bereiche, insbesondere an den elterlichen PCs, heute überholt sind. Auch das ist für mich eine ganz entscheidende Aussage. Spätestens jetzt sollte jedem Elternhaus oder auch den Großeltern klar sein, dass man mit der Erziehung der Kinder zur Vorsicht im Umgang mit Handys und Computern nicht früh genug anfangen kann oder sie auch, wie es bei den Datenschützern heißt, zur Datensparsamkeit aufrufen muss, denn – darauf hat ja indirekt Herr Dahlemann schon hingewiesen – heute werden, wie wir alle wissen, Nutzerprofile angelegt und diese dann auch weltweit vermarktet oder für die zukünftige Entwicklung herangezogen.

Aber wir dürfen uns diesem Thema nicht nur von einer Seite der Medaille nähern, nämlich der erzieherischen, sondern wir müssen es eben auch andersherum, also didaktisch betrachten. Wir müssen auch die andere Seite in den Blick nehmen, nämlich diejenige der Restriktionen oder Sanktionen gegenüber solchen Netzteilnehmern, die die Regeln des Datenschutzes und des Persönlichkeitsrechtsschutzes oft wissentlich oder tatsächlich gar gezielt missachten. Das ist ein Thema nicht nur für den Verbraucherschutz, sondern auch für das Innenministerium und für die Justiz, wo wir letzten Endes sehr eng miteinander kooperieren. Deswegen haben sich die Verbraucherschutzminister der Bundesrepublik Deutschland auch mit dem Thema so intensiv befasst.

Ich glaube, man kann ausdrücklich ansprechen, dass wir auch in Richtung Verbraucherbildung ein wichtiges Thema haben. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass die Verbraucherschutzministerkonferenz mit der Bildungsmi- nisterkonferenz das ganze Thema Verbraucherschutz und dabei insbesondere die neuen Medien zu einem Schwerpunkt der zukünftigen gemeinsamen Erziehungs-, aber auch der Bildungsentwicklung in den Fokus gerückt haben. Das hat es vorher im Übrigen in der Form noch nie gegeben.

Hier bin ich natürlich ausdrücklich bei der anderen Seite der Medaille: Wo immer die Verbraucherinnen und Verbraucher den Anbietern strukturell unterlegen sind,

muss der Gesetzgeber tatsächlich für einen angemessenen Ausgleich sorgen. Das tut er, indem er der Verbraucherin/dem Verbraucher eigene Rechte gibt. Nur ein Beispiel: Hier sind die Gewährleistungsrechte, zum Beispiel beim Kauf einer Ware, ja zum Teil angesprochen worden. Das tut er außerdem, indem er Institutionen beauftragt, die Verbraucherrechte zu schützen, allen voran natürlich das Recht auf Gesundheit und Unversehrtheit der Person. Das tut er auch, indem er dafür Sorge trägt, dass der Staat diese Institutionen und die im Verbraucherschutz tätigen Verbände mit Know-how auf der einen Seite, aber auch mit finanziellen Mitteln ausrustet und damit einen wichtigen Beitrag leistet.

Geschaffen werden solche Regelungen, mit denen der Schutz der Persönlichkeitsrechte unserer Kinder und Jugendlichen besser durchgesetzt werden kann. Die bisherigen zivilrechtlichen Ansprüche gegenüber unlauteren Anbietern reichen nach meiner festen Überzeugung dafür nicht aus. Wir müssen die schwarzen Schafe zu fassen kriegen, und das ist eine europäische Aufgabe. Und wenn es nicht gelingt – das hat im Übrigen auch die Verbraucherschutzministerkonferenz festgelegt –, wenn es nicht gelingt, auf europäischer Ebene hier zügig voranzukommen, muss es innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu eigenen Lösungen kommen, sei es wegen unerlaubter Werbung, unerlaubter Bildung von Anwenderprofilen oder auch des ungesetzlichen Umgangs mit personenbezogenen Daten. Hier liegt aus meiner Sicht die Priorität.

Wir müssen daher alle Aktivitäten unterstützen, den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Kinder und Jugendlichen durch die entsprechenden Regelungen bereits in der EU-Datenschutz-Grundverordnung zu stärken, und zwar so, dass es weder aufgrund eines gesetzlichen Erlaubnistatbestandes noch einer individuellen Einwilligung zulässig sein soll, Daten Minderjähriger für Werbezwecke jeglicher Art überhaupt zu verarbeiten, zu übermitteln und zu verwenden beziehungsweise daraus Nutzungs- und Persönlichkeitsprofile zu erstellen. Das, glaube ich, ist eine der Kernaufgaben, vor der wir gerade für die jungen Menschen stehen.

Heute bestehen in der Praxis im Wesentlichen nur zivilrechtliche Möglichkeiten, den angestrebten Schutz durchzusetzen beziehungsweise gegen Verstöße vorzugehen, hauptsächlich nach dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Dieses Gesetz ist aber vordergründig dazu da, zunächst den Schutz der Wettbewerber unter beziehungsweise voreinander zu gewährleisten. Das nützt den Verbraucherinnen und Verbrauchern im Wesentlichen gar nichts.

(Vizepräsidentin Silke Gajek
übernimmt den Vorsitz.)

Wenn es um Datensouveränität und den Schutz der Persönlichkeitsrechte geht, ist aber ein direkter Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa zwingend notwendig. Das gilt für unsere Kinder und die Heranwachsenden ganz besonders, weil es ihnen zum Teil an Fähigkeiten oder Möglichkeiten mangelt, die Tragweite ihres Handelns in dem Alter überhaupt einschätzen zu können und sich zur Wehr zu setzen. Deswegen muss die Politik hier handeln und die Arbeit vieler ist gefordert.

Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen dabei nicht nur nach Brüssel schauen, unserem

EU-Gesetzgeber, sondern sollte es – ich habe das schon angedeutet – auf EU-Ebene nicht oder zumindest in naher Zukunft nicht möglich sein, geeignete Regelungen zu schaffen, so sollten die Spielräume, die die EU-Ratsverordnung heute bereits ermöglicht, auf nationaler Ebene genutzt werden.

Gegenwärtig steht ja die Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages an. Hiermit befasst sich im Übrigen eine Arbeitsgruppe der Landesregierung unter Mitwirkung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit. Hier wird aber auch – natürlich online! – eine öffentliche Konsultation durchgeführt, die nun in eine zweite Runde gegangen ist. Noch bis zum 17. November, auch das ist, denke ich, ein Signal, können sich die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Thema einbringen und sich daran beteiligen. Möglicherweise findet man also bereits hier Ansätze für geeignete Lösungen auch auf untergesetzlicher Ebene. Mitunter ist das auch eine wichtige Aussage.

Ihre Bildungsoffensive im Umgang mit Medien aller Art durch Kinder und Jugendliche beginnt, aus meiner tiefen Überzeugung, bereits im Vorschulalter und ganz besonders in den Elternhäusern. Hier werden wir auch gemeinsam nach Wegen suchen, wie wir sie dabei unterstützen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Verbraucherschutz ist es oft so, dass es wichtig ist, diese dicken Bretter wirklich zu bohren. Ich habe das in den letzten Jahren immer wieder zur Kenntnis genommen. Es gibt keine Alternative, als sich diesen Herausforderungen zu stellen! Deswegen bin ich wirklich froh, dass wir tatsächlich in Warnemünde einen wichtigen Schritt weitergekommen sind. Das gilt im Bereich des Datenschutzes ebenso wie bei den nicht eben leichteren Themen, wenn es um die Dimension mit dem Blick auf das Internet und dessen globaler Natur geht, diese zu betrachten und sich ihnen zuzuwenden. Untätig zu bleiben, ist die schlechteste Lösung, daher begrüße ich ausdrücklich diesen Antrag. Wir werden daraus auch weitere Maßnahmen ableiten und gegebenenfalls Bundesratsinitiativen weiterentwickeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Backhaus.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Brie von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. André Brie, DIE LINKE: Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst, Herr Minister Backhaus, möchte ich Ihnen sagen, Sie haben sich heute wirklich erwiesen als ein Verbraucherschutzminister. Danke für diese Rede.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Es ist keine Frage, der Schutz von Minderjährigen bei digitalen Diensten ist ein wirklich wichtiges Thema, ein Anliegen, das natürlich befürwortet werden muss. Ich denke, dass wir uns hier einig sind. Meine Fraktion wird daher dem Antrag der Regierungsfractionen gern zustimmen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Zu-

sammenhang mit digitalen Diensten muss gestärkt und die Verwendung personenbezogener Daten von Minderjährigen abgelehnt werden, wie es SPD und CDU fordern.

In der Novemberausgabe von „Kommunal“, die ich gestern erst bekommen habe, wird angegeben, dass bundesweit 79 Prozent der Menschen ab zehn Jahren das Internet nutzen. Für die über 60-Jährigen geben sie an, nur 36,7 Prozent. Leider habe ich in dieser Zeitschrift keine Zahl für die Minderjährigen gefunden, aber es kann sich jeder/jede leicht ausrechnen, dass die minderjährigen Nutzer weit über dieser Zahl liegen und daher auch geschützt werden müssen. Das waren bundesweite Zahlen. In Mecklenburg-Vorpommern, der Herr Minister hat es ja erwähnt, ist es nicht anders. Ich werde auf andere Zahlen ohnehin noch mal zurückkommen.

Meine eigene, erst neunjährige Tochter ist seit mehr als zwei Jahren immer wieder im Internet und nutzt unterschiedliche Möglichkeiten sehr aktiv. Persönlich möchte ich daher tatsächlich für diesen Antrag danken. Es gibt aber einen Tropfen Essig, den ich in diesen Wein geben möchte, denn letztlich folgen die Regierungsfractionen hier nur dem Beschluss der erwähnten Ministerkonferenz. Wenn, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und der CDU, wir einen entsprechenden Antrag von den GRÜNEN, gerade erlebt, oder den LINKEN hier im Haus hätten, würden Sie ihn natürlich ablehnen mit dem Argument, es bedürfe seiner nicht. In Ihrem Punkt II fordern SPD und CDU die Landesregierung lediglich auf, sich für etwas einzusetzen, das sie längst getan hat. Auf konkretere Forderungen verzichten sie.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja. –
Vincent Kokert, CDU: Der Minister
hat ja um Unterstützung gebeten.
Dem kommen wir natürlich nach. –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Unterhält man sich heutzutage – ich setze fort – mit Jugendlichen, fällt einem sofort auf, wie verankert sie schon in der digitalen Welt sind. Selbst in unteren Jahrgangsstufen an unseren Schulen scheint fast jedes Kind bereits ein Smartphone zu haben.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist so.
Die keins haben, sind die Außenseiter.)

In der repräsentativen Studie „Jugend 2.0“, die vom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien in Auftrag gegeben worden ist, kann man nachlesen, dass 98 Prozent der 10- bis 18-Jährigen regelmäßig das Internet benutzen. Rund 92 Prozent haben ein eigenes Handy.

Jugendliche sind auf viel stärkere Art und Weise vernetzt, als wir es wahrscheinlich als Ältere sind, ich jedenfalls. Auch ihre Fähigkeiten am Computer übersteigen die ihrer Eltern meist erheblich. Das ist zu begrüßen. Der heutige Zugang zur digitalen Welt ist häufig essenziell für Bildung und Berufschancen. Das ist ein technologischer Fortschritt, dem man sich nicht verschließen kann und will, wo man Kindern und Jugendlichen den Zugang nicht zu sehr erschweren darf. Gleichwohl, darauf wurde schon hingewiesen, bedürfen Kinder und Jugendliche natürlich eines besonderen Schutzes in der digitalen Welt. Sie sind unerfahrener, was den Umgang mit personenbezogenen Daten angeht, und auch leichter beeinflussbar, darunter auch durch die Anbieter von digitalen Diensten.

Zum Antragstext selbst: Unter I. fordern Sie, den Schutz personenbezogener Daten von Minderjährigen deutlich zu verbessern. Das begrüßen wir ausdrücklich. Etwa 77 Prozent der Kinder und Jugendlichen über zehn Jahre sind in sozialen Netzen angemeldet. Es existieren somit mehr oder weniger genaue Profile von einem Großteil der Minderjährigen. Vieles davon wird genutzt durch die Anbieter, und es ist sinnvoll, ihre Übermittlung, Verarbeitung und Nutzung einzuschränken.

Ziffer II, darauf bin ich bereits eingegangen, ist mir zu wenig. Ich denke, dass es um konkretere Vorstellungen gehen müsste. Der Minister hat ja angedeutet, dass man an so etwas arbeitet. Lassen Sie mich daher Folgendes an die Landesregierung richten: In der vergangenen Wahlperiode gab es im Bundestag eine Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Der Schutz von Minderjährigen spielte nach meinem Verständnis dabei eine noch zu geringe Rolle. Allerdings im Fünften Zwischenbericht vom 15. März 2012, ich zitiere, hieß es: „Die Enquete-Kommission sieht bei der Stärkung des Selbst Datenschutzes von Kindern und Jugendlichen auch die Länder aufgrund ihrer Zuständigkeit für den Bildungsbereich in der Pflicht.“ Diese Pflicht sehe auch ich.

Im vergangenen Jahr stellte ich eine Kleine Anfrage zum Thema „Verbraucherschutz im Schulunterricht“, nachzulesen auf Drucksache 6/2227. Der Antwort lässt sich entnehmen, dass es hinsichtlich der Verbraucherbildung keine konkreten Vorgaben für Lehrerinnen und Lehrer gibt, geschweige denn ein eigenes Fach „Verbraucherschutz“. Man ist da relativ frei, inwieweit dieses Thema im Unterricht unterkommt. Das wären für mich einer der ersten Ansätze und eine mögliche Form, um das zu konkretisieren, wenn es um den verstärkten Schutz von Kindern und Jugendlichen geht: Information, Verbraucherbildung als Grundlage für Selbstschutz. Kinder müssen beispielsweise wissen, dass soziale Netze nicht kostenlos sind und man mit persönlichen Informationen bezahlt.

Sehr geehrte Damen und Herren, in einem Sondervotum der LINKEN- Bundestagsfraktion im oben genannten Zwischenbericht der Enquetekommission heißt es: „Als Konsequenz aus den obigen Befunden stellt sich die Frage, ob Kinder und Heranwachsende, die nicht wie Erwachsene langfristige Folgen ihres Handelns abschätzen können,“

(Vincent Kokert, CDU: Damit haben aber auch die Erwachsenen Probleme. – Heinz Müller, SPD: Das habe ich auch gerade so gedacht.)

„in stärkerem Maße einer öffentlichen Fürsorge und eines gesetzlichen Schutzes bedürfen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und CDU, wenn meine Fraktion Ihren Antrag unterstützt, dann auch deshalb, weil dieser Gesichtspunkt aufgegriffen worden ist, im Übrigen auch durch die Ministerkonferenz. – Ich bedanke mich.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Brie.

Das Wort hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Herr Kokert.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe die Verwunderung nicht, warum es, wenn ich zu dem Thema rede, Gelächter bei den LINKEN gibt, aber vielleicht erklären Sie mir das nachher noch.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wir freuen uns. Wir freuen uns.)

Es ist doch selbstverständlich, dass das für uns ein wichtiges Thema ist. Ich will Ihnen aber ehrlicherweise sagen, dass ich in Vertretung für Heino Schütt spreche, dem es ein Herzensanliegen gewesen wäre, heute zu reden. Er ist plötzlich erkrankt und hat mich gebeten, seine Rede zu übernehmen. Ich will das vielleicht etwas anders aufbauen, als Heino Schütt das in seiner charmanten Art und Weise getan hätte, ich will Ihnen nämlich mal erzählen, wie es einem Vater von vier Kindern geht. Ich habe das gerade Wolf-Dieter Ringguth erzählt.

Wissen Sie, es ist manchmal schon erstaunlich: Sie nehmen das iPhone, legen das irgendwo ab, Sie legen das iPad irgendwo ab –

(Jochen Schulte, SPD: Und weg ist es.)

für eine 6-Jährige ist das überhaupt kein Problem, egal ob Sie da eine Codesperre oder so drin haben oder den Fingerabdruck. Die Kinder haben innerhalb von wenigen Tagen raus, wie sieht genau das Kreuz aus oder so. Wir haben ja alle sehr einfache Codewörter.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Also kurzum, jedes Kleinkind ist heute in der Lage, ein iPhone, ein iPad oder ein anderes Tablet zu bedienen. Die Dinger sind auch extra so gebaut, dass man das kann.

(Zuruf aus dem Plenum: Kinderleicht.)

Meine Frau fragt mich dann immer, wenn sie etwas bei Amazon sucht: Sag mal, hast du hier nach Filly-Pferden und nach Barbie geguckt? Nein, habe ich natürlich nicht.

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD,
Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das machen die Kinder selbst, obwohl sie nicht lesen können. Das hört sich erst mal lustig an, aber ich sage Ihnen, wenn Sie das dann mal weiter hinterfragen – und es gibt ja verschiedene Apps, Sie kennen diese Spiele, die man sich runterladen kann, die kosten erst mal kein Geld, das heißt, du klickst nur noch drauf, klick –, nach Bürgerlichem Gesetzbuch ist das – Herr Schulte wird mir da recht geben als Jurist –, wenn das eine 6-Jährige macht, theoretisch nichtig, dieser Kauf. Die Frage ist nur, soll ich das in Cupertino irgendwo einklagen, aus Mecklenburg-Vorpommern? Das wird schwierig. Das heißt, dieser Kauf passiert, ohne dass ich irgendwas dagegen tun kann, weil wenn Sie sich einmal bei Amazon oder wo auch immer eingeloggt haben oder im iTunes-Store, dann bleibt das Gerät meistens den ganzen Tag eingeloggt und für jeden ist es möglich, der den Code überwindet, einmal auf eine Taste zu klicken, und dann wird

das Ding gekauft. Also ich will Ihnen erzählen, Sie laden quasi dieses Spiel herunter, kostenlos, dann spielt man damit fünf Minuten und dann stellt das Spiel fest, so, du hast deine Leben, deine Ringe, weiß der Kuckuck was, verbraucht. Das heißt, die musst du neu nachkaufen: Klicken Sie bitte hier, für 2,99 Euro kriegen Sie neue Leben – nur damit du weiterspielen kannst.

Das zeigt doch, dass dieser Geist eigentlich aus der Flasche ist, und ich will Ihnen sagen, den Geist kriegen wir dahin nicht wieder zurück. Da können wir uns alle hinstellen und sagen, wir werden mit der Rechtsprechung hinterherlaufen, hinterherlaufen, hinterherlaufen. Die Entwicklung auf dem digitalen Markt ist so rasant, dass wir quasi immer nur proaktiv hinterherreagieren. Und ich halte dieses Thema einfach für wichtig. Das ist jetzt ein bisschen schade, dass die Öffentlichkeit vielleicht an dieser Diskussion nicht so richtig teilnimmt, denn es ist eine wichtige Diskussion und sie zeigt, wie wir mit unserem bürgerlichen Recht im Prinzip schon im Grenzgebiet sind, weil Sie das, was heute im Internet passiert, überhaupt nicht mehr so steuern können.

Und wenn Sie sich in unseren Innenstädten – ich will da den Bogen nicht so weit spannen, aber dieses Beispiel will ich wenigstens noch nennen –, gucken Sie sich in den Innenstädten unserer mittelgroßen Städte um! Reden Sie mal mit den Einzelhändlern, die sagen Ihnen: Wissen Sie was, ich halte vielleicht noch ein Jahr durch, vielleicht noch anderthalb, ich hoffe, dass ich meine Rente noch erreiche,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

weil es heute zur Regel geworden ist, dass man sich das iPad nimmt, zu jeder Tages- und Nachtzeit konsumieren kann, überall, wo man ist. Und wenn Sie an diesem, ich will jetzt nicht „Konsumterror“ sagen, aber wenn Sie an diesem Konsum nicht teilnehmen, dann sind Sie schon in der Schule ein Außenseiter. Das sind die Probleme, die wir bei digitalen Medien haben, und ich finde, es gehört einfach auch mal in so eine Landtagsdebatte, das zu diskutieren.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Nun hat der Kollege Brie gesagt, CDU und SPD haben ja im Prinzip Selbstverständlichkeiten aufgeschrieben, und ob wir den Antrag nun beschließen oder nicht, der schadet nicht, aber viel bringen tut er auch nicht. Herr Kollege Brie, da haben Sie wahrscheinlich recht. Da haben Sie wahrscheinlich recht, aber es wäre doch ein Fehler, wenn sich Politik einfach wegduckt und sagt, mit diesem Thema beschäftigen wir uns nicht, uns ist es im Prinzip auch egal, dass das so ist, wir beschäftigen uns mit anderen Themen und lassen das außen vor.

Ich glaube schon, jedenfalls habe ich bis heute noch keinen anderen Redner hier gehört, der Schutz unserer Kinder ist uns allen wichtig.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja.)

Ich halte nichts davon, hier irgendwo einen Spaltkeil zu setzen und zu sagen, nur CDU und SPD oder SPD und CDU ist das wichtig. Das ist ein Antrag, den die Kollegen von der SPD formuliert haben. Ich glaube schon, dass wir da alle einer Meinung sind. Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde ich gerne von dem

Redemanuskript von Heino Schütt abweichen und Sie herzlich um Ihre Zustimmung bitten.

(Marc Reinhardt, CDU: Gern.)

Wir sind gern bereit, dieses Thema auch in den Ausschüssen weiterzudiskutieren. Ich glaube, es ist einer der zentralen Punkte, die wir in den nächsten Jahren hier immer wieder besprechen werden. – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Kokert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Kokert, ich gebe Ihnen sofort recht, dass uns allen hier der Schutz der Kinder wichtig ist. Ich frage mich allerdings, warum dann gerade die Bundeskanzlerin Angela Merkel so beharrlich die Reform der EU-Datenschutz-Grundverordnung blockiert,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

denn genau diese löst ja viele Probleme, die wir heute angesprochen haben, oder würde sie lösen.

Ich bin der SPD-Fraktion, denn offensichtlich kommt er aus dem Hause der SPD, sehr dankbar, dass sie heute diesen Antrag vorgelegt hat zusammen mit der Koalition. Deswegen bin ich auch der CDU sehr dankbar, dass sie diesen Antrag mitträgt, denn es ist ein wirklich, wirklich wichtiges Thema.

Wir GRÜNEN beschäftigen uns schon seit sehr langer Zeit mit diesem Thema. Das liegt unter anderem natürlich daran, dass wir uns den Datenschutz auf die Fahnen geschrieben haben als wichtiges politisches Ziel. Das zeigt sich auch darin, dass der Europaabgeordnete der GRÜNEN, Jan Philipp Albrecht, der Berichterstatter für das Europäische Parlament zur Reform der EU-Datenschutz-Grundverordnung ist. Ich glaube, er hat da sehr gute Arbeit geleistet, denn der Entwurf der EU-Datenschutz-Grundverordnung, der lässt sich sehen, der sieht wirklich gut aus. Ich komme nachher noch mal darauf zu sprechen, was alles darin zu finden ist.

Das Problem ist nur, dass eben diese EU-Datenschutz-Grundverordnung eigentlich schon hätte vom alten EU-Parlament verabschiedet sein können, und es ärgert mich dann ganz besonders, wenn sich unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel dagegen ausspricht und wie ein Bremsklotz wirkt. Das sind übrigens nicht meine Worte, das schreibt der „Spiegel“ vom 28. Oktober 2013. Der schreibt: „Merkel bremst beim Datenschutz in Europa“.

(Vincent Kokert, CDU: Der ausgesprochen
CDU-nahe „Spiegel“ schreibt das. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie hat eben bei einem Abendessen der EU-Staatschefs schärfere Datenschutzverordnungen, da standen schär-

tere Datenschutzverordnungen auf der Tagesordnung und da hat sie gebremst. Das finde ich sehr schade, weil das dazu geführt hat, dass das ehemalige oder das letzte EU-Parlament, die ehemalige Zusammensetzung, es nicht mehr geschafft hat, diese EU-Datenschutz-Grundverordnung zu verabschieden. Wir wären heute schon sehr viel weiter.

(Egbert Liskow, CDU:
Warum denn nicht?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

Ja, Herr Liskow, das müssen Sie Ihre Angela Merkel schon selbst fragen, warum sie das getan hat.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich vermute, dass ihr der Datenschutz einiger weniger großer Firmen

(Vincent Kokert, CDU: Ah!)

sehr viel wichtiger ist als der Datenschutz vieler Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Anders ist das Ganze nicht zu erklären,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist aber auch eine böse Kanzlerin. –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

denn diese EU-Datenschutz-Grundverordnung

(Vincent Kokert, CDU: Erstaunlich, dass sie immer wieder gewählt wird!)

hätte viel ...

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Ja, das erstaunt mich auch, Herr Kokert, das erstaunt mich auch. Aber das ändert sich vielleicht ja irgendwann.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht bei der EU-Datenschutz-Grundverordnung darum, das Recht auf Löschung, Auskunft und Korrektur einzuführen. Das heißt, dass man wieder Herr seiner eigenen Daten wird und auch Frau seiner eigenen Daten wird.

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Es geht um die explizite Einwilligung, dass eine Firma, ein Konzern die Daten überhaupt verwenden darf, die man im Internet hinterlässt, und zwar die, die man bewusst hinterlässt, und auch die, die man unbewusst durch Verhalten, durch Surfverhalten im Internet hinterlässt. Es geht in der EU-Datenschutz-Grundverordnung darum, dass Informationspflicht und Transparenz eingeführt werden, dass die Datenweitergabe an Drittstaaten ganz scharf reglementiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Datenschutz-Grundverordnung würde viele Probleme, die heu-

te im Antrag angesprochen wurden und heute hier im Plenarsaal noch mal angesprochen wurden, bereits lösen. Deswegen haben Sie recht, Herr Kokert, wenn Sie sagen, der Schutz unserer Kinder ist uns allen wichtig, aber dann muss natürlich auch ein bisschen mehr Engagement, insbesondere der Bundeskanzlerin, dahinterstehen.

(Vincent Kokert, CDU: Mann, nun hören Sie doch mal auf damit! Herr Saalfeld, ist Ihnen das nicht langsam selber mal peinlich?)

Was genau, Herr Kokert?

(Vincent Kokert, CDU: Dass Sie hier versuchen deutlich zu machen, Sie sind für Kinderschutz, und ...)

Ich glaube, es ist eher Ihnen peinlich, dass Ihre Kanzlerin wie ein Pfropf auf der Flasche sitzt,

(Vincent Kokert, CDU: Ach, das ist doch so was von billig! Das müsste Ihnen doch selbst peinlich sein. Das ist einfach nur billig!)

wenn es darum geht, den Datenschutz unserer Kinder zu stärken,

(Egbert Liskow, CDU: Sie haben ja auch so viele Kinder.)

und das ist das Problem.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Also die GRÜNEN sind manchmal schwer zu ertragen.)

Ja, das tut uns leid, Herr Ringguth, dass wir Sie stören beim Regieren, aber ich glaube, das ist auch unsere Aufgabe.

(Vincent Kokert, CDU: Sie stören uns nicht beim Regieren. Wenn Sie's mal nur machen würden! –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren ...

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, meine sehr geehrten Herren, Sie haben noch Redezeit, Sie können das gerne nutzen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und ich bitte, dann von diesen Dialogen abzusehen.

Herr Saalfeld, bitte.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Man kann sich auch bis auf die Geflügelknochen blamieren.)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Liskow, wir setzen uns im Übrigen auch für den Datenschutz der Jugendlichen ein, weil es eben auch der Datenschutz für Erwachsene ist, der daran hängt. Wie das Herr Kokert eben gerade noch mal vorgetragen hat oder Herr Dahlemann, sind das ja Daten, die zur ganzen Fa-

milie gehören, und deswegen setzen wir uns intensiv für den Datenschutz der Jugendlichen ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss natürlich noch etwas Wasser in den Wein kippen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Noch mehr, oh Gott! -
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie erwarten ja auch nichts anderes von mir.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, ein bisschen schon. Wir waren so versöhnlich. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein solcher Antrag wird natürlich umso glaubwürdiger, wenn das Land auch an anderer Stelle als Vorreiter vorangehen würde, was den Datenschutz anbelangt. Doch leider, glaube ich, hat das Land hier ein echtes Glaubwürdigkeitsproblem, wenn Ermittlungsbehörden – leider ist der Innenminister nicht da – ohne Richtervorbehalt Passwörter einziehen können. Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau das wird in Mecklenburg-Vorpommern gemacht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Genau das halte ich im Übrigen auch für einen ganz konkreten Standortnachteil für die IT-Wirtschaft hier im Land. Und genau dafür stehen die GRÜNEN auch gerade vor dem Landesverfassungsgericht, um diese Regelungen wieder zu kippen, die dieses Parlament hier verabschiedet hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir hier etwas glaubwürdiger auftreten könnten, wenn es eben solche Regelungen nicht geben würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt diesem Antrag auch deswegen zu,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Nun doch! Siehste, nun doch!)

weil er ein kleiner Schritt ist von den vielen Resolutionen der Datenschutzbeauftragten,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Herr Saalfeld, trotz des Bremskeils Merkel? Wahnsinn! –
Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

die in den vergangenen Monaten und Jahren verabschiedet wurden. Ich erinnere mal ein bisschen daran.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Donnerwetter! – Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im September 2011 verabschiedeten unsere Datenschutzbeauftragten die Resolution „Datenschutz als Bildungsaufgabe“. Im Oktober 2014 kommt die Resolution „Marktmacht und informationelle Selbstbestimmung“. Im März 2013 kommt die Resolution „Soziale Netzwerke brauchen Leitplanken – Datenschutzbeauftragte legen Orientierungshilfen vor“. Dann kommt ein Beschluss der Datenschutzbeauftragten im November 2010, Entschuldigung, nicht dann, sondern bereits im November 2010

„Minderjährige in sozialen Netzwerken wirksamer schützen“. Hört sich doch fast so an wie Ihr Antrag, ne?! Das war allerdings schon im November 2010 und nicht erst im November 2014. Und dann haben wir hier noch einen Beschluss „Datenschutzkonforme Gestaltung sozialer Netzwerke“ – oh, April 2008!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt, wir sind jetzt hier nicht an einem ganz neuen Thema dran. Unsere Datenschutzbeauftragten machen ja sehr gute Arbeit. Ich bin froh, dass es heute hier im Parlament zu diesem Thema vorangeht. Wir stimmen zu und wir könnten, und das ist mein Schlusssatz,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Das war aber schnell. Schade!)

wir könnten schon sehr viel weiter sein, wenn Frau Merkel nicht die wirtschaftlichen Interessen

(Vincent Kokert, CDU: Oooh! –
Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

einiger weniger über den Datenschutz vieler Bürgerinnen und Bürger stellen würde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Diese Merkel!
Kann das sein, diese Merkel, eh?!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr springt
aber auch immer wieder schön an.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Regierungsfaktionen bejammern wieder einmal einen Zustand, den sie selbst zu verantworten haben, und einmal mehr versuchen die Vertreter der SPD und CDU, durch populistische Forderungen das Ansehen ihrer eigenen Parteien aufzupolieren.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Unter dem Deckmantel des Kinderschutzes wird eine innige Fürsorge vorgetäuscht.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Man müsse unsere Kinder vor dem Missbrauch ihrer Daten schützen, heißt es da. Es wird hier tatsächlich versucht, die Geister des Kapitalismus und seine Auswüchse durch fragwürdige Initiativen und Gesetze zu bändigen. Nix als dumpe Propaganda!

Wenn man sich die Politik der vergangenen Jahre ansieht und diese mit dem Kinderschutz verknüpft, dann ist ganz klar zu erkennen, dass sich Ihre Parteien nicht nur selbst widersprechen, sondern auch der Landesverfassung. Gerade am Beispiel unserer Kinder wird dies mehr als deutlich. So heißt es in Artikel 14 unter anderem, Zitat: „Kinder und Jugendliche genießen als eigenständige Personen den Schutz des Landes ... Sie sind durch staatliche und kommunale Maßnahmen und Einrichtun-

gen gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung und gegen Misshandlung zu schützen.“ Zitatende.

Doch wie sieht es mit dem Willen nach Durchsetzung dieses Artikels aus? Wie steht es um den größtmöglichen Schutz vor zum Beispiel sexuellem Missbrauch? Durch Gender-Mainstreaming wurde dem körperlichen Missbrauch von Kindern Tür und Tor geöffnet.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Auch wenn vieles durch die Bundespolitik vorgegeben wird, ist es doch diese Landesregierung, welche in dieselbe Kerbe schlägt. Völlig unreflektiert wird hier vor allem auf psychologischer Grundlage das Kindeswohl angegriffen.

Oder nehmen wir die öffentliche Datenbank gegen Sexualstrafäter, welche Sie ablehnten. Ihr Antrag ist heuchlerisch. In gewohntem Muster täuschen Sie Aktionismus vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: In der Datenbank sind ein Haufen Nazis drin. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Betrachten wir Ihr Antragsthema vor dem Hintergrund der Realität. Unter dem Begriff der „Medienkompetenz“ wird jedem Kind und Jugendlichen vermittelt, dass es ohne moderne Kommunikationstechnik scheinbar nicht mehr geht,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

dass es damit nicht leben kann. Smartphones in der Schule, die Pflicht, Hausaufgaben am Rechner zu machen,

(Patrick Dahlemann, SPD: Kassettenrekorder.)

oder die Aufforderung, Recherchearbeit im Internet zu betreiben, statt in Büchern zu lesen, führen doch dazu, dass unsere Kinder völlig unvorsichtig, ja, sozusagen vertraut mit ihren eigenen Daten im Internet hantieren.

Und nicht nur wir Nationalen warnen vor diesen Entwicklungen, die vollkommen ohne pädagogisches Konzept verwirklicht werden, sondern auch renommierte Wissenschaftler. So meint der Hirnforscher Professor Manfred Spitzer in einem aktuellen Zeitungsinterview, Zitat, unsere Gesellschaft würde „auf jeden Fall in der Schule besser dastehen, wenn wir dort keine digitalen Medien verwenden würden. Denn die ersparen uns Denkarbeit, und diese Denkarbeit brauchen wir, damit im Gehirn Lernprozesse stattfinden. Computer sind in Schulen Lernverhinderungsmaschinen“, zumindest in dem Maße, wie sie in Zukunft Verwendung finden sollen. „Wir wissen, dass Medienkonsum in Kindergärten die Bildungsbiografie maßgeblich negativ beeinflusst, dass er zu Aufmerksamkeitsstörungen in der Schule führt. Wir wissen, dass eine Playstation in der Grundschule zu Schulproblemen und massivem Einbruch im Lesen und Schreiben führt.“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da müssen Sie ja früher viel gespielt haben, Herr Köster.)

„Wir wissen, dass ein Computer im Jugendzimmer – das zeigen unter anderem die Pisa-Daten – die Schulleistungen verschlechtert. Das alles ist durch gute wissenschaftliche Untersuchungen belegt“, Herr Ritter, und diese Daten eines Hirnforschers sollten doch zumindest auch bei Ihnen mal ein Nachdenken anrühren.

Meine Damen und Herren, abschließend bleibt zu erwähnen, dass die Politiker der Bundesrepublik Deutschland bereitwillig das bürokratische Monster in Brüssel fütterten, um nationale Rechte abzugeben. Nun soll ausgerechnet dort angestrebt werden, Regelungen zum Schutz von Jugendlichen zu erarbeiten? Das ist doch Irrsinn. Wir von der NPD-Fraktion lehnen es nicht nur ab, als Bittsteller nach Brüssel zu ziehen, sondern auch Ihren Antrag lehnen wir ab.

Und zum Schluss noch einige Worte an Herrn Dahlemann: Ihren Worten kann man entnehmen, dass Sie noch nie außerhalb des politischen Betriebes gearbeitet haben.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sie sollen ja auch keinen Berufsabschluss haben. Bei einem Alter von 26 Jahren lässt dieses aber tief blicken. 7-Jährige mit Smartphones, so Ihre Vorstellung, Kinder, die nur überall Konsum im Kopf haben. Ihre Konsumausrichtung, Herr Dahlemann, ist kinderfeindlich. Wir lehnen den Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, Herr Dahlemann, Sie haben das Wort. Und Herr Dahlemann kommt von der SPD-Fraktion. Bitte.

Patrick Dahlemann, SPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ein Rechtsextremer in diesem Haus von Hirnforschern redet, dann passt das wohl nicht so ganz zusammen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Stefan Köster, NPD: Sie Lebenskünstler sind doch primitiv.)

Lassen Sie mich zu Beginn auf die Reden meiner Kollegen eingehen.

Herr Dr. Brie, herzlichen Dank, Sie loben unseren sozialdemokratischen Verbraucherschutzminister – ein guter Ausgang einer Landtagssitzung in dieser Woche. Ich freue mich aber, dass wir auch inhaltlich so nah beieinander sind und uns alle einig sind, dass wir am Anfang dieser Thematik stehen.

(Michael Andrejewski, NPD: Weltmeister im Herumschleimen!)

Lieber Herr Kokert, solange Ihre Kinder nur stöbern und nicht kaufen, ist die Welt noch in Ordnung.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Selbst Stöbern kann schon gefährlich sein.)

Dennoch, glaube ich, sollten wir die Chancen der digitalen Medien betrachten und auch Dinge wie Warenangebot, Schulbus, Unterrichtsausfall, Kontaktaufnahme oder andere Dinge, die vor allem für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum eine große Chance darstellen, in dieser Sache mit betrachten.

Herr Saalfeld, ein Satz zu der oft zitierten Frau an der Spitze dieser Bundesrepublik – vielleicht hat es auch etwas damit zu tun, dass der gesamte Bereich Neuland ist.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gut, das müssen wir mit der Kanzlerin innerhalb der CDU-Fraktion klären, das kann Herr Kokert dann für den nächsten Parteitag mitnehmen.

(Heiterkeit bei Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Egbert Liskow, CDU: Ihr seid ja bloß
neidisch, weil ihr keinen Kanzler mehr stellt.)

Ich will nicht verschweigen, dass die Medien ...

Ja, Herr Liskow, Sie können das bei Ihren vielen Greifswald-Terminen mit Frau Merkel besprechen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich will nicht verschweigen, dass die Medienkompetenz generell ein Thema ist, was auch weiterhin uns alle beschäftigt. So hat vielleicht gestern der eine oder andere von Ihnen in der „Ostsee-Zeitung“ den Artikel „Risiken im Netz: Jugendliche werden fit gemacht für digitalen Alltag“ gelesen. Hier wurde geschildert, wie 23 Schülerinnen und Schüler aus unserem ganzen Bundesland zu Medienscouts ausgebildet werden – wirklich eine tolle Initiative und eine Aktion des Landesjugendrings, des Datenschutzbefragten, der hier heute angesprochen wurde, und des Bildungsministers, der da auch dahintersteht. Unser Verbraucherschutzminister hat angesprochen, erstmals tagten Verbraucherschutz- und Bildungsminister gemeinsam. Das ist die richtige Initiative, denn Medienkompetenz ist etwas, was alle Ressorts in diesem Land angeht.

Dass wir in unserem Bundesland beim Thema Medienkompetenz auf einem guten Weg sind, verdeutlichen auch Projekte, wie zum Beispiel die Computerspielschule Greifswald oder der Medienkompass.

Herr Köster, Sie wissen nicht mal, wie man „Playstation“ ausspricht.

(Stefan Köster, NPD: Mein Gott,
sind Sie ein primitives kleines Licht!)

Vielleicht sollten Sie sich da mal sehen lassen. Aber ich glaube nicht, dass Sie da willkommen sind.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Eltern sollen Kindern etwas beibringen, was sie selber oft kaum können: die Nutzung von Smartphones und sozialen Netzwerken im Internet. Dieser Bereich kann durchaus auch herausfordernd sein. Doch Medienerziehung ist nicht allein Aufgabe der Eltern. Wir sagen ganz klar, das Projekt „Medienscouts“ ist ein wertvoller Beitrag, doch diese Frage wird uns garantiert auch noch weiter beschäftigen.

(Stefan Köster, NPD: Lernen Sie
erst mal arbeiten, Herr Dahlemann!)

In Verbindung mit Datenschutz für unsere Kinder ist dies die beste Medizin gegen Missbrauch im Bereich der digitalen Dienste.

Und, Herr Saalfeld, da will ich Ihnen recht geben, da bedarf es garantiert noch mehr Initiativen auf europäischer Ebene. Umso mehr freue ich mich, dass wir diesen Vorstoß hier in diesem Hause machen.

Abschließend möchte ich Ihnen den Film „Jugend 3.0 – mit Sicherheit im Netz“ empfehlen, passend zu dem Thema, ganz einfach bei YouTube zu finden. Herr Köster, da kennen Sie sich ja aus.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Mit Spannung können wir auch die JIM-Studie, die der Minister angesprochen hat, in den nächsten Tagen erwarten,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

die am 28. November erscheint, und uns dann neue Kenntnisse bringen wird.

Mit dem heutigen Antrag stehen wir nicht am Ende dieser Thematik, sondern garantiert erst am Anfang, und es ist unsere gemeinsame Aufgabe. Ich freue mich, dass LINKE und GRÜNE bei uns sind in dieser Sache. Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken!

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Wir bitten um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/3419. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/3419 mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19:** Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Schutz von Schweinswalen und anderen Meerestieren durch ein Schallschutz-Konzept für die Ostsee, Drucksache 6/3434.

**Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schutz von Schweinswalen und
anderen Meerestieren durch ein
Schallschutz-Konzept für die Ostsee
– Drucksache 6/3434 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! „Kleiner Wal in großer Not“ – dieser Filmtitel trifft auf den Ostseeschweinswal leider weiterhin zu.

(Stefan Köster, NPD:
Vielleicht auf DIE GRÜNEN auch.)

Während der Schweinswal in der Nordsee eine Verbesserung bei den Populationszahlen aufweist, gelten die

Ostseeschweinswale immer noch als Sorgenkinder. Nur 960 Schweinswale wurden ganz aktuell vor Kurzem für die Ostsee ermittelt. Sobald wir aber von West nach Ost kommend Rostock passieren, stoßen wir auf die Ostseepopulation der Schweinswale und haben nur noch 200 bis 600 Tiere. Diese Ostseepopulation des Schweinswals ist genetisch verschieden von den anderen Schweinswalen.

(Marc Reinhardt, CDU: Da hätte ich gern genauere Zahlen.)

Diese kleine Population der zentralen Ostsee, wie sie genau genannt wird, ist vom Aussterben bedroht. Hier ist schon jedes Individuum relevant für das Überleben der Gesamtpopulation.

Schweinswale haben ein besonderes Ortungs- und Orientierungsverhalten. Wir haben im Ausschuss vor Kurzem darüber diskutiert. Mittels ihres Biosonars orientieren sie sich über Ultraschall. Vielleicht kennen Sie das von den Fledermäusen. Sie senden bei der Orientierung, für die Kommunikation und bei der Futtersuche typische Klicklaute im Ultraschallbereich aus. Das ist nicht nur von den Fledermäusen bekannt, auch das Schiffssonar, mit dem heute die Schiffe ausgerüstet sind, arbeitet nach diesem Prinzip. Ein Ultraschallsignal wird ausgesendet und das zurückkommende Echo gibt ein Bild von der Umgebung. Genauso funktioniert die Orientierung für den Schweinswal. Nicht nur die Orientierung, auch ihre Beute – das sind verschiedene Fischarten – finden die Schweinswale in der oftmals ganz schön trüben Ostsee auf diese Weise.

Warum ist das jetzt für diesen Antrag wichtig, dass ich Ihnen das hier erzähle? Weil es um die Verlärmung der Meere geht, weil es um die Verringerung der Lärmbelastung unter Wasser geht und weil diese bei uns heimische Kleinwalart auf Lärm empfindlich reagiert.

Was ist das für ein Lärm? Unterwasserlärm entsteht zum Beispiel beim Sprengen von Altmunition unter Wasser. Lärm entsteht beim Rammen der Gründungspfähle für Offshorewindkraftanlagen. Unterwasserlärm entsteht auch durch seismische Untersuchungen bei der Lagerstättenuche.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Unter Wasser hat Schall eine weitaus höhere Ausbreitungskraft als in der Luft und kann mit der Schallenergie Meeresorganismen vertreiben, verletzen und sogar zu tödlichen Verletzungen führen. Diese Vertreibung ist nicht nur im Nahbereich der Schallquelle, sondern reicht – das ist nachgewiesen – bei Schweinswalen bis in 21 Kilometer Entfernung. Das ist eine ziemlich große Distanz.

(Egbert Liskow, CDU: Aha! Aha!)

Vielleicht kennen Sie selbst alle oder Ihre Kinder den sogenannten Discoeffekt in den Ohren. Das ist die vorübergehende Taubheit nach lauter Musik oder anderem Lärm. Das geht relativ bald wieder weg und das Innenohr erholt sich wieder. Genau dieser Effekt ist auch für den Schweinswal bekannt und nennt sich temporäre Hörschwellenverschiebung, das heißt, das Tier ist vorübergehend schwerhörig.

(Jochen Schulte, SPD: Gehen die auch in Diskotheken?)

Und auch nachdem der Krach wieder vorbei ist, findet man für viele Stunden oder sogar Tage immer noch Effekte beim Hörverhalten der Schweinswale. Dabei kann man ganz einfach die Faustformel nehmen: Je länger der Schall angedauert hat – es gibt Summationseffekte – und je lauter er war, desto länger dauert auch der Effekt beim Tier. Es gibt aber eben auch noch stärkere Schalleffekte.

Die temporäre Hörschwellenverschiebung führt nicht nur zu einer vorübergehenden Taubheit, sie führt, wie ich gerade erläutert habe, auch zum Verlust der Orientierung in dieser Phase. Verheerender als die vorübergehende Hörschwellenverschiebung ist die dauerhafte Hörschwellenverschiebung, das heißt, das Tier wird taub. Das ist eine dauerhafte Schwerhörigkeit, die Folgen können Sie sich ausmalen: Das Tier orientiert sich akustisch und baut sich sein Bild der Umgebung über das Gehör.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Es wird dann quasi blind, akustisch blind, und die Folge ist, es wird verhungern. Die Steigerung davon ist dann bei noch höheren Schalldrücken möglich. Da können innere luftgefüllte Organe zerplatzen

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

und das Tier stirbt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und weil all dies seit vielen Jahren bekannt ist, wird in der Regel beim Bau von Offshorewindkraftanlagen auf die Schweinswale Rücksicht genommen und mithilfe von Blasenschleiern die negative Wirkung des Rammens gemildert. Selbst beim Sprengen von Minen im Meer findet dieser Blasenschleier seine Anwendung. In letzter Zeit zum Beispiel bei der Sprengung der Mine vor Rosenort in der Nähe von Rostock in Mecklenburg-Vorpommern fand dieser Blasenschleier seine Anwendung. Dafür bin ich dem Munitionsbergungsdienst von Mecklenburg-Vorpommern aufrichtig dankbar. Da hat sich wirklich viel bewegt in den letzten Jahren.

Doch was war beim Bau von Baltic 1 – das ist der Offshorewindpark vor Fischland-Darß – los? Dieser Windpark mit seinen 21 Windrädern wurde ohne effektive Schallschutzmaßnahmen errichtet. Schon damals forderten die Umweltverbände NABU, Gesellschaft zur Rettung der Delfine und die Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger, keine Rammung ohne Blasenschleier durchzuführen. Auch im April 2012 wurden bei der Sprengung einer Seemine, die beim Bau des Baltic-2-Windparks beseitigt werden musste, ebenfalls keinerlei Schutzvorkehrungen getroffen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Inzwischen ist, ich habe es erwähnt, das Problem besser bekannt, vor allem durch die Arbeit der Umweltverbände. Das BMUB hat vor einem Jahr ein Konzept für den Schutz der Schweinswale vor Schallbelastungen bei der Errichtung von Offshorewindparks in der deutschen Nordsee, das Schallschutzkonzept, veröffentlicht.

Was fällt Ihnen beim Lesen des Titels sicherlich sofort auf? Hier ist von der Nordsee die Rede,

(Egbert Liskow, CDU: Aaah!)

obwohl diese kleine Walart in der Ostsee ebenfalls lebt, sich hier vermehrt und wir verpflichtet sind, für ihren Schutz zu sorgen. Dieses Konzept des BMUB wurde nur für die Nordsee geschrieben und die dort dargelegten Grenzwerte für den Unterwasserschall gelten aus fachlicher Sicht auch nur für die Nordsee. Natürlich könnte man sagen, ist doch eigentlich egal, wir nehmen das vorliegende Konzept, schreiben eine neue Überschrift „Konzept für die Nord- und Ostsee“ und alles wäre gut.

(Bernd Schubert, CDU: So einfach ist das nicht.)

Doch so leicht geht das nicht, Sie sagen es, denn die Ostsee ist ein ganz besonderes Meer

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und weist einige wesentliche Unterschiede zur Nordsee auf. Deshalb sind sich die Experten einig, für die Ostsee müssen andere Grenzwerte und noch andere Zwangspunkte Berücksichtigung finden.

Da ist zum einen die im Antrag auch erwähnte Schichtung des Wassers der Ostsee, die durch den Salzgehalt und die Temperatur bedingt ist. Diese Schichtung führt dazu, dass es immer wieder zu sogenannten schallleitenden Kanälen kommt. In diesen schallleitenden Kanälen kann sich der Schall noch viel rasanter ausbreiten als in der Nordsee, wo wir eine ständige Durchmischung des Wasserkörpers haben. Außerdem kommt es zu einer Beugung des Schalls. Es ist also ein völlig anderes Schallverhalten in der Ostsee im Vergleich zur Nordsee. Das ist schon ein Argument, warum wir dieses Konzept mit den dort dargelegten Grenzwerten nicht einfach hierher übertragen können.

Ein anderer Aspekt leitet sich aus der Kleinheit der Ostsee ab, denn die Ostsee hat echte Engstellen. Durch diese Engstellen ergibt sich die Gefahr von Barrierewirkungen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

An den Engstellen führt ein Schallereignis nicht nur zu einer Vermeidung für den Schweinswal in dieser Region, sondern es können sich regelrechte Barrieren auf tun und das alljährliche Wanderverhalten – der Schweinswal wandert im Frühjahr von West nach Ost und im Herbst wieder zurück – kann durch diese Barrieren nicht mehr stattfinden. Ein Beispiel für eine solche Barrieregefahr ist die sogenannte „Darßer Schwelle“, die von der Kadetrinne durchzogen wird. Hier würden sich die Effekte des Schiffsverkehrs, der sich durch die Kadetrinne zwingt, und die bauphasenbedingten Lärmefekte von Offshorewindparks dann insgesamt so aufsummieren – und die Summationseffekte sind für das Gehör des Schweinswals sehr relevant –, dass das traditionelle Durchqueren dieses Meeresbereichs nicht mehr stattfinden kann. In der Konsequenz würde der hochgradig gefährdete Ostseeschweinswal weite Teile seines Lebensraumes verlieren.

Wie gesagt, er hat vielleicht 200 bis 600 Individuen. Die Individuenzahl ist so gering, dass er kaum richtig quantifiziert werden kann. Die Wissenschaftler werden Ende dieses Jahres noch exaktere Zahlen vorlegen. Anhand von Unterwassermikrofonen, den Porpoise Detectors, werden sie noch genauere Zahlen vorlegen können, die werden gerade ausgewertet. Das Überleben dieser klei-

nen Population wäre durch diese Effekte insgesamt infrage gestellt.

Ich habe hier zwei zentrale Aspekte erläutert, warum ein spezielles Ostseeschallschutzkonzept dringend notwendig ist: Der erste ist das Auftreten der geschilderten schallleitenden Kanäle und der zweite ist die Barrierewirkung aufgrund der Topografie der Ostsee.

(allgemeine Unruhe)

Wenn wir jetzt Schweinswal- und Meeresexperten hier hätten, die würden Ihnen sicherlich noch etliche weitere Aspekte aufzählen können. Doch diese zwei zentralen Punkte sind für uns Bündnisgrüne stichhaltig genug, um zu sagen, ja, wir brauchen ein spezifisches Schallschutzkonzept für die Ostsee, für den Schweinswal und für die anderen Tiere, die bei starken Schallimpulsen leiden.

Wir stehen natürlich für eine naturverträgliche Energiegewinnung. Wahrscheinlich müsste man sich auch damit genauer befassen. Offshorewindkraftanlagen können auch mithilfe von anderen Techniken errichtet werden, es muss nicht gerammt werden. Es kann gebohrt werden, man kann mit Kofferdamm arbeiten,

(Egbert Liskow, CDU:
Es muss geschleiert werden.)

man kann auch mit schwimmenden Fundamenten arbeiten. All dieses wird für die Ostsee relevant werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus. Bitte schön.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hier ist ja schon sehr viel zu den Schweinswalen gesagt worden. Ich werde mich da ein bisschen kürzer halten.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das ist ja eine Drohung. –
Peter Ritter, DIE LINKE: He! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Fakt ist eines: Ich glaube, das Pilotprojekt, Frau Karłowski, das ist jetzt ziemlich wichtig, das Projekt, das wir im Übrigen auch im Agrarausschuss und im Umweltausschuss schon beredet haben. Ich habe Ihnen dargestellt, dass wir in der Nordsee dank der Initiative der Bundesregierung ein solches Schutzkonzept bei der Entwicklung von Offshorewindparks haben. Und es ist richtig, wie Sie andeuteten, dass die Verhältnisse in der Ostsee andere sind. Im Übrigen gehe ich davon aus, dass diese Dinge auch berücksichtigt werden.

Wenn man sich die Population anschaut, dann bin ich wirklich dem Meereskundemuseum und dem Ozeaneum,

Herrn Dr. Benke, sehr, sehr dankbar, der als ausgemachter Walexperte auf der Welt in unserem Lande aktiv ist und den ich auch sehr, sehr schätze.

Wir wissen alle, es ist die kleinste Zahnwalart Europas. Wenn man sich das anschaut, die Tiere sind zwischen 25 und 90 Kilo schwer. Was mich besonders beeindruckt bei diesen Tieren, mit denen ich mich auch selber schon mehrfach auseinandergesetzt habe, ist, sie produzieren Ultraschalllaute und Klicklaute, die sie sowohl zur Kommunikation als auch, wenn man es so will, als Biosonar anwenden.

(Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Haben
Sie meinen Redebeitrag nicht gehört?)

Wenn das hier niemanden interessiert, dann möchte ich das noch mal ausdrücklich unterstreichen. Ich weiß nicht, ob Sie schon mal in Ihrem Leben ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, Herr Ritter, Sie hören wahrscheinlich zu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

Das finde ich auch gut. Aber ich weiß nicht, ob Sie in der Lage sind ...

(Vincent Kokert, CDU:
Ich möchte auch genannt werden.)

Na, Herr Kokert, Sie haben eben auch geschwätzt.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe aus dem Plenum: Oooh! –
Helmut Holter, DIE LINKE: Die
Schallwelle drang vor bis zum Minister.)

Auf jeden Fall finde ich es genial, ich finde es schon genial, wenn man sich überlegt,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

dass sich so ein Schweinswal mit zwischen 7 Kilometern pro Stunde in der normalen Geschwindigkeit und, wenn er sich dann in Richtung seiner Höchstgeschwindigkeit orientiert – das finde ich schon bemerkenswert –, mit bis zu 20 Kilometern in der Stunde in den Habitaten unserer Ostsee bewegt.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU:
Das muss ja auch mal klargestellt werden in
der Debatte, dass das so ist, Herr Minister. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Das ist, denke ich, auch wichtig. Und deswegen sind Abschirmungen und Warnhinweise auch mit neuen technischen Möglichkeiten, die wir entwickelt haben und im Übrigen in Zusammenarbeit mit unserem Haus vorangebracht haben, richtig.

Wenn man sich dann noch überlegt, wie lange so ein Tauchgang geht, dass pro Tauchgang ein Tier zwischen drei und vier Minuten unter Wasser bleibt, vielleicht könnten wir mal die Übung hier jetzt anstellen. Dann halten

Sie jetzt doch einfach mal für fünf Minuten die Luft an, dann kann ich nämlich in Ruhe meine Rede zu Ende bringen.

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Nee, das geht nicht. Das können wir hier alle nicht, Herr Backhaus. – Vincent Kokert, CDU:
Aber nur, wenn Sie mitmachen! Nur, wenn Sie mitmachen, Herr Backhaus! – Helmut Holter, DIE LINKE: Guter Vorschlag. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE)

Ja, ich mache da nicht mit.

Aber was mir auch wichtig ist: Ich will Ihnen noch mal allgemeine populäre Informationen an die Hand geben, warum es so wichtig ist, dass wir dieses Habitat in Mecklenburg-Vorpommern haben. Es gehört aus meiner Sicht zu einem Schatz der Natur und Umwelt, dass wir die Schweinswale in Mecklenburg-Vorpommern haben. Ja, in der zentralen Ostsee gehen wir davon aus, dass wir um die 600 Individuen beheimaten. Es ist eben schon darauf hingewiesen worden, dass wir neue Zahlen erwarten und diese dann auch auswerten werden. Wir gehen davon aus, dass 260.000 Individuen, davon etwa 50.000 in der deutschen Nordsee, im Skagerrak, sich aufhalten.

Es ist schon von der Darßer Schwelle gesprochen worden, von der Kadettrinne gesprochen worden. Das sind die Schwellen im Übrigen, die uns hoffentlich immer wieder Nordseewasser in die Ostsee hineinbringen an der Darßer Schwelle. Wenn man sich überlegt, dass ein Tropfen Wasser in der Ostsee zehn Jahre braucht, um ausgetauscht zu werden, da sind die Verhältnisse im kleinsten Binnenmeer der Welt natürlich andere als die, die wir in der Nordsee haben. Deswegen ist es so wichtig, dass die Mecklenburger Bucht bis zur Darßer Schwelle als Kernaufenthaltsgebiet identifiziert worden ist, und damit ist tatsächlich auch die Population in der zentralen Ostsee östlich von Rügen zu erwarten. Die räumliche Abgrenzung zwischen den beiden Populationen ist jedoch noch nicht endgültig geklärt. Das heißt, wir haben genetisch, wenn man es so will, drei verschiedene Populationen, die sich in der Ostsee aufhalten. Aber es gibt eine starke Verwandtschaft mit der Nordsee.

Ja, die Bestände der Schweinswale haben in den letzten Jahren in der Ostsee stark abgenommen, wobei dieser Trend in der zentralen Ostsee besonders signifikant ist. Das ist mir schon wichtig, das auch noch mal herauszustellen. Diese Population gilt als akut vom Aussterben bedroht. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass diese Population erhalten bleibt, zumal sie im Anhang 2 wie auch im Anhang 4 der FFH-Richtlinie geführt wird.

Ich will auch unterstreichen, dass der Erhaltungszustand für die Schweinswale im FFH-Bericht der Bundesregierung 2013 mit einem ungenügenden und unzureichenden Zustand eingeschätzt wird. Nach der Berner Konvention ist im Übrigen der Schweinswal streng geschützt. Ich will hier keine Parallele ziehen, aber er hat den höchsten Schutzstatus, den wir auf dieser Welt haben. Deutschland hat diese Konvention unterzeichnet. Auch unter dem Dach der Bonner Konvention – es gibt sowohl die Berner, als auch die Bonner Konvention – ist festgestellt worden, dass dazu die Schweinswale gehören, und zum Erhalt dieser Kleinstwale in der Nord- und Ostsee, des Nordostatlantiks und in der Irischen See ist ein Abkommen

abgestimmt worden, das uns verpflichtet zur Hege und zur Pflege.

Insofern will ich ausdrücklich darauf hinweisen – Frau Karlowski hat es angedeutet –, ja, diese Tiere sind hochgradig schallempfindlich. Das kann man sich sicherlich auch vorstellen, nach dem, was ich gesagt habe. Auf diesen zum Teil hohen Schallpegel, der beim Rammen von Fundamenten für Wind- und Energieanlagen, aber auch im Zuge von Sprengungen von Altmunition auftritt, das haben wir zur Kenntnis genommen, reagieren Schweinswale besonders, bei Schallpegeln zum Teil bis zu 164. Bei 80/85 kriegen wir es schon mit den Ohren zu tun. Aber wir haben dort Schallpegel gehabt in der Vergangenheit von bis zu 164 Dezibel. Damit erleiden tatsächlich diese Tiere Schaden und werden orientierungslos, weil, wenn man es so will, ihr Navigationssystem, ihr Sonar, dann nicht mehr funktioniert.

Deswegen braucht es dringend Lösungen, um die Formen der Vergrämung, wenn man es so will, voranzutreiben, um damit tatsächlich auch weg von der Schallwelle zu kommen, um diesen Tieren Ruhephasen zu ermöglichen beziehungsweise nicht die interne Kommunikation zu behindern. Bei den Schweinswalen sind in der Nordsee ohne Einsatz von Schallminderungstechniken Fluchtaktionen und Meideverhalten bis zu 20 Kilometer Entfernung nachgewiesen worden und in ähnlicher Weise ist das sicher auch für uns zu sehen.

Ja, die Vergrämung im Gefahrengbiet wird mit Pingern heute vorgenommen – das haben wir ausprobiert mit den Fischern, ich glaube, dass das eine gute Perspektive ist –, oder es erfolgt der Einsatz von Blasenschleimern bei der Vernichtung von ehemaligen Munitionsfunden. Insofern ist klar, dass das Schallschutzkonzept des Bundes – ich betone das, des Bundes – in der Nordsee zu dieser Thematik gegenwärtig den Wissensstand zusammenfasst und auch die Erfordernisse und Möglichkeiten einer Konfliktlösung aufzeigt. Ich bin Barbara Hendricks wirklich dankbar, dass sie das auf den Weg gebracht hat.

Wir gehen im Übrigen ausdrücklich davon aus, dass die Planer von Offshorewindparks somit ausdrücklich frühzeitig Planungssicherheit in der Frage der naturschutzfachlichen und der rechtlichen Anwendung in weiterer Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen und den einschlägigen Naturschutznormen bekommen. Ich gehe davon aus, dass für den Bereich der Ostsee der Bund in den, wenn man es so will, Außengewässern die volle Zuständigkeit hat. Ich bin auch im Gespräch mit dem BMUB, sich dieses Themas anzunehmen.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Ich gehe davon aus, dass die Datenlage für die Ostsee noch nicht vollständig gegeben ist. Sie haben eben angedeutet, dass es neue Daten geben wird, dass auch die Vorkommen sowie Raum- und Zeitverhalten der Schweinswale in der Ostsee zurzeit untersucht werden. Deswegen glaube ich, dass, wenn diese Wissenslücken, die wir heute haben, entscheidend durch Grundlagenforschung geschlossen werden, dann auch für die Ostsee gleiche Maßstäbe, die auf die Ostsee angepasst werden müssen, wie in der Nordsee zu gelten haben. Unser Haus ist dabei, ich habe das angedeutet, die Kontakte mit dem BMUB und den dortigen Zielvorstellungen miteinander in Einklang zu bringen, um somit

auch für die Ostsee ein solches Verfahren auf den Weg zu bringen.

Lassen Sie mich noch mal abschließend darauf hinweisen, dass unabhängig von dem Vorliegen eines solchen Konzeptes innerhalb des Vollzuges der naturschutzrechtlichen Vorschriften seitens der zuständigen Naturschutz- und Genehmigungsbehörden jeweils einzelfallbezogen innerhalb der Genehmigungsverfahren diese Dinge zu prüfen und dann auch umzusetzen sind. Dies gilt nicht nur für die Ebene der Genehmigungsverfahren von Offshorewindenergieanlagen, sondern auch für die Abstimmung im Zusammenhang mit den Munitionsbergungsarbeiten, die im Lande stattgefunden haben. Damit sind auch Lösungen in Sicht.

Ich glaube und hoffe, dass sich die Schweinswalpopulation tatsächlich stabilisiert und wir alles tun werden, um dieses wichtige Habitat für die Zukunft zu sichern. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Backhaus.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

Beate Schlupp, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, es wird nicht auf allzu viele Schwierigkeiten bei Ihnen stoßen, wenn ich darauf verzichte, jetzt noch mal die wissenschaftliche Unterersetzung der Bedeutung der Schweinswalpopulation für Mecklenburg-Vorpommern und die Probleme mit Lärmemissionen in der Ostsee erneut aufzurufen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schade eigentlich!)

Ich will mich deshalb ...

Na, wenn Wolf-Dieter Ringguth das will, kann ich ja noch mal ansetzen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, nicht nur Wolf-Dieter Ringguth. –
Heiterkeit und Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Also ich denke, Frau Dr. Karlowski ist hier hervorragend eingestellt. Der Wunsch besteht. Ich denke, Sie werden das machen. Ich werde mich jetzt darauf konzentrieren, mich zu Ihrem Antrag zu verhalten.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja nur ein Satz. Das dauert nicht lange.)

Ich muss ganz ehrlich sagen, so wichtig das Thema ist, nachdem ich mir für vielleicht fünf Minuten das auch von Ihnen erwähnte Schallschutzkonzept des BMUB angeguckt habe, kann ich im Sinne von Herbert Grönemeyer nur fragen: Was soll das?

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das frage ich mich schon die ganze Zeit, was das soll.)

Denn ich bin schon auf Seite 3 auf Sätze gestoßen, die eigentlich Ihre Forderung ad absurdum führen.

(Vincent Kokert, CDU: Ein Satz! Ein Satz!
Und da reden die eine Dreiviertelstunde.)

Und ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin folgenden Abschnitt 2 Punkt 2 des Schallschutzkonzeptes, in dem zu lesen ist: „Die geographische Beschränkung auf die Nordsee ist erforderlich, da derzeit für die deutsche Ostsee keine vergleichbare Datenlage zu Vorkommen und Verbreitung von Schweinswalen verfügbar ist. Ohne diese Erkenntnisse fehlt jedoch die nötige fachliche Basis für eine entsprechende konzeptionelle Einordnung in ein Schallschutzkonzept, welches Gültigkeit für die Ostsee beanspruchen soll und kann. Eine Übertragung auf die Ostsee ist daher nicht möglich“, zumal sich das Schallschutzkonzept ja nur – wir haben es schon gehört – auf die Errichtung von Offshoreanlagen beschränkt. Es steht zwar nicht im Antrag, aber in der Begründung, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dieses Schallschutzkonzept ja erweitert haben will auf alle Aktivitäten in der Ostsee, einschließlich Munition, Sprengung und andere Aktivitäten, die einen hohen Schalldruck beziehungsweise -pegel erzeugen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von daher erscheint mir natürlich die Vorlage eines entsprechenden Berichtes, wie im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert, bis Mai 2015 relativ unrealistisch.

Nun habe ich ja nicht nur die Seite 3 gelesen, sondern bin auch auf Seite 17 gestoßen, wo noch mal nachzulesen ist, welche Problemlage darin besteht, dass Daten nicht in entsprechender Güte zur Verfügung stehen. Und ich erlaube mir, auch von Seite 17 noch mal zu zitieren: „Nicht nur aufgrund der Unzugänglichkeit von freilebenden Schweinswalen für Untersuchungen im realen Umfeld, sondern vor allem angesichts der Komplexität und Vielzahl der zu betrachtenden Faktoren sind die Konsequenzen schallbedingter Störungen, sowohl für das Einzeltier als auch auf Populationsebene, bei Schweinswalen nur schwer erfassbar.“

Und jetzt sage ich wieder: Schallschutzkonzept bis Mai 2015 – für mich passt das nicht zusammen. Ich habe immer gedacht, die GRÜNEN legen auch Wert auf Gründlichkeit, auf Zuverlässigkeit der Datenbasis, auf wissenschaftliche Grundlage.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auf Qualität! –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Wie kommst du darauf?)

Von daher kann ich mir nicht vorstellen, wie das in der geforderten Güte bis Mai 2015 vonstattengehen soll. Aber,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die haben
gar nicht recherchiert, die haben aus
Nordrhein-Westfalen den Antrag geholt. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

aber es geht ja auch noch weiter. Ich zitiere jetzt noch mal die Seite 4 dieses Schallschutzgutachtens, denn daraus wird deutlich, welche Richtung die Überlegungen der Bundesregierung zu diesem Thema haben, die da lauten: „Die vollständige Berücksichtigung der marinen Gewässer in Deutschland mit ihrem gesamten Artenspektrum und die Berücksichtigung der Gesamtheit der Schallquellen und möglicher Lärmbelastungen wird im europäischen Kontext (Meeresstrategie-Rahmen-Richtlinie) adressiert.“

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und spätestens mit diesem Zitat, muss ich ganz ehrlich sagen – und Wiederholungen scheinen ja hier sehr üblich zu sein –, frage ich mit Herbert Grönemeyer: Was soll das mit Ihrem Antrag?

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Haben Sie bitte keine Befürchtungen, ich werde heute, nachdem ich am Mittwoch schon zum Umweltinformationsgesetz gesprochen habe, zum umweltpolitischen Sprecher meiner Fraktion mutieren. Das wird nicht der Fall sein. Meine geschätzte Kollegin Frau Dr. Schwenke ist leider verhindert, sodass ich heute das Vergnügen habe, den Standpunkt meiner Fraktion zum vorliegenden Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Schutz der Schweinswale zu vertreten. Und im Übrigen ist es meine Auffassung, Landwirtschaft und Umwelt gehören auch zusammen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Wir sind alle für eine umweltgerechte Landwirtschaft.

In der Ostsee, meine Damen und Herren, vor der deutschen Küste schwimmen eben nicht nur Hering, Dorsch und Co, nein, die Ostsee ist auch ein wichtiger Lebensraum für weitaus größere Tiere, zum Beispiel die Schweinswale. Es wird geschätzt, dass 960 dieser Tiere in der gesamten Ostsee leben. Für den Bereich östlich Rostocks seien bislang keine genauen Bestandsschätzungen möglich. So der gegenwärtige Sachstand. In diesem Gebiet – und so gehen die Schätzungen sehr weit auseinander – sollen 200 bis 600 Schweinswale leben, die sich geringfügig genetisch von den anderen Populationen in der Ost- und Nordsee unterscheiden. So lauten aktuelle Aussagen des Bundesamtes für Naturschutz, des BfN.

Der Schutz der wenigen Schweinswale in der Ostsee, die auf der Roten Liste der stark gefährdeten Tiere stehen, liegt wohl allen hier im Hause am Herzen. Die Ostseeschweinswale sind die einzige Residenzart der Wale vor den heimischen Küsten, das heißt, nur Schweinswale leben ständig in deutschen Gewässern und bringen hier ihre Jungen zur Welt. Die kleinen Meeressäuger sind sehr gut an das Leben im kühlen Meer angepasst. Ihre Speckschicht schützt sie vor der Auskühlung. Sie können bis zu 220 Meter tief tauchen – das war, glaube ich, noch nicht gesagt worden – und über sechs Minuten die Luft anhalten. Die schnellen Schwimmer können Geschwindigkeiten bis zu 20 Kilometer pro Stunde erreichen. Sie sind sehr wendig und kommen durch ihre Sonarortung auch im flachen und trüben Wasser der Ostsee zurecht. Schweinswale sind sehr scheue Tiere, die zum Atmen nur kurz an die Wasseroberfläche kommen. Aber alles das haben wir ja mehr oder weniger schon in den vorangehenden Beiträgen gehört.

Der vorliegende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert nun die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass für die deutsche Ostsee, analog zur deutschen Nordsee, ein Schallschutzkonzept erarbeitet wird, das der Spezifik der Ostsee entspricht. Dieses Konzept soll bis Mai 2015 vorgelegt werden.

Ich hoffe, dass auch die Koalitionsfraktionen diesem Antrag zustimmen können. Wir werden jedenfalls unsere Zustimmung geben. Trotzdem habe ich einige kritische Anmerkungen zum Antrag:

Für den Schutz der Nordseeschweinswale beim Ausbau der Offshorewindkraft gelten neue Leitlinien. Das Bundesumweltministerium setzte das sogenannte Schallschutzkonzept zum 1. Dezember 2013 in Kraft. Ich darf kurz einen Auszug zitieren: „Das Konzept berücksichtigt nur die deutsche Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) der Nordsee, für die der Bund eine unmittelbare Zuständigkeit besitzt. Die geographische Beschränkung auf die Nordsee ist erforderlich, da derzeit für die deutsche Ostsee keine vergleichbare Datenlage zu Vorkommen und Verbreitung von Schweinswalen verfügbar ist. Ohne diese Erkenntnisse fehlt jedoch die nötige fachliche Basis für eine entsprechende konzeptionelle Einordnung in ein Schallschutzkonzept, welches Gültigkeit für die Ostsee beanspruchen soll und kann. Eine Übertragung auf die Ostsee ist daher nicht möglich.“ Ende des Zitats.

Und wenn es dann so ist, dass die vorhandene Datenbasis nicht ausreicht, um ein gesondertes Schallschutzkonzept für die Ostsee zu entwickeln, dann hätte ich zumindest erwartet, dass Ihr Antrag auch dazu auffordert, so schnell wie möglich die mangelhafte Datenbasis für den Schweinswal in der Ostsee zu beseitigen. Deshalb kann ich auch die ablehnende Haltung von Minister Dr. Backhaus zu Ihrem Antrag nachvollziehen, die er auf der Sitzung des Agrarausschusses am 30.10. äußerte, als es im Rahmen des Europa- und Ostseeberichtes der Landesregierung um den Schutz der Schweinswale ging. Auf der besagten Sitzung haben Sie aber auch, Herr Minister, davon gesprochen, dass Sie davon ausgehen, dass die Bundesregierung selbstverständlich recht zeitnah ein solch gesondertes Schallschutzkonzept zum Schutz der Schweinswale in der Ostsee vorlegen wird. Das haben Sie auch hier noch einmal wiederholt.

Ihre Erwartungshaltung der Bundesregierung gegenüber in allen Ehren, Herr Minister, ich hoffe nur, dass Ihre Erwartungen in dieser Sache nicht enttäuscht werden. Deshalb versteht meine Fraktion den Antrag der GRÜNEN als einen Unterstützungsantrag für Sie,

(Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE,
und Henning Foerster, DIE LINKE)

um mit dem Votum des Landtages im Rücken ein schnelles Handeln im Sinne der bedrohten Tierart zu befördern.

Den im Antrag genannten Zeitraum für die Vorlage des Konzeptes halte ich für durchaus machbar. Die in der Antragsbegründung genannten spezifischen Verhältnisse der Ostsee, wie Salzgehalt, Schichtung und Temperatur, sind bekannt. Mit mehr als 300 Detektoren im Wasser sind Forscher seit 2011 den Meeressäugern in der Ostsee auf der Spur. Mit dem Forschungsprojekt SAMBAH konnten sie belegen, dass der Schweinswal auch in der zentralen Ostsee östlich der Insel Rügen bis hoch nach Finnland und vor den Küsten Lettlands vorkommt.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Anja Gallus, Biologin am Deutschen Meeresmuseum in Stralsund, betonte, dass die Tiere offenbar, entgegen früherer Annahmen, die gesamte zentrale Ostsee östlich des 13,5. Längengrades besiedeln. Ende dieses Jahres wollen sich die Forscher auf einer Tagung in Schweden auf eine Schätzung der Bestandszahl festlegen. Dann werden wir wissen, sind es 200 oder sind es mehr als 600. Dann wären aus unserer Sicht auch die Grundlagen für ein gesondertes Schallschutzkonzept für die Ostsee vorhanden. Deshalb werden wir heute – ich hatte das schon angedeutet – Ihrem Antrag zustimmen, wohl wissend, dass damit nur ein Teil der Bedrohung für diese Tierart gemildert werden kann.

Nach wie vor sind es aus der Sicht von Fachleuten die Verschmutzung der Meere sowie einige Fischereiverfahren, die den Schweinswal auch bedrohen können. Aber das ist ja nicht heute unser Gegenstand und ich denke, wir werden uns dann mit dieser Frage auch weiter im Agrarausschuss zu befassen haben. – Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Tack.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Feike von der SPD-Fraktion.

Katharina Feike, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN titelt „Schutz von Schweinswalen und anderen Meerestieren durch ein Schallschutz-Konzept für die Ostsee“. Als ich mir den Antrag angeguckt habe, habe ich gedacht: ziemlich kurz, ein Satz. Langsam entwickelt sich die GRÜNEN-Fraktion doch zu einer sehr kurzen und prägnanten, inhaltvollen Antragsführung, prima.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Kurz,
prägnant vielleicht, aber inhaltsvoll nicht.
Wie kommen Sie darauf, Frau Feike? –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Ich möchte erst mal weiter zu diesem Antrag reden. Und ich möchte einfach jetzt mal kurz meinen Kollegen Manfred Dachner zitieren, der immer sagt: „In der Kürze liegt die Würze.“

(Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Daher kann ich sagen, dass wir uns den Forderungen nach einem Schallschutzkonzept für Schweinswale in der Ostsee nur anschließen können, weil wir wirklich der Meinung sind, dass dies eine wichtige Forderung ist.

(allgemeine Unruhe –
Glocke der Vizepräsidentin)

Die politische Zielsetzung der GRÜNEN ist hier ganz klar erkennbar: Schutz der Schweinswale vor lebensbedrohlichen Schallereignissen durch die Vorgabe von ostseespezifischen Grenzwerten. Und genauso sehen wir das auch,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Hat euer Minister da noch nichts gemacht, Frau Feike? Kann doch nicht sein!)

denn die Problematik der Schweinswale gilt für die Ostsee, und ein solches Konzept, wie es jetzt auf Bundesebene für die Nordsee gilt, muss auch für die Ostsee gelten.

Nach meinem Kenntnisstand, wie es auch Herr Professor Dr. Tack und der Minister vorgetragen haben, gibt es schon Grundlagenforschungen

(Minister Dr. Till Backhaus: Richtig.)

für ein spezifisches Wissen gerade über die Problematik der Schweinswale im Ostseeraum. Und warum sollten wir uns genau diese Chance entgehen lassen, wenn eine solche Datenlage und Grundlagenforschung in unserem Lande stattfindet? Daher glaube ich, dass es wichtig ist, den Antrag in dieser Form zu stellen.

Das Einzige, was ich gern geändert hätte: Es gab von mir auch ein Änderungsangebot oder einen Änderungsantrag gegenüber der CDU, weil ich es nicht entsprechend sehe, dass bis Mai 2015 eine solche Datenlage grundlegend vorgelegen hätte. Aber leider – Frau Schlupp ist jetzt leider nicht mehr da – wurde ohne weitere Begründung auf diesen Änderungsantrag unsererseits nicht weiter eingegangen. Und wie ich immer wieder sagen muss: Den Koalitionspartner konnten wir leider nicht von unserem Vorhaben überzeugen.

(Torsten Renz, CDU: Diese Argumentation bringt aber nur die SPD. Wir machen so was nicht.)

Genau.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Daher müssen wir in diesem Zusammenhang den Antrag der GRÜNEN ablehnen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Heinz Müller, SPD: Jetzt kommen mir aber die Tränen. – Glocke der Vizepräsidentin)

Aber, wie wir ja gehört haben vom Minister, es gibt Bemühungen seinerseits auf der Bundesebene. Und da werden wir ihn natürlich als SPD-Fraktion nach Kräften entsprechend unterstützen.– Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(allgemeine Unruhe – Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Feike, wir danken. Schönes Wochenende! Ganz schick.)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, jetzt gibt es noch einen Redebeitrag und ich bitte um ein bisschen Ruhe, damit Frau Karlowski jetzt hier vorn sprechen kann.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich fand das schon sehr bemerkenswert.)

Frau Dr. Karlowski von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Das ist jetzt richtig spannend, finde ich.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ja, ist alles spannend.)

Danke, Frau Feike, das freut mich sehr, was ich da gehört habe.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Toll, Frau Feike! Toll, Frau Feike!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Frau Dr. Karlowski, einen Moment bitte!

Also, meine Herren von der CDU, jetzt setzen Sie sich bitte hin! Und ich bitte um die entsprechende Ruhe.

(Minister Dr. Till Backhaus: Die laufen einfach weg.)

Das ist unmöglich!

(allgemeine Unruhe)

Also noch ein Redebeitrag. Ich bitte jetzt wirklich hier um Ruhe im Haus, das ist nicht fair.

Frau Dr. Karlowski, bitte.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin!

(allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Noch mal! Also, meine Herren, bitte! Herr Mucha und auch Herr Ritter, es gibt Plätze zum Sitzen oder man kann draußen in die Lobby gehen. Ich bitte einfach, von diesen störenden Gesprächen Abstand zu nehmen. Hier ist ein ...

(Minister Dr. Till Backhaus: Man kann gar nichts hören.)

Und das gilt für Herrn Backhaus auch.

So, bitte, Frau Dr. Karlowski.

Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin!

Ja, das Thema Schallschutz – man könnte jetzt fast schon eine Transferleistung mal versuchen –, das Thema Schallschutz, manchmal betrifft es uns ja auch selbst im Landtag.

(Heinz Müller, SPD: So wie eben.)

Ich bin schon beinahe versucht, hier mal ein Messgerät hineinzubringen, inwieweit für uns die Arbeitsplatzgrenzwerte eingehalten werden, aber das nur am Rande.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Ich habe gerade angemerkt: Frau Feike, ganz herzlichen Dank für Ihre Worte. Auch das hätte ich nämlich gedacht, dass, wenn dieser Zeitraum zu ambitioniert erscheint, aus Ihren Reihen ein Änderungsantrag kommt, weil das Anliegen ist ja verstanden worden. Beim Anliegen ziehen wir gemeinsam an einem Strang. Das ist sehr schön.

Nun wird der Antrag wahrscheinlich durch die Mehrheit, wie ich das jetzt abschätzen kann, wiederum abgelehnt, ähnlich wie im Agrarausschuss einfach die Bemerkung als Stellungnahme des Agrarausschusses, was wir vorgeschlagen hatten als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, abgelehnt wurde, hineinzuschreiben, dass diese sehr schwammige Formulierung, die dort im Ostsee- und Europabericht vorhanden war, dass man sich um den Schallschutz kümmern müsste. Da hatten wir einen Konkretisierungsvorschlag gemacht, auch der ist abgelehnt worden. Das ist ja eigentlich auch der Anlass, weshalb ich heute hier stehe und noch mal sage: Wir brauchen mehr Ruhe. Wir brauchen wirklich ein Schallschutzkonzept in den Meeren.

Und für die Ostsee ist es eben ganz speziell kompliziert durch diese Schichtung, durch die schalleitenden Kanäle, denn wir haben dann vermutlich drei verschiedene Schichten in der Ostsee, eine untere, eine mittlere, eine obere. Oben und unten können sich jeweils diese rasanten schalleitenden Kanäle ausbilden und auch Beugungseffekte können auftreten, sodass das wirklich aus der Perspektive schwierig ist, einfach zu sagen, 160 Dezibel in 8,5 Kilometer Entfernung, oder wie das heißt, sind übertragbar von der Nordsee auf die Ostsee. An der Stelle gibt es noch Forschungsbedarf.

Das andere Argument, was jetzt auch von Frau Schlupp genannt wurde,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

dass es noch zu wenig Daten über die Population der Ostseeschweinswale gäbe, das ist nicht mehr zutreffend, denn die Forschungsarbeiten des Projektes SAMBAH sind so gut wie zum Abschluss gekommen. Das haben wir auch von Herrn Tack gehört, herzlichen Dank.

Es kommen eben doch auch weiter östlich Schweinswale vor, als wir es bis vor diesem Projekt vermutet haben, auch östlich von Rügen. Die Datenlage in der Ostsee ist so, dass wir wissen, es gibt hier eine spezielle Population, die – das ist noch mal eine ganz zentrale Botschaft – akut vom Aussterben bedroht ist. Eigentlich hätte es hier eines Antrages bedurft, wo wir sagen, wir brauchen Sofortmaßnahmen, wir brauchen ein Moratorium zum Schutz und zur Rettung dieser Ostseeschweinswale, keinerlei zusätzliche Lärmbelastigungen mehr unter Wasser.

Das haben wir nicht gemacht, wir haben auf der konstruktiv sachlichen Ebene einen Vorschlag unterbreitet, der genau in das Konzept passt, wo genau die Diskussionssebene auch gerade läuft. Nämlich die Wissenschaftler beschäftigen sich ja ganz aktuell mit diesem Schallschutzkonzept, dem wollten wir noch ein bisschen Schub verleihen. Dem werden Sie sich nun leider verweigern. Das ist schade. Das kann man dann entsprechend bewerten.

(Torsten Renz, CDU:
Sie haben sich bemüht. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Interessant sind ja auch die unterschiedlichen Auffassungen in der CDU- und SPD-Fraktion jeweils zu dem Thema. Daraus können wir auch unsere Schlüsse ziehen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Was mich noch interessieren würde, ist, nach welchen Auflagen denn derzeit überhaupt die Genehmigungen für Rammarbeiten oder Ähnliches in der Ostsee stattfinden, worauf man sich da bezieht. Ich vermute mal, auf das Konzept von der Nordsee. Das ist heute überhaupt noch nicht diskutiert worden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wahrscheinlich sollten wir wirklich das Thema im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes weiterhin im Ausschuss bewegen, denn wie eingangs gesagt: Der kleine Wal ist in großer Not. Und dafür können wir wirklich etwas tun,

(Zurufe von Jochen Schulte, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

dass es ihm besser geht, dass diese Subpopulation eine Chance bekommt. Das liegt an uns allen, jedes einzelne Tier zählt. Bei so einer kleinen Population ist der Ausfall eines Muttertieres schon mitentscheidend für die genetische Diversität, für das Überleben der Gesamtpopulation.

(Jochen Schulte, SPD: Was
ist mit den Vatern hier?)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen keine weiteren Redebeiträge vor.

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3434. Wer dem zustimmen wünscht, die oder den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Und die Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/3434 abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und der Fraktion der NPD, bei keinen Stimmenthaltungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 10. Dezember, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen ein schönes Wochenende und einen guten Nachhauseweg.

Schluss: 12.52 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Julian Barlen, Sylvia Bretschneider, Mathias Brodkorb, Burkhard Lenz, Detlef Müller, David Petereit, Heino Schütt, Dr. Mignon Schwenke und Wolfgang Waldmüller.